

Ernst-Abbe-Fachhochschule Jena

Fachbereich Sozialwesen

Studiengang: Soziale Arbeit

13. Fachsemester

## Diplomarbeit:

# Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Meilenstein in der menschlichen Entwicklung



**Verfasser:** Kevin Kranich  
**Matrikel:** 851939  
**Adresse:** Grümpener Str. 8  
96528 Schalkau  
**Tel.:** 015777833190  
**e-mail:** [k.kranich@gmx.net](mailto:k.kranich@gmx.net)  
**Erstbetreuer:** Prof. Michael Opielka  
**Zweitbetreuer:** Prof. Georg Neubauer

Schalkau, den 19. 12. 2013

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>3</b>
<b>2.</b>	<b>Definition und Geschichte der Arbeit und die flexible Arbeitsgesellschaft.....</b>	<b>5</b>
2.1.	Definition des Arbeitsbegriffes und Bedeutung der Arbeit.....	6
2.2.	Historische Entwicklung.....	8
2.2.1.	Jäger und Sammler.....	8
2.2.2.	Antike.....	9
2.2.3.	Mittelalter.....	10
2.2.4.	Frühe Neuzeit.....	12
2.2.5.	Industrialisierung.....	13
2.3.	Die Arbeitsgesellschaft.....	15
2.3.1.	Globalisierung.....	17
2.3.2.	Technologisierung.....	19
2.3.3.	Politische Deregulierung des Arbeitsmarktes.....	24
2.4.	Die flexible Arbeitsgesellschaft.....	25
2.4.1.	Externe Flexibilisierung – Prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse.....	26
2.4.2.	Interne Flexibilisierung.....	29
2.4.3.	Arbeitslosigkeit.....	32
<b>3.</b>	<b>Das bedingungslose Grundeinkommen.....</b>	<b>37</b>
3.1.	Definition.....	38
3.2.	Historische Entwicklung.....	41
3.3.	Aktuelle Diskussion.....	48
3.3.1.	Soziale Gerechtigkeit.....	48
3.3.2.	Erweiterter Arbeitsbegriff und individuelle Freiheit.....	54

<b>4.</b>	<b>Selbstverwirklichung, Glück und Grundeinkommen.....</b>	<b>59</b>
4.1.	Wertevorstellungen in der Gesellschaft.....	59
4.2.	Die Motivationstheorie von Abraham Maslow.....	61
4.2.1.	Selbstverwirklichende Menschen.....	62
4.2.2.	Die Hierarchie der Bedürfnisse.....	64
4.2.3.	Bedürfnisbefriedigung durch Grundeinkommen.....	68
4.3.	Erkenntnisse der Glücksforschung und Grundeinkommen.....	82
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>90</b>
<b>6.</b>	<b>Bibliographie.....</b>	<b>94</b>
<b>7.</b>	<b>Abbildungsverzeichnis.....</b>	<b>102</b>
	<b>Selbständigkeitserklärung.....</b>	<b>103</b>
	<b>Beurteilung der Diplomarbeit.....</b>	<b>104</b>
	<b>Danksagung.....</b>	<b>106</b>

*Der Mensch ist noch sehr wenig,  
wenn er warm wohnt und sich satt gegessen  
hat, aber er muss warm wohnen, und satt zu  
essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm  
regen soll.*

*(Friedrich Schiller)*

## **1. Einleitung**

Als Meilenstein wird laut Duden ein wichtiger Einschnitt oder Wendepunkt in einer Entwicklung bezeichnet. In Bezug auf Arbeit verlief die gesellschaftliche Entwicklung in den letzten 250 Jahren dahingehend, dass die Erwerbsarbeit zu einem der bedeutendsten Faktoren des menschlichen Lebens geworden ist. Deshalb werden westliche Industriegesellschaften auch als Arbeitsgesellschaften bezeichnet. Verschiedene gesellschaftliche, technologische und politische Veränderungen transformierten die Struktur des Arbeitsmarktes grundlegend. In Deutschland stagnieren die Arbeitslosenzahlen oder schrumpfen leicht zugunsten prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Zwar ist laut Arbeitslosenstatistik die Zahl der Erwerbslosen rückgängig, die Anzahl unsicherer oder niedrig entlohnter Arbeitsplätze nimmt aber weiterhin zu. Zudem werden Menschen in verschiedenen Beschäftigungs- oder Eingliederungsmaßnahmen nicht von der Arbeitslosenstatistik erfasst. Ein nicht unwesentlicher Anteil der deutschen Bevölkerung lebt daher an oder unter der Armutsgrenze und kann somit nur begrenzt am gesellschaftlichen oder kulturellen Leben teilhaben. Die Begrenztheit an Ressourcen unterstützt das Entstehen von Unsicherheit und Existenzsorgen. Aber nicht nur Erwerbslose oder prekär Beschäftigte sind davon betroffen, sondern auch große Teile der Mittelschicht. Eine Kündigung aus Rationalisierungsgründen kann heute auch Berufsgruppen treffen, deren Beschäftigungsverhältnisse vor einigen Jahren noch als kündigungssicher galten. Ein finanzieller Einbruch auf das Niveau der staatlichen Unterstützung nach Arbeitslosengeld II (Hartz IV), kann für die Betroffenen Verschuldung, das Auseinanderbrechen sozialer Beziehungen oder eingeschränkte Zukunftsperspektiven bedeuten.

An dieser Stelle soll vor dem Hintergrund der gerade beschriebenen Situation das Hauptthema dieser Diplomarbeit ansetzen und eine alternative Perspektive aufzeigen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches unabhängig von Erwerbsarbeit an jeden Bürger gezahlt würde, böte das Potential die oben beschriebenen "Nebenwirkungen" des Arbeitsmarktes zu minimieren und kann, für den Fall, dass es dem gerecht wird, als Meilenstein der menschlichen Entwicklung bezeichnet werden. Jeder würde von der Geburt bis zum Tod ein bescheidenes, aber existenz- und teilhabesicherndes Einkommen erhalten, ohne dass diese Person Gegenleistungen dafür erbringen müsste.

Hier möchte ich auf das Eingangszitat von Friedrich Schiller zurückkommen (vgl. <http://www.forum-grundeinkommen.de/zitat/friedrich-schiller/individuelle-mensch>).

Was würde der Mensch tun, wenn seine Existenz gesichert wäre, wenn er also "warm wohnt" und sich "satt gegessen" hat? Was macht den Mensch zum Menschen? Diese Diplomarbeit soll also der Frage nachgehen, welche Bedürfnisse der Mensch hat. Wie kann ein bedingungsloses Grundeinkommen die existenziellen Bedürfnisse befriedigen und inwieweit kann ein bedingungsloses Grundeinkommen unterstützend wirken, um „die bessere Natur“ im Menschen hervorzubringen?

Im ersten Kapitel wird der Begriff Arbeit definiert und die Bedeutung für den Menschen erörtert. Anschließend soll die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Arbeit verdeutlichen, wie sich die Bedeutung und Bewertung von Arbeit in den verschiedenen Epochen veränderte und diese Entwicklungsschritte schließlich zu dem gesellschaftlichen Konstrukt, der als Arbeitsgesellschaft bezeichnet wird, führten. Im Weiteren werden Faktoren (Globalisierung, Technologisierung, politische Entscheidungen) beleuchtet, die die Arbeitsgesellschaft fundamental veränderten. Am Ende des ersten Kapitels werden die Themen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit als Konsequenzen dieses Wandels behandelt.

Im zweiten Kapitel werden grundlegende Aspekte eines bedingungslosen Grundeinkommens beschrieben. In der Arbeit wird nicht auf spezifische Realisierungsmodelle eingegangen, da die ausschlaggebenden Aspekte in jedem Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens enthalten sind. Auch wird die Arbeit nicht auf die Details einer möglichen Finanzierung eingehen, da die psychosozialen Wirkungen des bedingungslosen Grundeinkommens beleuchtet werden und nicht aus volkswirtschaftlicher Sicht argumentiert wird. Am Ende des zweiten Kapitels werden zwei aktuelle Diskussionsstränge aufgegriffen. Zum einen ist dies die Bedeutung eines bedingungslosen Grundeinkommens unter dem Gesichtspunkt von sozialer Gerechtigkeit. Der zweite zu diskutierende Aspekt ist die Relevanz eines Grundeinkommens für die individuelle Freiheit.

Das dritte Kapitel knüpft an die am Ende des zweiten Kapitels diskutierten Aspekte an und stellt einen Bezug zum Bild auf dem Titelblatt her. Die beiden Plakate stehen sinnbildlich für zwei völlig gegensätzliche Wertvorstellungen. Das linke Plakat stellt die ideellen Werte Freiheit und Gerechtigkeit, welche durch ein Grundeinkommen versprochen werden, in den Vordergrund. Das Plakat auf der rechten Seite wirbt für ein neues Automobil, also einen materiellen Wert. Der auf diesem Plakat verwendete Slogan „Mehr als eine Idee voraus“, könnte ironischerweise auch sehr gut auf das Thema Grundeinkommen zutreffen. Bei dieser Gegenüberstellung erhebt sich die Frage, welcher dieser Werte für die Zufriedenheit und das Wohlbefinden des Menschen entscheidender ist?

In diesem dritten Kapitel sollen die Bedürfnisse des Menschen beleuchtet werden. Was sind die Grundbedürfnisse des Menschen und welche Bedürfnisse entwickeln sich daraufhin, wenn die menschlichen Grundbedürfnisse befriedigt sind? Was kann ein Grundeinkommen bei dieser Bedürfnisbefriedigung leisten? Warum strebt der Mensch nach Selbstverwirklichung und was unterscheidet selbstverwirklichte Menschen von anderen? Sind es materielle oder ideelle Werte, die Glück hervorrufen? Diese Fragen sollen auf Grundlage der Motivationstheorie von Abraham Maslow und den Erkenntnissen der interdisziplinären Glücksforschung beleuchtet werden.

## **2. Definition und Geschichte der Arbeit und die flexible Arbeitsgesellschaft**

Was ist Arbeit und warum ist sie so wichtig? Folgt man den aktuellen Forschungsergebnissen des Instituts „Arbeit und Qualifikation“ der Universität Duisburg-Essen (vgl. Bohulskyy u.a., 2011, S. 1) wonach die Arbeitszufriedenheit seit Mitte der 1980er Jahre kontinuierlich abnimmt, könnte man etwas salopp formulieren:

In einem Moment, in dem man etwas Angenehmeres tun könnte, wird etwas getan, dass einem in keiner Weise interessiert, gemeinsam mit Menschen, die man nicht mag, um dafür Geld zu bekommen, damit man seine ständig neuen materiellen Bedürfnisse befriedigen kann. Von Montagmorgen bis Freitagnachmittag lebt man dafür, von Freitagnachmittag bis Montagmorgen fürchtet man sich davor.

So einfach sollte dieses Thema dann doch nicht abgehandelt werden. Arbeit ist, kann und sollte im Idealfall viel mehr sein als eine von außen aufgezwungene Erwerbstätigkeit. Um den Arbeitsbegriff etwas ausführlicher zu charakterisieren, sollen zuerst einige Definitionen und die Bedeutung von Arbeit für den Menschen dargestellt werden. Die historische Entwicklung der Arbeit und die Begriffe der Arbeitsgesellschaft und der Erwerbsarbeit werden anschließend thematisiert. Die Betrachtung der aktuellen Sachlage und den damit verbundenen gesellschaftlichen Spannungen soll das Thema in den größeren Zusammenhang dieser Diplomarbeit überleiten.

## **2.1. Definition des Arbeitsbegriffes und Bedeutung der Arbeit**

In der Enzyklopädie Brockhaus wird Arbeit in einer Kurzerklärung definiert als: „bewusstes, zielgerichtetes Handeln des Menschen zum Zweck der Existenzsicherung wie der Befriedigung von Einzelbedürfnissen; zugleich wesentliches Moment der Daseinserfüllung“ (Der Brockhaus in fünfzehn Bänden, Leipzig – Mannheim, 1997).

Die Definition von Arbeit im Gabler Wirtschaftslexikon als „[...] zielgerichtete, soziale, planmäßige und bewusste, körperliche und geistige Tätigkeit“ (<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54787/arbeit-v6.html>) ist dieser recht ähnlich.

Im gleichen Lexikon wird der Begriff Arbeit in einer umfassenderen Erklärung wie folgt beschrieben: Arbeit wurde ursprünglich als der Prozess begriffen, in dem sich der Mensch mit der Natur auseinandersetzt und diese zu seiner unmittelbaren Existenzsicherung nutzt (vgl. ebd.). Man kann sich beispielsweise die Nahrungsbeschaffung oder die Herstellung der ersten Werkzeuge der Jäger und Sammler oder später das Bestellen des Feldes durch den Bauern zur Existenzsicherung vorstellen. Diese Gesellschaften kann man als Selbstversorgergesellschaften bezeichnen.

Im Laufe der Geschichte veränderte sich das, was wir als "Arbeit" bezeichnen, durch gesellschaftliche Phänomene wie soziale Differenzierung, Arbeitsteilung, Tauschwirtschaft und Geldwirtschaft (vgl. ebd.). Unsere gegenwärtige Gesellschaft ist eine arbeitsteilige Gesellschaft. Kaum jemand wird sich heute komplett selbst versorgen. Die hohe Produktivität unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems ist unter anderem erst durch eine Spezialisierung ermöglicht worden.

Aber nicht nur der Inhalt und die Organisation der Arbeit veränderten sich mit der Zeit. Auch das Ansehen und die Bedeutung von Arbeit für den Menschen wandelten sich.

In der Antike und im Mittelalter wurde der Begriff Arbeit als Synonym für Mühsal, Plage, Last und Not verwendet. Körperlich mühevollen Arbeiten wurden von den unteren Schichten ausgeführt, wie z.B. im alten Griechenland von den Sklaven, während sich die oberen Schichten edleren Tätigkeiten (z.B. Politik, Wissenschaft) widmeten. Das Verständnis von Arbeit änderte sich grundlegend durch die christliche Religion. Besonders die protestantische Ethik trug zu einer positiveren Beurteilung bei. Arbeit war fortan für Viele mit Pflichterfüllung und gottesfürchtigem Tun verbunden. Ein frommes Leben auf Erden, das in vollem Umfang der Arbeit gewidmet war, ermöglichte laut protestantischer Lehre den Einzug ins Paradies. Diese positive Zuschreibung hat sich über die frühe Industrialisierung bis in die Gegenwart hinein durchgesetzt. Für Max Weber (1864–1920) war die protestantische Arbeitsethik die Grundvoraussetzung für die spätere kapitalistische Industrialisierung (vgl. ebd.).

In unserer Gesellschaft wird Arbeit landläufig mit einer Tätigkeit gleichgesetzt, für die man Geld, also ein Einkommen, erhält. Erzieht jemand Kinder und Jugendliche im Kindergarten oder in einer Institution der Jugendhilfe ist er Erzieher oder Sozialarbeiter. Kümmert sich dagegen ein anderer, der nicht erwerbstätig ist, um Kinder in der Nachbarschaft oder im Verein, erfährt dieser möglicherweise Anerkennung, wird aber dennoch als arbeitslos wahrgenommen und erlebt somit häufig eine geringere Wertschätzung durch die Gemeinschaft.

Vielleicht sollte man die ursprüngliche Bedeutung von Arbeit bemühen. Dieser zufolge arbeitet der Mensch immer, denn jede Auseinandersetzung mit seiner Umwelt oder auch mit sich selbst IST Arbeit. Der Mensch hat die Instrumente zum Arbeiten (Gehirn, Sinne, Körperteile) von Geburt an und entwickelt diese gerade durch Tätigkeit immer weiter. Und so hat sich auch die Menschheit immer weiter entwickelt, obwohl über die größten Zeiträume ihrer Geschichte keine Erwerbsarbeit existierte. Ein Zitat von Friedrich Engels soll diese Gedanken dazu untermauern: „Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums, sagen die politischen Ökonomen. Sie ist dies - neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt. Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, dass wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen“ (Engels, 1962, S. 444).

Man kann das Konzept dessen, was man als Arbeit bezeichnet auch erweitern und Arbeit in produktive und reproduktive oder in entlohnte und nicht entlohnte Tätigkeiten (z.B. Ehrenamt, familiäre Arbeit, etc.) unterteilen.

Erwerbsarbeit hat neben dem Herstellen von Waren und dem Leisten von Diensten, als Beitrag zur Existenzsicherung, noch weitere Bedeutungen für den Menschen. „Arbeit begründet Würde und Selbständigkeit und schafft die Verbindung mit anderen. Sie ist das Band, das den Einzelnen an die Gesellschaft bindet; wenn es fehlt wird man krank“ (Greffahrt 1996, S. 50, zitiert nach Willke 1999, S.14). Der Tätige erlebt die Möglichkeit sich in seinem Beruf selbst zu verwirklichen. Der soziale Status oder die gesellschaftliche Anerkennung wird häufig über die Erwerbsarbeit bestimmt.

Ebenso entwickeln Arbeitende eine soziale Identität über ihren Beruf (vgl. ebd., S.15). So kann ein beruflich Tätiger Selbstwertgefühl, sowie das Gefühl für die Gemeinschaft wichtig zu sein und einen Platz in ihr zu haben, über einen Arbeitsplatz herstellen. Auch wesentliche soziale Kontakte werden im Arbeitsleben geknüpft. Soziale Beziehungen im Privaten werden vielfach darüber bestimmt, ob und was für ein Beruf ausgeübt wird. „Wenn alle Wertschätzung an der Arbeit und ihren Ergebnissen hängt, dann wird, wer keiner Erwerbsarbeit nachgeht und nichts verdient, auch gering geschätzt“ (ebd., S.16).

Der Arbeitsbegriff kann also sehr vielfältig verstanden werden. Über die verschiedenen Epochen haben sich das Verständnis und die Bedeutung von Arbeit sowie dessen Organisation immer wieder verändert. Wenn auch die Übergänge fließend sind, ist der Ursprung unserer heutigen Arbeitsgesellschaft vor ca. 250 Jahren zu suchen. Was macht die Arbeitsgesellschaft aus? Wie ist sie entstanden und was sind die Risiken und Probleme die mit ihr einhergingen? Im nächsten Teil soll ein kurzer geschichtlicher Abriss die Entwicklung der Arbeit bis hin zur Gegenwart beschreiben.

## **2.2. Historische Entwicklung**

### **2.2.1. Jäger und Sammler**

„Bevor Menschen begannen, den Boden zu bestellen, überlebten sie jahrtausendlang als Jäger und Sammler der Lebensmittel, die sie gerade brauchten“ (Hann, 2000, S.24). Unsere Vorfahren hatten keinen Begriff von Arbeit. Mit Tätigkeiten, durch die sie ihr Überleben sicherten verbrachten sie nicht viel Zeit (vgl., ebd., S.24). Forschungen zufolge sollen es zwei bis vier Stunden am Tag gewesen sein, die unsere Vorfahren benötigten, um dieses Überleben zu sichern (vgl. Willke, 1999, S.15).

Von unseren gesellschaftlichen Verhältnissen aus gesehen mögen diese Menschen extrem arm und arbeitslos gewesen sein. Die Menschen dieses Zeitalters verfügten aber über alles, um ihre Selbsterhaltung zu sichern. Außerdem hatten sie viel „Freizeit“, die sie kulturellen Bedürfnissen widmen konnten, wie z.B. am Feuer beisammen zu sitzen und sich zu unterhalten. Die anfallende Arbeit war geschlechterspezifisch gleichmäßig verteilt. Ihr Leben war geprägt durch ein großes Vertrauen in die Natur, die sie mit allem Notwendigen versorgte. Jede Handlung war eng mit dem Ziel einer sofortigen Befriedigung der Bedürfnisse verknüpft, weshalb unsere Urahnen kein Konzept von persönlichen Eigentum und Knappheit besaßen (vgl. Hann, 2000, S.26f).

### 2.2.2. Antike

Laut Wilfried Nippel (2000, S. 55ff) existierte in der Antike kein Gegenstück zum gegenwärtigen Arbeitsbegriff. Nebeneinander wurden verschiedene Bezeichnungen verwendet, die unterschiedlichen Bedeutungen entsprachen: *ponos* oder *labor* – Mühseligkeit, *ergon* oder *opus* – was soviel wie Ergebnis menschlicher Hervorbringung bedeutet, *techne* – Erlernen menschlicher Fertigkeiten, wie Kulturtechniken.

Tätigkeiten, die Handwerker, Kaufleute und Bauern ausführten, wurden missachtet. Zum einen bestand die Ursache dafür darin, dass kein Kriegsdienst geleistet werden konnte, der im alten Griechenland einen hohen Stellenwert einnahm. Zum anderen fehlte es an Muße. Als Gegenteil von Arbeit wird Muße als Zeit bezeichnet um schöpferisch tätig zu werden. Diese Zeit war aber nur denen vorbehalten, die ihren Lebensunterhalt nicht durch eigene Arbeit bestreiten mussten. Diejenigen, die in die Oberschicht geboren wurden und daher genug Muße fanden, verbrachten ihre Zeit z.B. mit politischen Tätigkeiten, wie dem Mitwirken im Staatsverband (Polis), der Philosophie oder der Wissenschaft. Staatsangehörige, die nicht diesem Ideal entsprachen sollten vom Bürgerrecht ausgeschlossen werden. Um dies zu verhindern, wurden zunehmend Sklaven zur Verrichtung der unwürdigen Arbeiten gekauft. Der Großteil der Bevölkerung waren Kleinbauern und Handwerker, die über eine gewisse Anzahl von Sklaven verfügen konnten. Der größte Teil der Handwerker waren Nichteinheimische ohne Bürgerstatus. Ein Bürger, der einer Tätigkeit nachging, die von einer anderen Person bestimmt wurde, hatte einen niederen sozialen Status. Die Bezahlung für Tätigkeiten galt ebenfalls als unehrenwert, da Lohnarbeit mit dem Status eines freien Bürgers nicht vereinbar war. Ein Wandel des Ansehens von Arbeit vollzog sich zuerst in den frühchristlichen Gemeinden.

Der Satz Paulus „Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ (2. Thessalonicher 3,10–13) steht dabei sinnbildlich für diese Veränderung. Die Arbeit verkörperte demnach ein Gebot Gottes, das jeden arbeitsfähigen, der länger als drei Tage in der Gemeinde war, anhielt, etwas zum Gemeinwohl beizutragen. Andererseits war derjenige, der sich dessen entzog, von der Gemeinde auszuschließen. Die innere Freiheit steht im christlichen Glauben in keinem Zusammenhang zu seiner gesellschaftlichen Position. Deswegen vollzog sich ein Wandel der Einstellung zur abhängigen Arbeit und dem damit verbundenen sozialen Status (vgl. Nippel, 2000, S. 55ff).

### 2.2.3. Mittelalter

Laut Otto G. Oexle (2000, S.67ff) veränderte das Christentum das Ansehen der Arbeit grundlegend. Die Protagonisten der Bibel selbst übten Berufe aus, die in der Antike als unwürdig galten. Jesus von Nazareth war, wie auch seine Jünger, Handwerker. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Arbeit einen hohen Stellenwert, ja sogar den gleichen Wert wie die Verkündigung des Evangeliums, einnahm. Es muss aber auch erwähnt werden, dass zumindest körperliche Arbeit in einem ambivalenten Spannungsfeld zwischen göttlichem Auftrag und Strafe bzw. Buße (Sündenfall) bewertet wurde. So kann man beispielsweise in der Bibel lesen: „Denn ein Mensch, der da isst und trinkt und hat guten Mut bei all seinem Mühen [seiner Arbeit], das ist eine Gabe Gottes“ (Prediger 3,13).

Als Strafe für den Sündenfall steht an anderer Stelle: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen, bis dass du wieder zu Erde werdest, davon du genommen bist. Denn du bist Erde und sollst zu Erde werden“ (1.Mose 3,19).

Arbeit wurde verstanden, als die Fortführung der göttlichen Schöpfung durch den Menschen, was vor allem durch die Praxis des Mönchtums verkörpert wurde. Die intelligente Arbeitsteilung in den Klöstern war die Grundlage für ihr stetiges Wachsen, aber auch eine Voraussetzung für eine bessere Armenfürsorge. Die vielen Regeln der Mönche, in denen oft das Selbstverständnis von Arbeit zum Ausdruck kommt, stellen einen kompletten Kontrast zu der Bewertung von Arbeit in der Antike dar.

Im 11. und 12. Jahrhundert vollzieht sich ein bedeutsamer Wandel hin zu einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die sich ab dieser Zeit in drei Ständen organisierte. Unterschieden wurden entsprechend der Ständeordnung Kleriker, Ritter, und Arbeitende. Weil Arbeit als gesellschaftlich notwendig erkannt wird, bilden die drei Stände eine Kooperation und sind nicht hierarchisch konzipiert.

Den Stand der Arbeitenden bildeten anfangs nur Bauern, später dann auch Kaufleute, Handwerker und, durch die Entstehung der Universitäten, auch Professoren. Die Bildung einer arbeitsteiligen Gesellschaft und das Entstehen eines neuen Selbstverständnisses, sowie Wertschätzung für die arbeitende Bevölkerung, setzte sich fort mit dem Entstehen der Gilden und Zünften. Dieses positive Verständnis von Arbeit wird durch unzählige Zitate von bedeutenden Theologen und Klerikern (z.B. Thomas von Aquin, Franziskus von Assisi, Elisabeth von Thüringen) oder bildlichen Darstellungen von Arbeitsvorgängen und Arbeitsgeräten in Kirchen und Kapellen belegt. Die Urformen des Arbeitskampfes und des Streikes bis zum Einfordern auf ein Recht zur Arbeit, welches vom göttlichen Auftrag zur Arbeit abgeleitet wurde, entstanden aus den Anstrengungen der Handwerksgesellen in dieser Zeit.

Im 14. und 15. Jahrhundert führten Kriege (z.B. Hundertjähriger Krieg) und die in Europa wütende Pest zu einem Punkt, der als Krise des Spätmittelalters bezeichnet wird. Ein daraus folgender Arbeitskräftemangel führte dazu, dass von nun an Armut und Menschen, die nicht arbeiteten, negativer beurteilt wurden. Man ging von der Existenz eines Milieus aus, das als Milieu der Nacht bezeichnet wurde und zu dem unter anderem Bettler, Kriminelle und Prostituierte gezählt wurden. Man unterschied in arbeitende und nicht arbeitende Menschen. Nicht arbeitende Menschen wurden weiterhin unterteilt in diejenigen, die z.B. aufgrund von Krankheit nicht in der Lage waren tätig zu sein und in Personen, denen unterstellt wurde nicht arbeitswillig zu sein. Letztere unterlagen einer intensiven Stigmatisierung und Ausgrenzung. Infolgedessen trat eine härtere Kontrolle und Disziplinierung dieser Gruppen ein und eine gleichzeitige Entstehung von Institutionen (z.B. der Armenhäuser) die diese Maßnahmen durchsetzten. Diese einsetzende gesellschaftliche Praxis führte zu einer Pädagogisierung der Armut und zu strengen moralischen Verhaltensnormen. Arbeit wurde mit Tugenden wie Fleiß, Ordnung, Disziplin und Mäßigung in Verbindung gebracht. Durch die Arbeit selbst sollte der Mensch diese Tugenden erst erlernen. Armut hingegen wurde immer mehr zum Synonym für "Nicht – Arbeit" (vgl. Oexle, 2000, S.67ff).

#### 2.2.4. Frühe Neuzeit

Laut Richard van Dülmen (2000, S. 81f) wirkte das eng an Pflicht und Moral geknüpfte Arbeitsideal des Christentums weit in die aufklärerischen Erziehungsprogramme nach. Die voran schreitende Säkularisierung der Gesellschaft wandelte die negative Wertung der Arbeit (Strafe, Buße) jedoch ins Positive. Mehr und mehr setzte sich die Überzeugung durch, dass Arbeit ein Quell wachsenden Wohlstandes und Steigerung des Gemeinwohls bedeuten kann. Dies beruhte auf einer Produktivitätssteigerung durch die Verbindung neuer Technik mit der Handarbeit. Im frühen 18. Jh. wurde Arbeit erstmals als Mittel gesehen, um die persönlichen Lebensumstände eigenhändig zu gestalten und zu verbessern, sich gar selbst zu verwirklichen. Auch war es jetzt nicht mehr nur Theologen und Klerikern vorbehalten, die Bedeutung von Arbeit zu erörtern. Philosophen, Schriftsteller und Pädagogen sahen Arbeit als Triebfeder des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Der Begriff des homo faber war geboren. Er kann durch eigene Arbeit sein Schicksal schmieden und so auch der Gesellschaft helfen über sich hinaus zu wachsen.

Die Entwicklung der Strukturen unter den Gesichtspunkten der Industrialisierung und Marktgesellschaft vollzog sich territorial sehr unterschiedlich. In einigen Bereichen des Lebens begann eine Markt- und Geldwirtschaft zu entstehen. Nun reihten sich diese Neuerungen als Tauschmittel neben anderen ein. Vermögen entstand vorwiegend durch Kauf oder Heirat, weniger durch Arbeitsleistung. Das Erwirtschaftete diente hauptsächlich zur Selbstversorgung. Krankheiten oder Missernten konnten den Menschen weiterhin existenziell bedrohen. Hauptsächlich definierten sich die Menschen über die Familie und den Stand und die damit zusammen hängenden Privilegien. Die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Aufstieges durch Arbeit war stark von diesen ständischen Strukturen abhängig bzw. beschränkt. Änderungen gab es in Bereichen, welche unabhängig von Zünften entstanden. Dies waren beispielsweise der Bergbau und das Hüttenwesen, welche ständig zunahmen und die Gesellschaft nachhaltig beeinflussten.

Im Wesentlichen wurde die Arbeitsorganisation von folgenden Merkmalen geprägt: (1) Die Arbeit war nicht gleichmäßig verteilt. In den Gesellenordnungen waren 12 – 15 Arbeitsstunden pro Tag vorgeschrieben. Die Arbeitsintensität war dennoch von verschiedenen Faktoren abhängig (Jahreszeiten, Marktgegebenheiten, etc.) und es existierten zudem Personengruppen die unterbeschäftigt oder arbeitslos waren. (2) Das Gemeinschaftsleben wurde von einem lockeren Wechsel von Arbeit und Fest bestimmt. (3) Die Arbeitsleistung war nicht messbar.

Sie unterschied sich nach individuellen Fähigkeiten und der Größe des Betriebes. Erst als sich in Großbetrieben des Bauwesens oder der Tuch- und Metallindustrie die Massenproduktion zu entwickeln begann, wurden Leistungsstandards und Zeitmaß eingeführt.

(4) Haus- und Familienarbeit war im Arbeitsprozess integriert und nicht vom Betrieb getrennt. Alle Familienangehörigen waren in irgendeiner Weise im Arbeitsalltag eingebunden.

(5) Nur ein Teil der Menschen ging lebenslang einer Arbeit nach. Der Beruf des Vaters wurde zwar oft angestrebt, doch wurden im Laufe des Lebens verschiedene Tätigkeiten angenommen (vgl. van Dülmen, 2000, S. 81f).

### 2.2.5. Industrialisierung

Der technische Fortschritt war DER Katalysator, der den vorangegangenen gesellschaftlichen Veränderungen zum Durchbruch verhalf und eine enorme Steigerung des Wachstums und der Produktivität zur Folge hatte. Als Sinnbild für diese Entwicklung steht die von James Watt 1769 weiter entwickelte Dampfmaschine, bei der er den Wirkungsgrad verbesserte und so den Verbrauch drosselte. Weitere Erfindungen waren z.B. die Spinnmaschine (1764 von James Hargreaves) und der mechanische Webstuhl (1786 von Edmund Cartwright). Diese Erfindungen machten die Produktion vom jeweiligen Standort unabhängiger und verhalfen so den Unternehmen zu Produktionssteigerung und Kostensenkung. Seitens der Industrie entstand eine rasch größer werdende Nachfrage nach immer neuen Technologien. Auch auf organisatorischer Ebene gab es eine Veränderung. Die schon bestehenden Manufakturen wurden zu Fabriken, die durch den Einsatz von Maschinen und ihrer Größe ganz andere Dimensionen erreichten (vgl. Butschek, 2006, S. 115f).

Es entstand der Arbeitsplatz. Während Arbeit früher meistens im familiären Haushalt stattfand, wurde sie jetzt am Arbeitsplatz ausgeführt. So entstand eine klare Trennung zwischen Arbeit und Nicht (Erwerbs-) Arbeit bzw. Arbeit und Freizeit. Arbeitsleistung wurde so zudem zeitlich (z.B. Stechuhr) und qualitativ (z.B. Akkordarbeit) messbar. Neben dem Arbeitsplatz gründete sich auch das Prinzip des Normalarbeitsverhältnisses. Durch Industrialisierung und die daraus folgende Arbeitsteilung arbeiteten Menschen jetzt häufiger ihr ganzes Leben in einem Beruf. Daraus entwickelte sich eine Berufsauffassung, die die soziale Identität und den sozialen Status des Einzelnen erheblich beeinflusste.

Doch auch in dieser Epoche unterlag das Wirtschaftssystem raschen und anhaltenden Umstrukturierungen. Daher mussten die meisten Erwerbstätigen parallel mehreren Tätigkeiten nachgehen oder diese im Laufe des Lebens wechseln. Das Normalarbeitsverhältnis blieb deswegen weiterhin eine Idealvorstellung und entsprach für die Mehrheit der Erwerbstätigen nicht der Realität (vgl. Kocka, 2001, S.9).

Ein weiterer Produktivitätsschub wurde durch die Erschließung neuer Antriebskräfte für Maschinen ausgelöst. Die Antriebsenergie lieferte zunächst Kohle, welche über die Verbrennung in Dampf als Antriebsmedium gewandelt wurde. Später, nach der Erfindung und Markteinführung der Elektrizität, konnten Maschinen damit betrieben werden. Der Energielieferant Kohle wurde später durch Erdöl ersetzt. Es kam zum Ausbau von Straßen und die Weiterentwicklung von Schiffen wurde vorangetrieben. Mit der Entwicklung der Lokomotive gelang ein Durchbruch in punkto Transport. Der Massentransport produzierter Güter begünstigte den Ausbau der Märkte und eine weiter zunehmende Arbeitsteilung.

Ein weiterer Fortschritt war die Entwicklung der Informationstechnologie, welche in den 70er Jahren des 19. Jh. mit dem Telegraphen und später mit dem Telefon Gestalt annahm. Schließlich hielt die industrielle Revolution Einzug in die universitäre Wissenschaft. Auch hier wurde nun der Erforschung und Weiterentwicklung der Technologie eine große Bedeutung zugesprochen, was unter anderem den Beruf des Ingenieurs hervorbrachte. Auch die Rolle der Frau auf dem Arbeitsmarkt änderte sich mit der Industrialisierung. Am Industriezweig der Textilindustrie, welcher sehr stark von der Technologisierung profitierte, wird dies deutlich. Zum einen wurden jetzt mehr Arbeitskräfte benötigt, zum anderen wurden Frauen in diesem Bereich wegen ihrer Geschicklichkeit und dem niedrigeren Lohn bevorzugt (vgl. Butschek, 2006, S. 117f).

Die angesprochenen Umwälzungen der Arbeit und das einhergehende kapitalistische Wirtschaftssystem hatten Einfluss auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche, so dass fortan auch von der Arbeitsgesellschaft gesprochen wurde. Protestbewegungen wie die Arbeiterbewegung oder die Frauenbewegung hatten ihre Wurzeln im Arbeitsleben. Die Erwerbsarbeit wurde zum zentralen Element der Identitätsstiftung und zum Garant für soziale Anerkennung und politische Partizipation (vgl. Kocka, 2001, S.10). Trotz dieser Effekte wurde Arbeit weiterhin ambivalent gesehen. Für unsere Verhältnisse herrschten zu dieser Zeit unerträgliche Arbeitsverhältnisse. Der fehlenden Arbeits- und Kündigungsschutz, die lange Arbeitszeit (bis zu 18 Stunden) oder ein hoher Anteil an Kinderarbeit seien als Beispiele dieser Zustände aufgeführt.

Das Fließband, die Stechuhr oder die Akkordarbeit sind Phänomene dieser Zeit. Sie entfernten den Menschen ein großes Stück von seinen ursprünglichen Lebenszusammenhängen. Hegel oder Marx sprachen von der entfremdeten Arbeit. „[...] nicht entfremdete Arbeit, Humor, Schönheit, Spaß gibt es nur nach Feierabend; wenn das die Effektivität gefährdet, ist das „Anarchie“. Darin sind sich westliche wie östliche und fernöstliche Technokraten gewiss rasch einig“ (Haraszti, 1975, zit. nach Hann, 2000, S.42). Neben den negativen Veränderungen im Arbeitsalltag trat eine wachsende Verarmung großer Bevölkerungsgruppen auf. Der stetige Niedergang des Handwerks und der Landwirtschaft rief eine Welle der Landflucht hervor. Kleine Handwerksbetriebe verloren so ihre Existenzgrundlage. Die stetig wachsenden Städte verfügten zudem nicht über eine entsprechende Infrastruktur (z.B. zu wenig Wohnraum) um mit dem Strom dieser Menschen fertig zu werden. Die Konsequenzen waren steigende Armut, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Die wachsende Verelendung und die unsicheren Arbeitsbedingungen führten schließlich zur sogenannten Sozialen Frage. Der Begriff bezeichnet die Auseinandersetzung mit diesen Missständen. Als Antwort auf die schlechten Arbeitsbedingungen formierten sich große Teile der Arbeiterbewegung. Es entstanden die ersten Gewerkschaften, Arbeiterparteien oder Genossenschaften. Auf politischer Ebene wurden zwischen 1878-1889 unter Bismarck die Sozialversicherungssysteme (1883 Kranken-, 1884 Unfall-, 1889 Rentenversicherung) eingeführt, die bis heute erhalten blieben (vgl. Seithe, 2010, S.28ff). „Erwerbsarbeit diente für die Errichtung des Sozialstaates seit den 1880er Jahren. Die Arbeiter- nicht die Armen- wurden zu Adressaten staatlicher Sozialversicherung. Über Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber, nicht aber über Steuern und Ersparnisse wurde das System in Deutschland finanziert. Erwerbsarbeit und soziale Sicherung wurden aufs engste miteinander verknüpft. Mit den Folgen kämpfen wir heute“ (vgl. Kocka, 2001, S.10).

### **2.3. Die Arbeitsgesellschaft**

In den verschiedenen Unterpunkten zur geschichtlichen Entwicklung der Arbeit wurden die einzelnen Schritte beschrieben, die zur Struktur unserer gegenwärtigen Gesellschaft beitrugen. Wenn auch in jeder Epoche wichtige Entwicklungen vorstatten gingen, vollzog sich die eigentliche Neugestaltung zur Arbeitsgesellschaft vor ca. 250 Jahren.

Technologische Errungenschaften und ihre rasante Weiterentwicklung ließen landwirtschaftliche und handwerkliche Arbeit an Bedeutung verlieren und führten zur industriellen Revolution. Die Entstehung von Fabriken und neuen Arbeitsplätzen zog viele Menschen aus ländlichen Gebieten an, wodurch die Städte immer schneller wuchsen. Die neuen Maschinen und Fertigungsprozesse verhalfen der Wirtschaft zu einer ständig steigenden Produktivität. Produktion und Konsum expandierten im Gleichschritt und die Arbeit erlangte dadurch einen neuen Stellenwert. All diese Phänomene zusammen erschufen das, was unter der Arbeitsgesellschaft verstanden wird.

Michael Galuske charakterisiert die Arbeitsgesellschaft „als dominierendes Strukturprinzip sozialer Differenzierung, ebenso wie als Königsweg sozialer Integration und damit auch als Entwicklungsschablone für individuelle und kollektive Biographiemuster und Lebensentwürfe“ (Galuske, 2002, S.33). Erwerbsarbeit ist ein bedeutender Faktor, der über die soziale Rolle und die Identität bestimmt. Der gesellschaftliche Status ist von der Art der Arbeit abhängig, aber auch von der Voraussetzung, dass überhaupt ein Arbeitsverhältnis besteht. Das Ansehen der Arbeit einer Person ist von der Branche in der diese tätig ist und dessen Rangstufe innerhalb der Hierarchie seiner Organisation oder Firma abhängig. Auch eine arbeitslose Person hat einen sozialen Status, der in einer Arbeitsgesellschaft allerdings sehr gering ist. Sehr oft hört man undifferenzierte Äußerungen über Arbeitslose und selbst in öffentlich rechtlichen Medien wird nicht vor diffamierenden Äußerungen diesbezüglich zurückgeschreckt. Gerade Personen, die dauerhaft arbeitslos sind, entwickeln ein immer negativeres Selbstkonzept, weil der Status in einer Arbeitsgesellschaft fast ausschließlich über Erwerbsarbeit definiert wird. Hannah Arendt beschreibt diese Entwicklung so: „Die Neuzeit hat im siebzehnten Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln“. Der Begriff Arbeitsgesellschaft findet deshalb Verwendung, weil Arbeit die „einzige Tätigkeit ist, auf die sie sich noch versteht“ (Arendt, 1987, S.14 zit. nach Galuske, 2002, S.34). In einer Arbeitsgesellschaft ist Erwerbsarbeit der primäre Weg um den Lebensunterhalt zu sichern. Erwerbsarbeit gibt den Takt des Lebens vor und beeinflusst die verschiedenen Bereiche des Lebens und der Gesellschaft wesentlich. Als treffende Definition möchte ich Daheim/Schönbauer zitieren: „Arbeitsgesellschaft- das bezeichnet einen Typ von Gegenwartsgesellschaften, in denen die Vergesellschaftung wesentlich über Erwerbsarbeit erfolgt: Die Menschen sind für ihren Lebensunterhalt darauf angewiesen, zumeist unselbständig Vollzeit erwerbstätig zu sein.

Die Erwerbsverhältnisse, die sie eingehen, sind durch eine Vielzahl von gesellschaftlichen Institutionen normiert und über diese mit weiteren gesellschaftlichen Verhältnissen verflochten; nicht zuletzt definieren Leistungswerte Respektabilität und legitimieren soziale Ungleichheiten. Erwerbsarbeit selbst hat materielle und sozialkulturelle Wirkungen, die in anderen Lebensbereichen ausstrahlen und auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben noch spürbar sind; sie prägt Weltbild und Selbstbild der Arbeitenden und ist Grundlage ihrer Identität“ (Daheim/Schönbauer, 1993, S.5 zit. nach Galuske, 2002, S.35).

Das Problem der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft ist, dass die normativen Vorstellungen ihrer Gegebenheiten weiter Bestand haben, während sich ihre tatsächlichen Strukturen verändern. Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis war in der „Ersten Moderne“ (Ulrich Beck) für die Mehrheit der Beschäftigten üblich. Durch technische Entwicklungen, das Verschwinden wirtschaftlicher Grenzen und politischen Entscheidungen, hat sich die Erwerbsarbeit verändert, was in den folgenden Abschnitten belegt werden soll. Währenddessen Politiker weiterhin über Wachstumswänge und das Ziel einer Vollbeschäftigung sprechen, ist das Normalarbeitsverhältnis in viel geringerem Ausmaß wirklich existent. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse dagegen gehören für viele Menschen zum Alltag. Die Möglichkeit, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen oder durch Identifikation mit dem Beruf ein positives Selbstbild aufzubauen, ist daher für arbeitslose oder prekär beschäftigte Menschen nur noch bedingt möglich.

### 2.3.1. Globalisierung

Der Begriff der Globalisierung ist nicht einheitlich definiert. Anthony Giddens hebt die Bedeutung politischer, technologischer und sozialer Prozesse hervor, die eine Abnahme räumlicher und zeitlicher Abstände bewirken (vgl. Giddens, 1996 zit. nach Galuske 2002, S.40).

Franz Xaver Kaufmann erweitert das diskutierte Phänomen um zwei weitere Begrifflichkeiten und unterscheidet in seiner Darstellung zwischen Globalisierung, Internationalisierung und Transnationalisierung. Unter Globalisierung versteht er die weltumfassende Vernetzung von Informationstechnologien und Transportmitteln. Übermittlungszeiten und Entfernungen verlieren an Relevanz und Ereignisse können im gleichen Augenblick an verschiedenen Orten registriert werden (vgl. Kaufmann, 1997 zit. nach Galuske, 2002, S.41).

Die so genannten Global Player können durch kostengünstige und effiziente Transportmittel jederzeit Märkte und Fertigungsplätze auf der ganzen Welt erreichen. Informationstechnologien wie Mobiltelefon oder Internet bieten Unternehmen im Dienstleistungsbereich neue Märkte, da zeitliche Verzögerungen nicht mehr auftreten. Das Verständnis des Sachverhaltes wird noch eindrücklicher, wenn man sich die Aktivitäten auf den Finanz- und Kapitalmärkten vor Augen hält. Der Handel von Aktien und anderen Produkten des Finanzsektors erfolgt zum Teil in Millisekunden und so kommen in diesem Bereich im großen Umfang computergesteuerte Mikrochips zur Ausführung von Algorithmen zum Einsatz. In naher Zukunft soll ein neues Glasfaserkabel quer durch den Atlantik in Betrieb genommen werden, um den Datenfluss zwischen Europas und Amerikas Handelsplätzen zu beschleunigen (vgl. <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/boersen-im-geschwindigkeitsrausch-1.14503581>). Unter Internationalisierung versteht Kaufmann das Verschieben von Unternehmenstätigkeiten über die nationalen Grenzen hinaus (vgl. Kaufmann, 1997 zit. nach Galuske, 2002, S.41). Absatzmärkte und Produktionsstätten werden dort hin verlagert, wo der meiste Profit zu erwarten ist. Einzelne Produktionsschritte werden teilweise in unterschiedlichen Ländern durchgeführt, weil so Kosten gesenkt werden können. Unter dem letzten Punkt, der Transnationalisierung, versteht Kaufmann die Zunahme staatlicher, verbandlicher und privater Akteure, die auf internationaler Ebene und nicht auf Grundlage nationalstaatlicher Rechtsordnungen agieren (vgl., ebd. S.41). Solche Akteure sind z.B. die EU, die UNO, die NATO, die Weltbank oder die WTO. Als weitere begriffliche Differenzierung nennen Heinze, Schmid und Strünck die Universalisierung, mit der sie eine globale Angleichung kultureller Gepflogenheiten meinen (vgl. Heinze u.a., 1999, zit. nach Galuske, S.41). Durch die Globalisierungsprozesse hat sich die Struktur des Arbeitsmarktes und damit auch die Erwerbsarbeit verändert. Konnten früher Nationalstaaten die Ökonomie durch politische Regulierungen im Zaume halten, hat sich heute das Machtverhältnis geradezu ins Gegenteil verschoben. International agierende Unternehmen sind nicht von den einzelnen Nationalstaaten abhängig, vielmehr können Unternehmen Bedingungen zu ihren Gunsten stellen (vgl. Thurow, 1997, S.187, in ebd., S.43). Ulrich Beck umschreibt die Zusammenhänge sehr einprägsam: „Die Wirtschaft ist nicht deswegen mächtig, weil sie einmarschiert, sondern weil sie ausmarschieren kann. Sie kann sich entziehen. Und diese absichtsvolle Nicht- Intervention ist die Basis der Wirtschaftsmacht gegenüber dem Staat, die sie voll ausspielen kann. Es gibt also nur eines, das noch schlimmer ist, als von Multis ausgebeutet zu werden, und dies ist: nicht von Multis ausgebeutet zu werden“ (Beck/Willms, 2000, S.31 zit. nach Galuske, 2002, S.44).

Diese Machtverschiebung zugunsten der Wirtschaft hat einen unmittelbaren Einfluss auf den Arbeitsmarkt. Das „Ausmarschieren“ von Unternehmen in profitablere Regionen bewirkt Arbeitslosigkeit an den früheren Standorten. Eine Möglichkeit, um dies zu verhindern, ist die Bedingungen des Unternehmens zu akzeptieren. Dadurch entstehen prekäre Arbeitsplätze wie z.B. in der Zeitarbeitsbranche, in Form von Werkverträgen oder im Niedriglohnsektor. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden später genauer beschrieben. Ein wichtiger Faktor, der die Struktur der Erwerbsarbeit beeinflusst, ist die Globalisierung, ein weiterer die Technologisierung.

### 2.3.2. Technologisierung

Wie im ersten Kapitel zu erkennen ist, wurden Produktionsprozesse und die Arbeitsorganisation sehr stark vom technischen Fortschritt beeinflusst. Maschinen und Fabriken entstanden. Der Bauer konnte in der Landwirtschaft statt eines Ochsen einen Traktor benutzen. Dies steigerte die Produktivität und den Wohlstand, welche eine wichtige Basis für weitere technische Entwicklungen schufen. Vor allem die Entwicklung von leistungsfähigen Computern und Mikroelektronik veränderte die Erwerbsarbeit grundlegend. „Zum Ersten eröffnete vor allem die Mikroelektronik völlig neue Wege in der Effektivierung der menschlichen Arbeitskraft und erschloss damit neue Rationalisierungspotentiale bislang unbekanntem Ausmaßes. Zum Zweiten erlauben die neuen Fertigungs- und Produktionsmethoden neue, effektivere Methoden der Vernetzung von Arbeitskräften in Form neuer Management- und Organisationskonzepte. Zum Dritten ermöglichten vor allem die neuen Informationstechnologien aber auch die räumliche Verkürzung von Distanzen durch schnellere und kostengünstigere Transportsysteme eine Vernetzung der internationalen Märkte mit dem Effekt der sukzessiven „Entlassung“ der kapitalistischen Ökonomien aus ihren nationalstaatlichen Gehäusen“ (Galuske, 2002, S.142).

Durch den Einsatz moderner Technik stieg in vielen Branchen die Produktivität. Güter und Dienstleistungen konnten und können in einer viel größeren Menge bereit gestellt werden. Gleichzeitig verliert die menschliche Arbeitskraft durch den Einsatz von Maschinen, Robotern oder Computern an Bedeutung. Einige Wissenschaftler, z.B. Jeremy Rifkin, sprachen sogar vom „Ende der Arbeit“. Rifkin zufolge könnte 75% der verrichteten Erwerbsarbeit in den Industrienationen von Robotern, Maschinen oder Computern bewerkstelligt werden.

Diese Rationalisierungspotentiale werden gegenwärtig aber lediglich in 5% aller Unternehmen umgesetzt (vgl. Rifkin, 1995, S.57). „Würden schon heute in den Betrieben alle derzeit verfügbaren Technologien zum Einsatz kommen, die die menschliche Arbeitskraft ersetzen, würden allein in Westdeutschland etwa 9 Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Arbeitslosenquote stiege dann auf 38%. Wenn alle Rationalisierungspotentiale ausgeschöpft werden, könnten in naher Zukunft theoretisch sämtliche Güter und Dienstleistungen von 20% der Bevölkerung erbracht werden“ (Boxberger/Klimenta, 1998, S.86 zit. nach Galuske, 2002, S.155f).

Der Einsatz moderner Technik verändert dabei zum Beispiel Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Constanze Kurz und Frank Rieger berichten in ihrem Buch „Arbeitsfrei“ z.B. von den technologischen Errungenschaften in diesem Wirtschaftsbereich. Ein mittelgroßer Bauernhof von ca. 100 Hektar Bewirtschaftungsfläche beschäftigte in den 1930er Jahren noch 50 Menschen. Aktuell werden auf Bauernhöfen dieser Größenordnung nur noch eine Vollzeit- und eine halbe Stelle benötigt, um die anfallende Arbeit zu erledigen. Sie berichten von Traktoren und Mähdreschern, die computer- und satellitengestützt das zu bearbeitende Stück Acker analysieren. Das Düngen, Säen, Spritzen und Ernten wird so an die Bodencharakteristiken des Feldes angepasst. Verschiedene Teilstücke (wenige Quadratmeter) werden individuell bearbeitet, so dass der Ertrag optimiert werden kann. Die Landmaschinen verfügen zudem über Kombinationsmöglichkeiten, so dass mehrere Arbeitsgänge zusammengefasst werden können. Der Ablauf in den Hühnerställen verläuft vollautomatisiert. Computer berechnen die Zusammensetzung des Futters und transportieren diese über Förderbänder in den Stall. Temperatur, Luftfeuchtigkeit, Beigabe von Impfstoffen und Vitaminen in das Trinkwasser oder die Beleuchtung - alle Parameter werden über ein computergesteuertes System berechnet und durchgeführt (vgl. Kurz/Rieger, 2013, S. 22ff).

In größeren Agrarfabriken kommen in Kuhställen Spaltenreinigungsroboter zum Einsatz, die unentwegt die Böden von Fäkalien bereinigen. Die Kühe verfügen über einen Mikrochip, der die verschiedensten Daten bereithält: Ernährung, Gewicht, Zusammensetzung der Milch, körperliche Merkmale, usw. Die Kuh kann selbst entscheiden, wann sie gemolken werden möchte. Das Melken ermöglicht dann ein Melkroboter. Die Kuh tritt nur in die vorgesehene Melkvorrichtung und alles andere erfolgt automatisch. Der Melkroboter kann auf alle Daten des Chips zurückgreifen und kann zudem die Qualität der Milch messen und diese entsorgen, falls sie nicht den Standards entspricht. Das ganze System ist so vernetzt, dass bei Störungen eine Nachricht an das Mobiltelefon des Landwirtes gesendet wird und dieser umgehend reagieren kann (vgl. ebd. S.32ff).

Durch Technologie werden auch in der Industrie sowohl Arbeitsplätze verändert als auch überflüssig gemacht. In der deutschen Industrie wurden zwischen 1991 und 1995 1,2 Mio. Arbeitsplätze abgebaut. Ein Beispiel ist das Opel Werk in Rüsselsheim, welches 1996 die Produktion um 14% steigerte und die Belegschaft um 4,1% reduzierte (vgl. Boxberger/Klimenta, 1998, S.86 zit. nach Galuske, 2002, S.155).

In der Industrie kommen für die verschiedenen Fertigungsschritte (Laserschneidanlagen, Schweißroboter, Stanzen) Roboter zum Einsatz, vollautomatisiert und ohne Leistungsverlust. Menschen kommen nur noch für die Zuarbeiten, die Wartung und für Feinarbeiten zum Einsatz. Die Feinarbeiten können von Menschen flexibler und schneller durchgeführt werden. Die Zuarbeiten oder Logistik werden aber teilweise auch jetzt schon über automatische Transportsysteme bewältigt (vgl. Kurz/Rieger, 2013, S. 44ff). Die Lagerwirtschaft wird vielerorts automatisiert. Es werden Hochregallager gebaut, die nicht mehr wie früher von menschengesteuerten Gabelstaplern, sondern von modernen Regalbediengeräten be- und entladen werden. Diese Geräte fahren auf Schienen und werden von Software gesteuert. Die Waren sind auf Paletten gelagert, welche über einen Barcode Aufkleber verfügen. Das System kann durch diesen auf verschiedene Kriterien (z.B. Gewicht, Häufigkeit des Gebrauchs) zurückgreifen und kann somit den optimalen Lagerort bestimmen. Durch den Barcode, der bei jedem Lagerschritt gescannt wird, ist im System jederzeit ersichtlich wo sich die Ware befindet. Verschiedene andere Daten wie z.B. das Verfallsdatum lassen sich per Knopfdruck abrufen. Aber nicht nur im Lager an sich, sondern auch in der Kommissionierung kommen mittlerweile Roboter zum Einsatz. Diese erhalten über ein WLAN-Netzwerk ihre Aufträge. Durch den Barcode können sie den Aufenthaltsort und den Ort der Weiterverarbeitung genau bestimmen. Den Weg zu den Standorten finden die Roboter durch Signalspuren im Boden. Der Bedarf an Lagerangestellten reduziert sich durch den Einsatz solcher Technologien um ca. 70% (vgl. ebd., S. 142ff).

Ein weiterer Produktionsort der sich durch die Technologisierung grundlegend veränderte, ist die Mühle, oder für aktuelle Verhältnisse treffender formuliert, die Mahlfabrik. In einer Mühle, die 1000 Tonnen Getreide am Tag verarbeitete, waren Ende des 19.Jh. über 800 Menschen beschäftigt. In den 1970er Jahren waren immerhin noch 400 Erwerbstätige angestellt. Aktuell sind zwischen 70 und 120 Menschen in einer modernen Mehlfabrik tätig. Arbeitsschritte wie das Abfüllen oder das Verpacken, die anstrengend waren und typische Erkrankungen, wie z.B. Mehlstauballergie, Asthma oder Rücken- und Gelenkbeschwerden verursachten, wurden automatisiert.

Diese Tätigkeiten werden gegenwärtig von einer Handvoll Mitarbeitern ausgeführt, welche die Technik überwachen und warten. Der Großteil der Beschäftigten arbeitet in der Qualitätskontrolle, im Einkauf oder Vertrieb (vgl. ebd., S. 84ff).

Die Entwicklungen von Maschinen und Robotern veränderten die Landwirtschaft und die Industrie grundlegend. Auch die Dienstleistungsbranche blieb vom Einsatz von Computern, Software, Algorithmen und allgemein von technischer Modernisierung nicht unberührt. Im Bereich der Dienstleistungen wurden vor allem im Finanzsektor Arbeitsstellen rationalisiert. In den USA verloren nach der Einführung von Geldautomaten zwischen 1983 und 1993 37% der Kassierer ihre Arbeit. In Deutschland reduzierte die Dresdner Bank 1997 ihre Angestellten um 10%. Die Deutsche Bank erhöhte 1996 den Gewinn um 2,2 Mrd. Gleichzeitig wurden 2250 Angestellte entlassen ( Boxberger/Klimenta, 1998, S.86 zit. nach Galuske, 2002, S.155). Dabei handelt es sich nicht nur um Ein- und Auszahlungen von Bargeld über Automaten. Auch bei der Vergabe von Krediten entscheiden nur noch sehr selten die Bankmitarbeiter. Gewöhnlich errechnen Algorithmen die Kreditwürdigkeit auf Grundlage der bekannten persönlichen Daten. Auch in Großkonzernen kommt für Aufgaben wie Einkauf, Inventur, Budgetplanung oder Personalverwaltung häufig Software zum Einsatz. Der Markt für diese Software wird von wenigen Konkurrenten wie z.B. SAP oder Oracle beherrscht. Viele Firmen benutzen demzufolge die gleiche Software. Geschäftliche Aktionen, beispielsweise zwischen Autofirmen und deren Zulieferern, können wegen dieser Vernetzungsmöglichkeit heute schon automatisch ablaufen. In Anwaltskanzleien wird die Tätigkeit von Rechtsanwaltsgehilfen oder Sekretären immer öfter von Software durchgeführt. Diktiersoftware, digitale Akten und ähnliches reduzieren den menschlichen Arbeitsaufwand. Auch die Sichtung von unüberschaubaren Datenmengen wird von Software übernommen, die nach Schlüsselworten oder Unregelmäßigkeiten sucht. Journalistische Arbeiten im Sport werden teilweise von Berichtgenerierungssoftware erstellt. Gleiches gilt für Quartalsberichte von börsennotierten Unternehmen (vgl. Kurz/Rieger, 2013, S. 244ff). Ein anderes Beispiel wurde im Abschnitt Globalisierung erwähnt. An der Börse wird die menschliche Arbeitskraft zusehends durch Computer und Mikrochips abgelöst.

Obwohl der Einsatz moderner Technologien auch Arbeitsplätze schafft, ist deren Anzahl aber im Vergleich zu denen, die durch Technologisierung abgebaut werden, eher überschaubar (vgl. Rifkin, 1995, S.77).

Edward Luttwak kann die Hoffnung derer, die an eine großflächige Schaffung von Arbeitsplätzen in neuen Branchen glauben, nicht teilen: „Tatsächlich waren [1995] bei allen genannten Neuen Titanen [der New Economy] zusammen, bei Apple, Novell, Cisco, Oracle, Bay Net, Sun Microsystems, Sybase, Adobe Systems, Amgen, Cirrus, Informix, Intuit, Cordis, AOL, Autodesk, MBC Soft, Pictoretel, und Peoplesoft sowie Intel und Microsoft insgesamt 128420 Mitarbeiter angestellt, also nicht einmal 20% der Beschäftigtenzahl, die General Motors(721000) allein vorweisen kann“ (Luttwak, 1999, S.143 in Galuske, 2002, S.168).

Neuheiten auf dem Gebiet technologischer Innovationen sind Geräte wie 3-D-Drucker oder Digital Fabricator. Mit Hilfe von Konstruktionsdateien und dem jeweiligen Ausgangsmaterial können dreidimensionale Objekte hergestellt werden. Diese Herstellungsverfahren existieren bereits in der Industrie, finden aber auch als einfache Versionen Zugang zum Hausgebrauch. Dieser Technologie wird eine ähnlich rasche Entwicklung vorausgesagt, wie sie Computer durchmachten. Computer kamen vor einigen Jahrzehnten ebenfalls nur in der Industrie zum Einsatz, sind aber mittlerweile in den meisten Haushalten nicht mehr wegzudenken. In der Zukunft wäre es also theoretisch möglich, Haushaltsgeräte, Möbel und dergleichen selbst "auszudrucken" (vgl. Rätz/Krampertz, 2011, S.18). Die Tatsache, dass der Verbraucher irgendwelche Gegenstände je nach Bedarf selbst herzustellen in der Lage ist, hätte die Wirkung, dass die industrielle Produktion solcher Güter nicht mehr im momentanen Ausmaß nötig wäre. Die Konsequenz wäre, dass Arbeitsplätze in diesen Branchen abgebaut werden könnten.

Oft werden die genannten Entwicklungen negativ gesehen, da Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Computer, Maschinen und Roboter verrichten aber auch gefährliche, anstrengende und monotone Arbeit für den Menschen. Sie erleichtern den Arbeitsalltag und können den Menschen von entfremdender Arbeit befreien. Außerdem steigt durch den Einsatz von Technologie die Produktivität, was dazu führt, dass eine riesige Menge an Waren in immer kürzer Zeit produziert wird und sich, zumindest in der westlichen Welt, als Gegenpol zum Problem des Mangels, die Problematik einer Überproduktion manifestiert.

In der Antike wurde körperliche Arbeit durch Sklaven verrichtet, während sich die „Bürger“ mit geistigen Tätigkeiten beschäftigten. In der heutigen Zeit wäre dies ebenfalls denkbar, nur dass die Sklaven der Gegenwart die Maschinen sind. „Die Technik bietet erstmals in der Menschheitsgeschichte die Möglichkeit, nicht nur Not und Elend abzuschütteln, also die Arbeit von einer drückenden Last in eine Tätigkeit umzuwandeln, die selbst ein Bedürfnis befriedigt“ (Engels 1990, S.11 zit. nach Willke 1999, S. 168).

Auch Andre Gorz hebt das befreiende Potenzial hervor, das die Technologisierung ermöglicht: „Die Arbeit, die verschwindet, ist die abstrakte Arbeit, die Arbeit an sich, messbar, quantifizierbar und von der sie „ausführenden“ Persönlichkeit trennbar, sie lässt sich auf dem „Arbeitsmarkt“ kaufen und verkaufen wie jede andere Ware auch. Es ist die Arbeit, die Ende des 18. Jahrhunderts vom Manufakturkapitalismus erfunden und mit großer Mühe und Gewalt den Arbeitenden aufgezwungen wurde“ (Gorz, 2000, S.79).

### 2.3.3. Politische Deregulierung des Arbeitsmarktes

Die Veränderungen am Arbeitsmarkt sind nicht nur äußeren Faktoren wie der Globalisierung und der Technologisierung geschuldet. Sie gehen Hand in Hand mit politischen Entscheidungen. So wurden im Laufe der Zeit Gesetze erlassen, die für die Deregulierung des Arbeitsmarktes von großer Bedeutung waren. Als eine der grundlegendsten Veränderungen gilt die, Anfang des 21. Jh. durchgesetzte, Agenda 2010, aus der unter anderem die Hart IV Gesetze hervorgingen. Der folgende Abschnitt soll die wichtigsten Gesetze zur Deregulierung des Arbeitsmarktes dokumentieren.

Die 1982 an die Macht gekommene CDU/CSU/FDP Koalition beschloss 1985 das Beschäftigungsförderungsgesetz, das eine Flexibilisierung der arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften beinhaltete. Inhalt dieses Gesetzes war u.a. die Zulassung der Befristung von Arbeitsverträgen bis zu 18 Monaten. Weiterhin wurden neue Regelungen für die Teilzeitarbeit (Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall und die Verteilung des Arbeitsplatzes an mehrere Arbeitnehmer) erlassen. Zudem wurde die Verlängerung der Überlassungsdauer eines Leiharbeiters an das gleiche entleihende Unternehmen festgeschrieben. Von 1990 bis 1995 und 1995 bis 2000 wurde das Gesetz immer wieder modifiziert und ausgebaut. Im Jahre 1987 wurde eine „unabhängige Expertenkommission zum Abbau marktwidriger Regulierungen“ ("Deregulierungskommission") eingesetzt. Weitere Gesetze im Bezug zur Deregulierung waren die Ausweitung des Ladenschlussgesetzes (1989, 1996 und 2003), die Ausweitung der Arbeitszeit (Sonn- und Feiertage) 1994, sowie die Abschaffung des Alleinvermittlungsrechts seitens der Arbeitsagentur und in diesem Zusammenhang die Erlaubnis gewerblicher Arbeitsvermittlungen 1994. Die Überlassungsdauer von Arbeitnehmern in der Zeitarbeitsbranche wurde ebenfalls 1994 von 6 auf 9 Monate verlängert.

Das Beschäftigungsförderungsgesetz wurde im Jahr 1996 erweitert. Der Kündigungsschutz wurde in diesem Gesetz weiter beschränkt (u.a. Kriterien für betriebsbedingte Kündigungen gelockert), die Höchstdauer von Befristungen von Arbeitsverträgen von 18 auf 24 Monate verlängert und die Entgeltzahlung im Krankheitsfall von 100 auf 80% herabgesetzt. Im Jahr 1997 wurde mit dem Arbeitsförderungs-Reformgesetz erneut die Überlassungsdauer in der Zeitarbeit von 9 auf 12 Monate verlängert. Mitte der 90er Jahre wurden zwar auch einige Gesetze zu Gunsten der Arbeitnehmer verabschiedet, jedoch meist auf Grund geltenden EU Rechts oder auf Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes. Mit dem Korrekturgesetz von 1998 machte die Rot/Grüne Regierung viele der 1996 verabschiedeten Maßnahmen zwar wieder rückgängig, verfolgte ab 2003, im Rahmen der Agenda 2010, aber wieder eine regressive Deregulierungspolitik (2003-2005 Hartz I – IV). Das Korrekturgesetz wurde wieder zurückgenommen und das Arbeitsmarktreformgesetz, das in weiten Teilen dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 1996 glich, beschlossen. (vgl. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55341/deregulierung?p=all>).

#### **2.4. Die flexible Arbeitsgesellschaft**

Führen all diese Faktoren dazu, dass Rifkin am Ende Recht behält? Die These vom „Ende der Arbeit“ wird schon seit Mitte der 1970er Jahre diskutiert. Auch wenn die Arbeit bis heute nicht verschwunden ist, hat sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahrzehnten doch sehr verändert. Die vorher beschriebenen Veränderungen haben die Struktur der Erwerbsarbeit bis ins Rückenmark erschüttert.

Strukturelle Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind normal geworden. Die meisten Erwerbstätigen sind zwar derzeit in einem Normalarbeitsverhältnis beschäftigt, doch der Anteil von prekären Beschäftigungsverhältnissen wird immer größer. In den folgenden Unterpunkten werden zum einen verschiedene Ausformungen prekärer Beschäftigungsverhältnisse (externe Flexibilisierung) erläutert. Zum anderen sollen unternehmensinterne Veränderungen der Organisation von Arbeit (interne Flexibilisierung) beschrieben werden. Im Anschluss daran wird das Thema Arbeitslosigkeit genauer beleuchtet.

#### 2.4.1. Externe Flexibilisierung – Prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse

Der Unterschied prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Vergleich zum Normalarbeitsverhältnis besteht darin, dass diese entweder nicht existenzsichernd entlohnt werden, nicht sozialrechtlich geschützt sind oder das Arbeitspensum keiner Vollzeitbeschäftigung entspricht. Als mögliche Ausprägungen nennt Galuske befristete Arbeitsstellen, Leih- und Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Formen von Scheinselbständigkeit (vgl. Galuske, 2002, S.159). Im Jahr 2012 waren ca. 36,3 Mio. Menschen in einem abhängigen Normalarbeitsverhältnis und ca. 7,9 Mio. Personen prekär beschäftigt. Erwähnenswert ist hierbei die Tatsache, dass ca. 2,8 Mio. der Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis Teilzeit arbeiteten. Sie zählten nur in diese Kategorie, weil sie über 20 Stunden/Woche beschäftigt waren (vgl. [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/08/PD13\\_285\\_132.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/08/PD13_285_132.html)). Weiterhin waren ca. 4,4 Mio. Menschen selbständig beschäftigt (vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/238830/umfrage/anzahl-der-selbststaendigen-in-deutschland/>).

Im Jahr 2008 hatten 2,7 Mio. (8,9%) von insgesamt 30,7 Mio. abhängig Beschäftigten einen befristeten Arbeitsvertrag. Das Geschlecht spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Frauen sind mit 9,5% etwas häufiger befristet beschäftigt als Männer mit einer Quote von 8,4%. Vor allem Akademiker im Alter zwischen 20 und 30 Jahren sind mit 34% besonders häufig von befristeten Arbeitsverträgen betroffen, wobei der Anteil von Frauen mit solchen Verträgen in dieser Altersgruppe sogar bei 40% liegt. Unabhängig vom Alter sind Akademiker mit 11,1% überdurchschnittlich häufig befristet beschäftigt. Das Alter ist ebenfalls ein Kriterium, welches über eine Befristung des Arbeitsverhältnisses entscheidet. So sind 40,7% aller 15- bis 20-jährigen, 25% der 20- bis 25-jährigen und 9,3% der 30- bis 40-jährigen befristet beschäftigt (vgl. Grau, 2010, S.1ff).

Die Leiharbeitsverhältnisse liegen bei ca. 3%. Die Anzahl der Beschäftigten in Leiharbeit ist in den letzten Jahren sehr stark gestiegen und lag im Juni 2012 bei 908.000, was in etwa einer Verdreifachung im Vergleich zum Dezember 2000 entspricht (338.000). Die Zeitarbeit ist eine Männerdomäne. In dieser Sparte von Beschäftigungsverhältnissen liegt der Anteil von Männern bei 70%. Fast drei von zehn Beschäftigten besitzen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Zwei Fakten belegen, dass die Zeitarbeitsbranche extrem unsicher ist. In dieser Branche besteht eine starke Fluktuation und die Hälfte aller Anstellungen findet nach ca. drei Monaten ihr Ende. Im ersten Halbjahr 2012 wurden 500.000 Arbeitskräfte neu eingestellt und 547.000 entlassen.

Von den 2.482.000 Mio. Menschen, die 2012 in die Arbeitslosigkeit gehen mussten, waren 390.000 in der Zeitarbeitsbranche beschäftigt. Das Risiko aus der Zeitarbeit in die Arbeitslosigkeit zu geraten, ist mit 4,17% fünfmal so hoch wie in anderen Branchen (0,76%). Darüber hinaus ist das mittlere Bruttoeinkommen mit 1419 € in der Zeitarbeitsbranche nur knapp halb so hoch, wie das Durchschnittseinkommen aller Beschäftigten (2702 €). Diese starken Differenzen zeigen sich in allen Arbeitsbereichen, außer den Hilfstätigkeiten (1456 € - 1226 €): Metall- und Elektroindustrie (2800 € - 1654 €), Technische Berufe allgemein (4364 € - 3054 €) und Dienstleistungsberufe (2686 € - 1534 €). Die stärksten Abweichungen im Verdienst sind bei Menschen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss zu beobachten (4613 € - 3064 €). Als Auswirkung dieser unterdurchschnittlichen Bruttoeinkünfte müssen 10% aller Angestellten der Zeitarbeitsbranche ihr Einkommen über Arbeitslosengeld II aufstocken, wohingegen der Anteil von allen Beschäftigten bei 3 % liegt (vgl. Bundesagentur für Arbeit, Zeitarbeit in Deutschland, 2013, S.4ff).

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, auch Minijobs oder 400-Euro-Jobs genannt, nehmen in der heutigen Arbeitswelt einen immer höheren Stellenwert ein. Diese umfassen zum einen Arbeitsverhältnisse, deren Entgelt 400 € pro Monat nicht übersteigt und zum anderen solche, deren Arbeitspensum nicht höher als 2 Monate oder 50 Arbeitstage pro Jahr ist. Letztere werden allerdings vorwiegend von Studenten oder Schülern ausgeführt und betragen nur 3% aller geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Von den 2011 7,5 Mio. geringfügig entlohten Beschäftigten, waren 4,9 Mio. ausschließlich in Minijobs beschäftigt, während 2,6 Mio. zusätzlich zu einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit, einem Nebenjob auf 400 € Basis nachgingen. Insgesamt stieg die Gesamtzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse seit 2003 von 6,5 Mio. auf 7,8 Mio. wovon 65% Frauen und 35% Männer sind. Die Altersverteilung weist drei hauptsächliche Gruppen auf: die unter 20-jährigen, die 40-50-jährigen und die über 60-jährigen (vgl. Körner, Meinken, Puch, 2013, S.42ff). Ergänzend soll erwähnt sein, dass im Jahr 2010 23% aller abhängig Beschäftigten einen Niedriglohn (Bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle von 9,15€) bezogen (vgl. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/220398/umfrage/anteil-der-beschaeftigten-mit-niedriglohn-in-deutschland/>).

In den letzten 15 Jahren hat die Zahl der selbständig Arbeitenden zugenommen und beträgt derzeit 4,2 Mio. Die Struktur dieser Beschäftigungsform ist dabei sehr heterogen. Es bestehen fünf problematische Trends, so dass einige selbständige Erwerbstätigkeiten zu den prekären Arbeitsverhältnissen gerechnet werden können.

(1) Die Anzahl der Mikroselbständigkeit (auch Kleinst- oder Solo- Selbständigkeit) hat zugenommen. (2) Ein häufiger Wechsel zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit, aber auch zwischen Auftrags- und Arbeitslosigkeit, führt zu hoher Unsicherheit. (3) Eine hohe Destandardisierung, (z.B. der Wochenarbeitszeit). Einerseits arbeiten viele Selbständige über 40h pro Woche. Andererseits existiert eine beachtliche Anzahl an Selbständigen, die nur geringfügig beschäftigt sind. (4) Eine Erwerbshybridisierung, was eine Mehrfachbeschäftigung oder Kombination von abhängiger und selbständiger Arbeit zeitgleich bedeutet. (5) Einkommen, die an der Armutsgrenze liegen. Dieser Teil der Selbständigen werden zu dem Phänomen der "working poor" gezählt und sind aufgrund der hohen Risiken oftmals Adressaten einer Insolvenz (vgl. Bögenhold, Fachinger, 2012, S.6f).

In einer Grauzone zwischen abhängigen Beschäftigungsverhältnis und Selbständigkeit arbeiten die so genannten Scheinselbständigen bzw. Subunternehmer. Rechtlich besteht zwar eine Selbständigkeit, praktisch sind aber persönliche Abhängigkeiten des Arbeitnehmerstatus zu beobachten. Mögliche Indikatoren für eine Scheinselbständigkeit sind die Weisungsunterworfenheit, die Integration in die betriebliche Organisation, das fehlende Unternehmensrisiko sowie das Arbeiten für nur einen Auftraggeber. Exemplarisch können z.B. Lehrbeauftragte, Tagesmütter, Franchisenehmer oder Kurierfahrer als Scheinselbständige arbeiten. Durch Untersuchungen des IAB konnte festgestellt werden, dass Mitte der 90er Jahre in etwa 510.000 Personen in dieser Grauzone arbeiteten und bei weiteren 855.000 selbständig Beschäftigten weitere Kontrollen nötig gewesen wären, um den Arbeitstatus zu definieren (vgl. Galuske, 2002, S.159).

Das Outsourcen von betrieblichen Tätigkeiten ist neuerdings in Form des sogenannten Croudsourcing in Erscheinung getreten. Ein Unternehmen inszeniert global und digital einen Wettbewerb zur innovativen Lösung eines betriebsinternen Problems z.B. für Design, Werbung oder eines Projektkonzepts. Die Gage erhält dabei nur der Gewinner, die anderen Teilnehmer werden nicht entlohnt und arbeitsrechtliche Regularien sind nicht gültig (vgl. [http://www.focus.de/digital/gastkolumnen/asfour/crowdsourcing-im-internet-wie-firmen-von-der-macht-der-masse-profitieren\\_aid\\_984396.html](http://www.focus.de/digital/gastkolumnen/asfour/crowdsourcing-im-internet-wie-firmen-von-der-macht-der-masse-profitieren_aid_984396.html)).

Ein aktuelles Beispiel ist der Amazon Mechanical Turk, ein virtueller Marktplatz, auf dem Unternehmen Dienstleistungen suchen und Selbständige ihre Arbeit anbieten. Diese „Mitarbeiter“ konkurrieren global, so dass ein für das Unternehmen günstiges Lohndumping entsteht (vgl. [http://business.chip.de/news/Mechanical-Turk-Amazon-Jobs-fuer-Hungerloehne\\_53643285.html](http://business.chip.de/news/Mechanical-Turk-Amazon-Jobs-fuer-Hungerloehne_53643285.html)).

Vergleichbar mit den Phänomenen der Leiharbeit und der Scheinselbständigkeit wird das Instrument des Werkvertrages in letzter Zeit öffentlich diskutiert. Eine weitere Erscheinungsform prekärer Beschäftigung ist unter gewissen Umständen auch das Praktikum. Die Bezeichnung „Generation Praktikum“ ist in letzter Zeit Gegenstand gesellschaftlicher Debatten. Der Start in das Arbeitsleben, vor allem für gut ausgebildete Berufsanfänger, beginnt für einige nicht in einer Festanstellung sondern mit einem unbezahlten Praktikum. Diese Beispiele können allerdings nur am Rande erwähnt und nicht ausführlicher dargestellt werden, weil es der Rahmen dieser Arbeit nicht zulässt.

#### 2.4.2. Interne Flexibilisierung

Unter interner Flexibilisierung versteht man die unternehmensinternen Veränderungen der Arbeitsorganisation. Die Flexibilisierung von Arbeitszeitarrangements ist dabei von großer Bedeutung. Der Normalarbeitstag, also 8 Stunden pro Tag und 5 Tage in der Woche, gehört der Vergangenheit an. Momentan sind nur noch 1/6 aller abhängig Beschäftigten unter diesen Bedingungen angestellt. Der Stellenwert der Teilzeitarbeit gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Ausgestaltung der Teilzeitarbeit ist allerdings sehr unterschiedlich. Sie reicht von hoch entlohnten Expertentätigkeiten bis hin zu gering bezahlten Hilfstätigkeiten oder von kleinen Abweichungen des tariflichen Arbeitszeitumfangs bis hin zu geringfügiger Beschäftigung und einer Arbeit auf Abruf (vgl. Galuske, S.161). Im Jahr 2011 waren 20%, also 5,67 Mio. aller Beschäftigten, Teilzeit tätig. Dabei sind 6,5% aller Männer und 36% aller Frauen Teilzeit beschäftigt. Als Gründe für ihre Teilzeittätigkeit gaben 51,3% der Frauen die Betreuung von Kindern oder Pflege Familienangehöriger an. 18,9% fanden keine Vollzeitstelle und arbeiteten deshalb Teilzeit. Weitere 5,5% der Frauen arbeiteten neben Aus- oder Weiterbildung in einer Teilzeitstelle und 1,9% gaben als Gründe Krankheit oder Unfallfolgen an (vgl. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61705/teilzeitbeschaeftigte>).

Das diese Flexibilisierung der Arbeitszeiten „...eher nicht zu einem Mehr an Autonomie führt, sondern zu weitreichenden Einschnitten in alltäglichen Lebensvollzügen und als Desynchronisation des sozialen Lebens und Auseinanderfallen von Sozialzeiten zum Ausdruck kommt, kann man in vielen Beispielen alltäglicher Lebensvollzüge außerhalb der Arbeit deutlich machen... [...]Die Flexibilisierung der Arbeitszeit erschwert vor allem die Flexibilität der Reaktionen auf unerwartete Anforderungen der Familie[...].

Die Synchronisation des Familienlebens wird so immer mehr zur Zerreißprobe, an der häufig Ehen und Beziehungen zerbrechen“ (Eberling/Henckel 2000, S.240f). „Die Pinnwand wird zum Kommunikationsort, um das soziale Netzwerk der Familie aufrechtzuerhalten. ... [Dabei] bleiben vor allem die affektiven und kommunikativen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen auf der Strecke“ (Hirt, 2008, S.30f).

Ein weiterer Gesichtspunkt interner Flexibilisierung ist die Neugestaltung der Unternehmensorganisation. Arbeitsprozesse und hierarchische Strukturen werden dabei im Sinne von Effektivität und Effizienz umgestaltet. Japanische Unternehmen waren bezüglich solcher Umstrukturierungen Vorreiter. Diese Art der Rationalisierung wurde unter dem Namen lean- production bekannt. Die Ideologie dieser Umstrukturierungen basiert darauf, dass Arbeiter, die vorher nur in der Produktion tätig waren, ebenfalls Tätigkeiten übernehmen, die die Optimierung und Organisation von Arbeitsabläufen betreffen. Zu den daraus resultierenden Einsparungseffekten sagte ein japanischer Manager: „Für die Amerikaner gibt es die, die denken und die, die arbeiten. Bei uns sind die, die arbeiten, selbst diejenigen, die denken, und so benötigen wir nur den halben Personalbestand“ (vgl. Gorz, 2000, S. 44). Der Nutzen solcher Rationalisierungsprozesse, im so genannten Toyotismus, liegt für die sie anwendenden Unternehmen in einer enormen Profitsteigerung. Deshalb sollen die Angestellten motiviert werden, die Arbeitsprozesse permanent zu optimieren. Dieser Umstand wird in der japanischen Sprache „Kaizen“ genannt. Der Arbeiter ist Produzent, Mechaniker und Führungskraft in einem, was von ihm ein umfassendes Wissen verlangt. Die statische, hierarchische Unternehmensorganisation wird durch Netzwerkstrukturen ersetzt. Die Knotenpunkte dieser Netzwerke repräsentieren Arbeitsgruppen, die untereinander kommunizieren (vgl., ebd., S.44ff).

Diese Form der Arbeitsorganisation bietet den Angestellten viele Vorteile. Der Arbeiter ist in seinen Entscheidungen freier und die Vielfalt der Aufgaben kann die Arbeit interessanter gestalten, welches häufig zu einer höheren Arbeitszufriedenheit führt. Von Unternehmensseite werden an den Arbeiter höhere Erwartungen gestellt, weil dieser mehr Verantwortung trägt. Dadurch entsteht eine stärkere Identifikation mit dem Unternehmen, welches häufig zur Folge hat, dass der Arbeitnehmer häufiger Private Interessen und Pflichten, zugunsten der Erwerbsarbeit, vernachlässigt (vgl., ebd., S.47). Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle beweist, dass die Anzahl der unbezahlten Überstunden zunimmt, je höher der innerbetriebliche Status ist.

So leisten z.B. Angestellte mit einfacher Tätigkeit (ohne Ausbildungsabschluss) 0,6h, Angestellte mit qualifizierten Tätigkeiten 2,5h und Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben 19,2 unbezahlte Überstunden im Monat (vgl. Brautzsch/Dreschel/Schulz, 2012, S. 314). Diese erhöhte Arbeitsintensität kann die Gesundheit stark beeinträchtigen. In Japan leiden, nach offiziellen Untersuchungen, zwei Drittel bis drei Viertel der Angestellten in der Automobilbranche an chronischer Müdigkeit und Erschöpfungszuständen. Auch der plötzliche Tod durch Überarbeitung (karoshi) nimmt zu (vgl. Gorz, 2000, S. 47). Die Unternehmen, die die beschriebenen Umstrukturierungen der Arbeitsorganisation durchführen, achten bei der Auswahl des Personals sehr stark auf den Charakter und die Biographie der Bewerber. Unternehmen in den USA, Japan und Europa legen beispielsweise Wert darauf, dass potentielle Mitarbeiter keine gewerkschaftlichen Verbindungen in ihrem Lebenslauf aufweisen. In Großbritannien wird vertraglich festgehalten, dass der Mitarbeiter auf sein Recht zu Streiken verzichtet. Als Ausgleich für den Verzicht auf Rechte wird den Mitarbeitern dafür eine Unternehmensidentität geboten. Diese Identität wird z.B. durch das Tragen einer Arbeitsuniform, die Verwendung von unternehmensinternem Vokabular oder spezieller Verhaltensrituale gestärkt und bietet vor allem jungen Mitarbeitern Halt und Orientierung. Der Preis dafür ist, dass das Privatleben hinter den Interessen des Unternehmens zurückgestellt wird. Durch absolute Loyalität und Identifikation mit dem Unternehmen und durch den zusätzlich entstehenden Konformitätsdruck läuft die persönliche Identität Gefahr, zu verschwinden (vgl., ebd., S.54). Soziale Beziehungen, Gesundheit und private Interessen werden zugunsten des Unternehmens vernachlässigt. Der Mitarbeiter „[...] reduziert seinen Horizont auf den des Betriebs. Die Subjektivität, die sich in diesem Rahmen entwickelt, ist das Gegenteil einer freien Subjektivität, die sich der „Welt der Dinge“ gegenüberstellt, denn [...] ihre eigene Welt ist von den Zwecken und Werten des Unternehmens eingegrenzt. [...] Es bleibt ihr hier kein physischer oder psychischer Raum, der nicht durch die Unternehmenslogik besetzt wäre [...]“ (Marco Revelli, zit. nach ebd., S.56). Die emanzipatorischen Tendenzen, die durch diese Art Arbeitsorganisation entstehen können, verlieren aufgrund der extremen Konformität fast vollständig ihren Wert. Maurizio Lazzarato beschreibt diesen Umstand so: „Seid Subjekte, lautet der neue Befehl, der in den westlichen Gesellschaften allenthalben ertönt. [...] Man muss sich ausdrücken, muss reden, sich verständigen, kooperieren[...]. Das Kommunikationsverhältnis ist aber inhaltlich wie formal vollständig determiniert. [...] Das Subjekt ist ein einfaches Kodifizierungs- und Dekodifizierungsrelais. [...]

Das Kommunikationsverhältnis muss genau das ausschalten, was eigentlich sein spezifisches Wesen ist“ (Lazzarato, 1992, zit. nach ebd., S. 57).

Da das Aufgabenspektrum in diesen Unternehmen eine sehr gute Ausbildung voraussetzt, haben weniger gut gebildete Jugendliche kaum noch die Möglichkeit, eine geeignete Ausbildung oder ein Arbeitsverhältnis zu beginnen. Diejenigen, die gut ausgebildet sind und die Ziele des Unternehmens zu ihren eigenen machen, bilden eine neue Arbeitseelite. Erwerbsarbeit wird zum Privileg, weil zum einen die Arbeitsplätze geringer werden und zum anderen Menschen mit geringer Qualifikation kaum eingestellt werden. Durch das Modell der lean- production entstehen Beschäftigungsverhältnisse, die eine Abhängigkeit vom Unternehmen in den tiefen Schichten des Unterbewusstseins herbeiführen und die persönliche Identität des Angestellten unmerklich auflösen und ersetzen. Gleichzeitig werden arbeitsrechtliche, tarifliche Regulierungen schleichend abgebaut wie am Beispiel der Überstunden erkennbar ist. Durch die im Zusammenhang mit der beschriebenen Entwicklung freigesetzten Arbeitskräfte erhöht sich die Arbeitslosigkeit. „Die Angehörigen der Arbeitseelite können sich nicht mehr allgemein für gesellschaftlich nützlich halten. Denn sie erzeugen Reichtum und Arbeitslosigkeit in ein und denselben Akt. Je größer ihre Produktivität und ihr Arbeitseifer, desto stärker wachsen die Arbeitslosigkeit, die Armut, die Ungleichheit, die soziale Ausgrenzung und die Profitrate. Je tiefer sie sich mit der Arbeit und den Erfolgen ihrer Firma identifizieren, um so mehr tragen sie dazu bei, die Bedingungen ihrer eigenen Unterwerfung herzustellen und aufrechtzuerhalten sowie die Konkurrenz zwischen den Firmen zu intensivieren und also den Leistungsdruck immer mörderischer zu machen, die Beschäftigungsverhältnisse - einschließlich der eigenen - immer prekärer und die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter und über die Gesellschaft immer unwiderstehlicher“ (Gorz, 2000, S.67).

#### 2.4.3. Arbeitslosigkeit

Neben den vielen Formen prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist Arbeitslosigkeit eine häufige Folge der zuvor beschriebenen Veränderungen des Arbeitsmarktes. Zusätzlich zu den finanziellen Einbußen, entstehen viele weitere Probleme, die oftmals als sehr belastend von den Betroffenen wahrgenommen werden. Soziale, gesundheitliche oder psychische Probleme aber auch gesellschaftliche Stigmatisierung sind zu beobachtende Konsequenzen.

Im September 2013 waren laut Statistik der Arbeitsagentur 2.849.000 (6,6%) Menschen arbeitslos gemeldet (vgl. Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, September 2013, S.47). Nach der Definition der Arbeitsagentur zählt als arbeitslos, wer (1) nicht in einem Beschäftigungsverhältnis steht, (2) sich bei der Bundesagentur arbeitslos gemeldet hat, (3) eine versicherungspflichtige Beschäftigung sucht, (4) den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagentur zur Verfügung steht und (5) nicht an einer Maßnahme der aktiven Arbeitspolitik teilnimmt. Des Weiteren werden Menschen, die vorübergehend krank gemeldet sind oder durch einen Vermittler außerhalb des Jobcenters betreut werden, nicht in die Statistik aufgenommen. Zudem sind Personen, die über 58 Jahre alt sind und seit 12 Monaten kein Angebot für ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis angeboten bekamen, von der Statistik ausgeschlossen. Als letzte Gruppe sind Personen, denen eine Arbeitsaufnahme aufgrund der Pflege von Angehörigen oder der Erziehung von Kindern nicht zumutbar ist, ebenfalls nicht von der Statistik erfasst (vgl. ebd., S.37). So wird von der Bundesagentur für Arbeit eine weitere Statistik veröffentlicht, die Personen erfasst, die an einer Maßnahme der aktiven Arbeitspolitik teilnehmen bzw. einen der benannten arbeitsmarktbedingten Sonderstatus besitzen. Im September waren nach dieser Statistik 3.793.000 Menschen (ohne Kurzarbeit) (8,6%) in der Kategorie „Unterbeschäftigung“ geführt (vgl. ebd., S.47). Dabei ist die Unterbeschäftigung in Ostdeutschland mit 13% signifikant höher als in Westdeutschland mit 7,6% (vgl. ebd., S.48f). Zu den offiziell erfassten Personen kommen aber zusätzlich noch Menschen hinzu, die sich aus Scham, Resignation oder Unwissenheit über ihre Ansprüche nicht bei den zuständigen Behörden melden. Diese Personengruppe wird als stille Reserve bezeichnet (vgl. Lutz/Simon, 2007, S.48). Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ergab sich im Jahr 2008 eine Zahl von ca. 539.000 Personen, die in diese Kategorie fielen (vgl. Fuchs/Weber, 2008, S. 17). Insgesamt gehen also ca. 7 Mio. erwerbsfähige Menschen keiner Erwerbsarbeit auf dem Arbeitsmarkt nach.

Auf der anderen Seite waren laut Bundesagentur für Arbeit im September 2013 rund 446.000 Arbeitsstellen nicht besetzt. Dazu kamen ca. 500.000 weitere Arbeitsstellen, die nicht bei der Bundesagentur gemeldet waren (vgl. Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, September 2013, S.12).

Der Verlust des Arbeitsplatzes hat gezwungenermaßen den Wegfall des Arbeitseinkommens zur Folge. Weil die Betroffenen oftmals nicht von heute auf morgen ihren Lebensstandard an die Situation anpassen und mit ihrem Umfeld mithalten wollen, werden z.B. Kredite aufgenommen, was zu Überschuldung führen kann (vgl. Mehlich, 2005, S.120).

Laut Armuts- und Reichtumsbericht ist Arbeitslosigkeit mit 28% als größte Ursache für Überschuldung anzusehen. Überschuldung geht einher mit psychischem Stress, der durch das Gefühl des Versagens und der Angst vor einem gesellschaftlichen Abstieg hervorgerufen wird. Körperliche und psychische Erkrankungen (z.B. Depression), erhöhtes Suchtverhalten oder belastete soziale Beziehungen werden als Folge von Arbeitslosigkeit beobachtet (vgl. Vierter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, 2013, S.365). Wichtige Faktoren, die das Armutsrisiko bei Arbeitslosigkeit beeinflussen, sind die Berufstätigkeit des Partners und die Dauer der Arbeitslosigkeit. Das Fehlen des Einkommens führt in erster Linie zu massiven Einsparungen im Bereich Nahrungs-, Genussmittel und Bekleidung. Aber auch Ausgaben für Bildung, Kultur und Unterhaltung werden reduziert (vgl. Bäcker, 2008, S.509f.). Die Absicherung einer Person im Falle des Arbeitsplatzverlustes ist an bestimmte Regelungen geknüpft. So ist z.B. die Zahlung von Arbeitslosengeld I von bestimmten versicherungsrechtlichen Voraussetzungen (z.B. Einzahlung in die Versicherung) abhängig, welche im Sozialgesetzbuch III (SGB III) aufgeführt werden. Die Auszahlungsdauer ist begrenzt und die Höhe der Leistung beträgt 50-60% des letzten Nettoeinkommens. Für das Beziehen von Arbeitslosengeld II müssen bestimmte Bedürftigkeitskriterien erfüllt werden, welche im Sozialgesetzbuch II (SGB II) geregelt sind. Die Wiederaufnahme einer Arbeit führt nicht zwangsläufig zu einer nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Situation. Oftmals müssen schlechtere Arbeitsbedingungen hingenommen werden (vgl. ebd.). Auch das Arbeitsverhältnis selbst kann von der schlechten finanziellen Lage negativ beeinflusst werden. So erhöht sich die Gefahr einer Kündigung in den ersten sechs Monaten, im Falle einer Lohn- bzw. Gehaltspfändung. Auch die Chance einer Anstellung verringert sich, wenn die Gefahr der Lohnpfändung im Raum steht und dies beim Arbeitgeber bekannt ist (vgl. Breig/Leuther, 2007, S.41).

Weil Erwerbsarbeit einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft einnimmt, kann der Verlust der Arbeit auch tiefgreifende persönliche Konsequenzen haben. Das eigene Rollenverständnis und das Selbstwertgefühl werden in Zweifel gezogen. Identitätsprobleme oder soziale Isolation durch den Rückgang persönlicher Beziehungen sind mögliche Auswirkungen. Auch der Verlust der Zeitstruktur wird oft bei den Betroffenen als Belastung erlebt, was z.B. die Marienthalstudie von Jahoda und Larzfeld (1933) belegt (vgl. Bäcker, 2008, S.510ff). „Die Ansprüche an das Leben werden immer weiter zurückgeschraubt, der Kreis der Dinge und Einrichtungen, an denen noch Anteil genommen wird, schränkt sich immer mehr ein;

die Energie, die noch bleibt, wird auf die Aufrechterhaltung des immer kleiner werdenden Lebensraumes konzentriert“ (Jahoda u.a., 1975, S.101). Der Verlust des Zeitgefühls spiegelt sich indes im Verlust der Zukunftsperspektiven (vgl. Mehlich, 2005, S.121). Inwieweit sich dauerhafte Arbeitslosigkeit auf Betroffene auswirkt, haben Lazarsfeld und Eisenberg in einem Vier-Phasen-Modell beschrieben. Der Arbeitsplatzverlust wird zuerst als tiefer Einschnitt erlebt, der Verzweiflung und Apathie hervorruft. Danach beginnt das Stadium, in der die Person voller Optimismus aktiv nach Arbeit sucht. Ist die Suche nach vielen Bewerbungen nicht erfolgreich, setzt eine Phase des Pessimismus ein, die von Angst und Niedergeschlagenheit geprägt ist. Schließlich entwickeln sich ein negatives Selbstbewusstsein und ein Rückzug aus dem öffentlichen Leben. Dieser Umstand wird als Phase des Fatalismus bezeichnet, in der der Betroffene die Gegebenheiten als unabänderlich wahrnimmt (vgl. Bäcker, 2008, S.511f). Aus Scham über die Arbeitslosigkeit zu reden und Angst vor negativen Reaktionen, haben Erwerbslose oftmals weniger Kontakt zu Freunden und Bekannten, als vor der Erwerbslosigkeit. Die finanziellen Einschränkungen haben Auswirkungen auf Freizeitverhalten und Hobbies. Während 57% aller Beschäftigten Mitglied in einem Klub oder Verein sind, sind es unter Arbeitslosen nur ca. 30%. Je länger die Phase der Erwerbslosigkeit anhält, desto stärker ist der Rückzug arbeitsloser Personen aus dem öffentlichen Leben zu beobachten (vgl. Abraham/Hinz, 2005, S.224f). Dieser Rückzug führt zu einer stärkeren Fokussierung auf familiäre Bindungen, welche dadurch in Krisen stärker belastet werden (vgl. Mehlich, 2005, S.122). In Familien mit konservativen Rollenstrukturen wird der Arbeitsplatzverlust des Mannes als immense Strapaze wahrgenommen, weil dieser die Rolle des Hauptnährers und des Familienoberhauptes nicht mehr einnehmen kann. Der Mann ist von einem zunehmenden Gefühl der fehlenden Akzeptanz seitens der Frau berührt, während die Frau von der permanenten Anwesenheit des Mannes und der missglückten Arbeitssuche enttäuscht ist. Beide distanzieren sich voneinander und die Beziehung wird instabil (vgl. Kirchler, 1993, S.57ff).

Was den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und körperlicher und psychischer Gesundheit betrifft, ist im Juni 2013 ein sehr aufschlussreicher Bericht im Deutschen Ärzteblatt erschienen. Die Autoren Britta Herbig, Nico Dragano und Peter Angerer bedienen sich in ihrer Recherche aus einer Vielzahl medizinischer Publikationen, welche in den letzten 10 Jahren erschienen sind. Dabei gingen die Autoren der Frage nach, ob Krankheit als der Auslöser (Selektion) oder die Ursache (Kausalität) von Arbeitslosigkeit zu sehen ist.

Sie kamen zu dem Ergebnis, dass beides möglich ist und sich wechselseitig beeinflusst: „Selektion und Kausalität interagieren und verstärken sich im Sinne eines Teufelskreises, indem eine chronisch kranke Person arbeitslos wird (Selektion) und die Arbeitslosigkeit dann die Krankheit verschlimmert (Kausalität), was wiederum die Chancen vermindert, wieder einen Arbeitsplatz zu finden“ (Herbig/Dragano/Angerer, 2013, S.414). In ihrem Bericht wurde eine Analyse, mit 42 integrierten Längsschnittstudien und über 20 Mio. untersuchten Personen aus verschiedenen Ländern, vorgestellt. Das Ergebnis war, dass das Sterblichkeitsrisiko bei Arbeitslosen um 63% höher war, als bei der Gesamtbevölkerung (Beschäftigte und Nichtbeschäftigte). Bei Männern sind vor allem Krebserkrankungen, Herzinfarkte, Schlaganfälle und alkoholbedingte Erkrankungen, bei Frauen alkoholbedingte Erkrankungen und Unfälle für den Tod ursächlich. Für Deutschland zeigten sich ähnliche Zahlen. Im Vergleich zu Beschäftigten war die Mortalitätsrate für Personen, die 1 bis unter 2 Jahre arbeitslos waren um das 1,6 fache höher. Ab mindestens 2 Jahren Arbeitslosigkeit stieg der Faktor sogar auf 3,4. Bezüglich psychischer Erkrankungen ist feststellbar, dass diese bei Arbeitslosen öfter und die diagnostizierten Symptome, im Vergleich zu Erwerbstätigen, doppelt so häufig auftreten. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist für die Entstehung und die Zunahme der Symptome entscheidend. Eine der am häufigsten diskutierten Erkrankungen ist die Depression. Bei Arbeitslosen ist die Anzahl derer, die über einschlägige Symptome klagen, doppelt so hoch. Bei über 50-jährigen erwerbslosen Personen steigt dieser Wert sogar noch an. Eine weitere psychische Erkrankung ist die Angststörung, unter deren Symptomen, laut Studien, 47% aller Langzeitarbeitslosen leiden (vgl. ebd., S. 414f). Auch Suchterkrankungen können vermehrt nach dem Verlust des Arbeitsplatzes auftreten. In einer anderen Studie wurde bei Arbeitslosen ein erhöhtes Risiko einer Krankenhausbehandlung infolge einer alkoholbedingten Erkrankung beobachtet (vgl. ebd. S.416) In einer weiteren Studie wurde die Manifestation von psychotischen Störungen, hier die Schizophrenie, bei vorhandenen psychosozialen Problemen wie z. B. Arbeitslosigkeit erforscht. Das Risiko einer Neuerkrankung, bei entsprechender Disposition, ist laut dieser Studie fast doppelt so hoch, wenn Risikofaktoren wie Arbeitslosigkeit gegenwärtig sind (vgl. ebd., S. 416). Hinsichtlich körperlicher Erkrankungen, welche durch lang anhaltende Arbeitslosigkeit begünstigt werden können, werden Herzerkrankungen besonders erwähnt. Es wurde erforscht, dass Krankenhausaufenthalte wegen Herzinfarkten nach andauernder Arbeitslosigkeit zunahmen und sich das Risiko erhöhte, je länger die Beschäftigungslosigkeit anhielt.

Das Risiko, einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall zu erleiden, beträgt bei Arbeitslosen mehr als das Doppelte, im Vergleich zu Erwerbstätigen. Auch eine steigende Suizidrate infolge steigender Arbeitslosigkeit wurde von den Autoren beobachtet (vgl. ebd. S. 417).

Ein eindrückliches Beispiel ist die erhöhte Anzahl von Suiziden während der Weltwirtschaftskrise 1929. Aber auch neuere Daten aus Griechenland, Großbritannien und Italien, die während der aktuellen Finanzkrise erhoben wurden, belegen den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und erhöhten Selbstmordraten. Zahlen, die in Europa von 1970 bis 2007 analysiert wurden, belegen einen Anstieg der Suizidrate von 0,79% bei einem Anstieg der Arbeitslosenzahl um 1%. Weiterhin machen die Autoren auf die Tatsache aufmerksam, dass Arbeitslose seltener als Erwerbstätige Hilfe im Gesundheitssystem suchen (vgl. ebd., S. 417f.).

### **3. Das bedingungslose Grundeinkommen**

„Was würden Sie tun, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre?“ Dieser Frage begegnet man häufig, wenn man die aktuelle Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen verfolgt. Die Frage soll den Menschen anregen der Idee des Grundeinkommens aus einer ganz persönlichen Sichtweise zu begegnen, bevor das Konzept als Utopie abgetan wird. Götz Werner, der Gründer der dm Marktkette und prominenter Verfechter des bedingungslosen Grundeinkommens, vergleicht den Moment, in dem Menschen beginnen diese „Utopie“ kognitiv und emotional denken zu können gerne mit der kopernikanischen Wende. Und in der Tat könnte diese Idee ein ähnliches Potenzial wie der Übergang vom geo- zum heliozentrischen Weltbild haben. Der Grundgedanke hinter dieser Idee ist keine Erfindung der heutigen Zeit. Vorläufer des gegenwärtigen Konzepts des bedingungslosen Grundeinkommens wurden bereits vor mehreren Jahrhunderten diskutiert. In den letzten Jahren hat die mediale Aufmerksamkeit bezüglich des Themas zugenommen. Auch wenn das bedingungslose Grundeinkommen noch lange nicht in der breiten Öffentlichkeit angekommen ist, wird es dennoch als bemerkenswerte Alternative zu den derzeitigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen diskutiert. Nicht zuletzt die Tatsache, dass kürzlich in der Schweiz eine Volksinitiative zum bedingungslosen Grundeinkommen von Erfolg gekrönt war und in der Schweizer Bundeskanzlei eingereicht wurde, gibt dieser Annahme Recht. Wie die Schweizer Bevölkerung dann letztendlich darüber abstimmen wird, bleibt natürlich abzuwarten. Die Diskussion wird durch den anstehenden Volksentscheid aber weiterhin angeheizt.

Das folgende Kapitel soll einen Überblick darüber verschaffen, was unter einem bedingungslosen Grundeinkommen verstanden wird. Es werden einige Vordenker vorgestellt und die geschichtliche Entwicklung bis in die Gegenwart zurückverfolgt.

Anschließend wird das bedingungslose Grundeinkommen aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit und der individuellen Freiheit beleuchtet. Diese beiden Aspekte bilden den Ansatzpunkt für das letzte Kapitel, in dem die Relevanz des bedingungslosen Grundeinkommens für das persönliche Wohlbefinden erörtert wird.

### **3.1. Definition**

In Deutschland, wie in anderen Industrienationen, existiert gegenwärtig ein System der finanziellen Mindestabsicherung. Dieses unterscheidet sich jedoch in wesentlichen Punkten vom Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens. Das Netzwerk Grundeinkommen hat vier fundamentale Eckpunkte beschrieben, die jedes Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens beinhalten muss, um als ein solches gewertet zu werden: „Es soll ein Einkommen sein, das (1) existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, (2) auf das alle Menschen einen individuellen Rechtsanspruch haben, (3) das ohne Bedürftigkeitsprüfung und (4) ohne Zwang zur Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert wird“ (Netzwerk Grundeinkommen, 2009, S.10f). Das Grundeinkommen würde von der Gesellschaft für alle ihre Mitglieder bereit gestellt werden. Sozialleistungen bis zu der Höhe des Grundeinkommens würden durch das Grundeinkommen ersetzt werden.

Die Grundsicherungen in Deutschland, Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) und Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialgeld (SGB II) werden den angesprochenen Kriterien nicht gerecht. Was den Punkt der Existenzsicherung betrifft, hatte bereits im Februar 2010 das Bundesverfassungsgericht die Berechnung für die Sozialleistungen nach SGB II als willkürlich und intransparent kritisiert. Nachdem das Berechnungsverfahren angepasst wurde, geriet dieses aber wiederum in die Kritik als das Sozialgericht Berlin 2012 erneut die Verfassungswidrigkeit der Regelsätze beim Bundesverfassungsgericht vorlegte. Zudem wird die Höhe der Regelsätze von Sozialverbänden als nicht existenzsichernd und daher als Armutsrisiko angesehen. Es ist nicht definiert und daher sehr umstritten, welcher Betrag als existenzsichernd gelten kann.

Als Anhaltspunkt kann das steuerliche Existenzminimum dienen, das aktuell bei 8.124 € für Erwachsene und bei 4.368 € für Kinder pro Jahr liegt (vgl. [http://www.bundestag.de/presse/hib/2012\\_11/2012\\_517/05.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_11/2012_517/05.html)).

Eine andere Möglichkeit, die Höhe des Existenzminimums zu bestimmen, könnte unter der Zuhilfenahme der EU Armutsdefinition erfolgen. Danach liegt ein Armutsrisiko vor, wenn das Gesamteinkommen einer Person weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung beträgt. Nach aktuellsten Zahlen liegt dieser Betrag bei 11.426 € pro Jahr für eine alleinstehende Person (vgl. [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13\\_121\\_634.html;jsessionid=4FFF9B6AD5DBA0E030026CB86CD98037.cae2](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13_121_634.html;jsessionid=4FFF9B6AD5DBA0E030026CB86CD98037.cae2)).

Auch der Pfändungsfreibetrag kann als Indiz dafür dienen, welcher Betrag als Existenzminimum angesehen werden kann. Dieser wurde im Jahr 2013 aktualisiert und liegt bei monatlich 1.045,04 €, was auf das Jahr hochgerechnet 12.540,48 € beträgt (vgl. [http://www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/20130408\\_Ab\\_1\\_Juli\\_2013\\_hoehere\\_Pfaendungsfreigrenzen\\_fuer\\_Arbeitseinkommen.html?nn=3433226](http://www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/20130408_Ab_1_Juli_2013_hoehere_Pfaendungsfreigrenzen_fuer_Arbeitseinkommen.html?nn=3433226)).

Das bedingungslose Grundeinkommen würde, wie auch bei aktuellen sozialen Transferleistungen üblich, als Geldleistung ausgezahlt werden. Es gibt aber auch Vorschläge, in denen existenzielle Güter wie Lebensmittel, Wasser, Wohnung und ähnliches kostenlos zur Verfügung gestellt werden (z.B. Paul Goodman) oder aber eine Parallelwährung ausgezahlt wird, die ausschließlich zum Konsum dieser Güter verwendet werden bzw. nicht als Sparguthaben dienen kann (z.B. Jacques Duboin). In der aktuellen Diskussion wird von den Befürwortern ein monatlicher Auszahlungsrhythmus als sinnvoll empfunden. Historisch betrachtet gab es aber auch Überlegungen, die eine vierteljährliche (Charlier, 1848) oder wöchentliche (Milner, 1918) Auszahlung vorschlugen. Andere Vorstellungen, z.B. von Thomas Paine oder aktuell Bruce Ackermann und Anne Alstott, tendieren zu einer Art Erstausrüstung bei Beitritt ins Erwachsenenalter (vgl. Vanderborcht, van Parijs, 2005, S.37ff).

Das Grundeinkommen würde individuell von der Geburt bis zum Tod an alle Mitglieder der Gesellschaft ausgezahlt werden. Leistungen nach SGB II werden im Gegensatz dazu momentan an eine Bedarfsgemeinschaft (z.B. Partnerschaft, Familie) ausgezahlt. Das bedeutet, dass für eine Bedarfsgemeinschaft ein gesetzlicher Minimalbedarf berechnet wird. Liegt das Gesamteinkommen und Vermögen der Bedarfsgemeinschaft unterhalb dieser Grenze, können Leistungen bezogen werden, die dem Haushaltsvorstand ausgezahlt werden.

Dieses System kann Abhängigkeiten schaffen. Obwohl z.B. ein Partner arbeitslos ist, werden in dem Fall, dass der Gesamtbedarf durch das Einkommen des Anderen gedeckt wird, keine Leistungen bewilligt. Der arbeitslose Partner ist in diesem Fall in finanzieller Hinsicht vom Anderen abhängig. Eine individuelle Auszahlung an jedes Mitglied der Familie würde diesen Abhängigkeiten entgegen wirken.

Welche Personen Mitglied einer Gesellschaft sind und daher einen Anspruch auf das Grundeinkommen hätten, müsste im Vorfeld geregelt werden. Darüber gibt es verschiedene Ansichten. Eine Variante wäre der Staatsbürgerstatus, welcher Voraussetzung für den Bezug eines Grundeinkommens wäre. In einer zweiten Variante wäre der dauerhafte Aufenthalt eines Menschen im jeweiligen Staatsgebiet ausschlaggebend. In der zweiten Variante könnten die Mindestaufenthaltszeit oder die Bestimmungen, die aktuell zur Definition des Steuerwohnsitzes gelten, als Regelung dienen. Häftlinge würden für die Zeit ihrer Haftstrafe den Anspruch auf ein Grundeinkommen verlieren. Der altersbezogene Auszahlungsmodus sieht in vielen Modellen zwei oder drei Stufen bis zum Erreichen der Volljährigkeit vor (vgl. ebd., S.46f).

Ein weiterer großer Unterschied zum aktuellen System der Mindestsicherung wäre der Wegfall der Bedarfsprüfung. Nur wer unterhalb einer festgelegten Einkommens- bzw. Vermögensgrenze liegt, hat, nach der derzeitigen Rechtslage, Anspruch auf die jeweilige Mindestsicherung. Einkommen und Vermögen wären hingegen konzeptionell keine Kriterien für das Beziehen eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das Grundeinkommen ist eine einkommensunabhängige Transferleistung. Ob unter- oder oberhalb des Existenzminimums lebend, jeder hätte gleichermaßen Anspruch auf diese Basisleistung. Das bedeutet allerdings nicht, dass das Einkommen jedes Mitglieds der Gemeinschaft steigen würde. Die Finanzierung des Grundeinkommens kann über indirekte (Konsumsteuer) oder direkte Steuern (z.B. Einkommenssteuer) erfolgen, wodurch das Gesamteinkommen Besserverdienender am Ende geringer wäre (vgl. ebd., S.49). Das Grundeinkommen wäre dann auch ein Instrument der Umverteilung. In einer Studie von Kate Pickett und Richard Wilkinson wurde kürzlich deutlich, dass Phänomene wie Krankheit, Suchtverhalten, Kriminalität, etc. umso stärker auftreten, je größer die materiellen/finanziellen Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft sind. Auf die Ergebnisse dieses Berichts wird im letzten Kapitel genauer eingegangen.

Gegenwärtig müssen Bezieher der Mindestabsicherungsleistungen nach SGB II zumutbare Arbeitsangebote annehmen oder regelmäßig Nachweise erbringen, sich um Arbeit bemüht zu haben, d.h. ihre Mitwirkungspflichten erfüllt zu haben.

In der Regel wird das Unterschreiben einer Eingliederungsvereinbarung verlangt. Diese kann unter anderem die Verpflichtung enthalten, sich medizinischen oder psychologischen Untersuchungen zu unterziehen oder an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Handeln Leistungsbezieher diesen Forderungen zuwider werden sie mit Sanktionen in Form von Leistungskürzungen bestraft. Das Beziehen des bedingungslosen Grundeinkommens wäre an keine Gegenleistung gebunden. Der Zwang, einer nicht selbst gewählten Tätigkeit nachzugehen oder sogar die Kürzung von Leistungen ist nicht mit dem Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens zu vereinbaren.

In der Diskussion über die technische Ausgestaltung eines Grundeinkommens werden die Sozialdividende und die Negative Einkommenssteuer benannt. Als Sozialdividende ausgezahlt, würde jeder Bürger regelmäßig einen festen Basisbetrag erhalten. Alle anderen Einkommen würden erst danach besteuert werden und würden zusammen mit dem Grundeinkommen das Gesamteinkommen bilden. Das Modell der Negativen Einkommenssteuer verläuft umgekehrt. Als Negative Einkommenssteuer würde das Grundeinkommen mit der Einkommenssteuer verrechnet werden. Wer mit seinem Einkommen oberhalb einer gewissen Grenze liegt, bekommt kein Grundeinkommen und bezahlt Steuern. Personen die unterhalb dieser Grenze liegen, bekommen ein Grundeinkommen in Form einer Negativen Einkommenssteuer ausgezahlt (vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn, 2007, S.44ff). Wenn das Grundeinkommen als Sozialdividende ausgezahlt werden würde, wäre auch, wie z.B. Götz Werner vorschlägt, die Erhebung einer Konsumsteuer bei gleichzeitigem Verzicht von Steuern auf Arbeit möglich.

### **3.2. Historische Entwicklung**

Die Grundprinzipien des bedingungslosen Grundeinkommens sind nicht erst in der Gegenwart entstanden. Schon vor 2500 Jahren erhielten die Bürger Spartas alle existenziellen Güter unabhängig davon, ob sie arbeiteten oder nicht (vgl. Werner, Eichhorn, Friedrich, 2012, S.9). Diesbezüglich muss allerdings erwähnt werden, dass die Spartaner tausende ausländische Sklaven für sich arbeiten ließen, um sich diese Annehmlichkeit leisten zu können.

Im Jahr 1516 erschien das Werk *Utopia* von Thomas Morus. Der Protagonist Raphael debattiert darin mit dem Erzbischof von Canterbury über die Sinnhaftigkeit der Todesstrafe und argumentiert vielmehr für eine Einkommensgarantie. Diese solle die Armen nicht in die Notwendigkeit versetzen stehlen zu müssen, um zu überleben (vgl. Vanderborht/van Parijs, 2005, S.15f).

Thomas Paines (1737-1809) Gedanken waren humanistischer Natur. Er befand, dass die Erde und ihre über mehrere Generationen entstandenen Errungenschaften vom Grunde her allen Menschen gehören. Durch die Existenz von Grundeigentum und dem Glück bzw. Pech in besitzende bzw. nicht besitzende Verhältnisse geboren zu werden, machte er im Werk *Agrarische Gerechtigkeit* (1796) folgenden Vorschlag. Jeder Bürger, ob arm oder reich, sollte mit dem 21. Geburtstag einen einmaligen Betrag ausbezahlt bekommen und ab dem 50. Lebensjahr jährlich einen bestimmten Betrag als Rente erhalten (vgl. ebd., S.21). Die Finanzierung sollte über einen Nationalfond erfolgen. Dieser sollte über eine Steuer zur Nutzung der Erde (Natur) und eine Abgabe auf privates Eigentum, das durch fremde Arbeit erworben wurde, gespeist werden. Dieses Startkapital sollte junge Menschen einerseits in die Lage versetzen, durch Investitionen ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Andererseits sollte ein gewisses Armutrisiko bei der Neugründung von Familien verhindert werden (vgl. Blaschke, 2010, S.31).

Weitere vergleichbare Ideen stammten von Thomas Skidmore (1790-1832) und Francois Huet (1814-1869). Skidmore machte 1829 den Vorschlag, den Wert des Grundbesitzes aller in einem Jahr Verstorbenen gleichmäßig auf alle Personen aufzuteilen, die im gleichen Jahr das Erwachsenenalter erreichten. Huet warb 1853 dafür, dass das ererbte Vermögen nach dem Tod des Besitzers an alle Bürger gleichmäßig verteilt werden sollte (vgl. Vanderborht/van Parijs, 2005, S.21f).

Thomas Spence (1750-1814) propagierte in seiner Streitschrift *Die Rechte der Kinder* (1797), als erster eine kontinuierliche Transferleistung. Die Einnahmen aus Versteigerungen der Nutzungsrechte für Gemeindeimmobilien und den Regierungssteuern sollten für öffentliche Ausgaben und die Instandhaltung der Infrastruktur genutzt werden. Der Überschuss sollte als Grundsicherung auf alle Gemeindemitglieder gleichmäßig verteilt werden. Der Franzose Charles Fourier (1772-1837) sprach sich 1836 ebenfalls für ein natürliches Recht auf die Nutzung der Erde und ihrer Güter aus. Da dieses Recht durch Privatbesitz nicht mehr jedem zugute kommt, forderte er als Ausgleich eine bedingungslose Einkommensgarantie. Der gleichen Argumentationslinie folgt der Belgier Joseph Charlier (1816-1896) in seinem Werk *Lösung des Sozialproblems* (1848).

Auch er beschrieb das natürliche Nutzungsrecht der Ressourcen durch Geburt und setzte sich für eine langfristige Abschaffung von privatem Grundbesitz ein. Er forderte ein bedingungsloses Mindesteinkommen und prägte den Begriff Bodendividende. Der englische Ökonom John Stuart Mill (1806-1873) studierte die Ideen Fouriers sehr intensiv und kam zu dem Schluss, dass das Konzept einer bedingungslosen Grundversorgung beachtenswert sei (vgl. ebd., S.22ff).

Wurden zunächst die ersten Überlegungen in Richtung eines Grundeinkommens nicht in sonderlich großem Umfang öffentlich diskutiert, so löste etwas später der Nobelpreisträger Bertrand Russell (1872-1970) mit dem Werk *Roads to Freedom* (1918) erste größere Debatten darüber in Großbritannien aus. Er forderte ein Sozialeinkommen für alle. Die Forderung eines bedingungslosen Existenzminimums des Ingenieurs Dennis Milner (1892-1956), wurde von der Labour Party auf einem Parteitag 1920 lebhaft diskutiert. Ein anderer englischer Ingenieur, Clifford H. Douglas (1879-1952), betonte das Problem der Überproduktion der Nachkriegszeit und der dieser gegenüber stehenden geringen Kaufkraft der verarmten Bevölkerung. Er sprach sich 1924 für eine monatliche Nationaldividende für alle Familien aus. Zeitgleich wurde diese Idee von britischen Intellektuellen, unter anderem vom Ökonomen George D.H. Cole (1889-1959), aufgegriffen. In mehreren Werken (1929, 1935, 1953) behandelte er die Thematik und prägte als erster die Begriffe Sozialdividende und „basic income“. Den Begriff "Basisinkomen" findet man auch bereits 1934 beim späteren Nobelpreisträger Jan Tinbergen. Ein anderer Nobelpreisträger, James Meade (1907-1995), sprach sich seit dem Erscheinen seines ersten Werkes, *Outline of an Economic Policy for a Labour Government* (1935), bis an sein Lebensende mit noch größerer Entschiedenheit für eine Sozialdividende aus (vgl. ebd., S.26f).

In den 1940er Jahren wurde die Idee eines Grundeinkommens von der zuerst liberalen, später konservativen, Politikerin Lady Juliet Rhys Williams, erstmals in Form einer Negativen Einkommenssteuer aufgegriffen (vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn, 2007, S.27). Eine neue Dynamik erhielt die Debatte in den USA der 1960er Jahre zu Zeiten der Bürgerrechtsbewegung. Der spätere Nobelpreisträger Milton Friedman verfocht im Bestseller *Kapitalismus und Freiheit* (1962) die Einführung einer Negativsteuer. Diese sollte den Sozialstaat grundlegend reformieren, dabei aber die Marktmechanismen so wenig wie möglich berühren. Robert Theobald (1929-1999), Mitglied des „Ad Hoc Comitee on the Triple Revolution“, begründete seine Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen mit der Ansicht, dass die wachsende Automatisierung auf Dauer die Erwerbsarbeit zurück drängen würde.

Ohne einen entsprechenden ausgleichenden Sozialtransfer wäre der Konsum nicht aufrecht zu erhalten (vgl. Vanderborht/van Parijs, 2005, S.28f). Der US amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King und der Philosoph und Psychologe Erich Fromm vertraten humanistische Positionen. Beide gingen von einer hoch produktiven Überflussesgesellschaft aus, in der Armut lediglich ein Problem der gerechten Verteilung wäre, der politische Wille aber nicht vorhanden sei, diesen Missstand zu beheben. Fromm argumentierte aus einer ethisch-religiösen Sichtweise. Für ihn war das Grundeinkommen ein Instrument, das den Menschen emanzipatorische und demokratische Handlungsspielräume eröffnet. Durch das Grundeinkommen kann der Mensch schöpferisch tätig werden und sich von entfremdeter Arbeit und Konsum befreien (vgl. Blaschke, 2012, S.20).

Der Nobelpreisträger James Tobin (1918-2002) plädierte ebenfalls für eine Negative Einkommenssteuer und analysierte dieses Konzept. Anders als Friedman ging es Tobin aber nicht um die Rationalisierung des Sozialstaates. Im Gegenteil bewertete er die Negative Einkommenssteuer als wirksames Mittel zur Armutsbekämpfung, wodurch die Lebensbedingungen der Armen und die Stellung der schwarzen Bevölkerungsschicht verbessert werden könnten. Später befürwortete Tobin statt der technischen Form einer Negativsteuer ein allgemeines Grundeinkommen und nannte seine Idee „demogrant“. Hiervon konnte er den linken Präsidentschaftskandidaten George Mc Govern überzeugen, worauf dieser den Vorschlag 1972 sogar in sein Wahlprogramm aufnahm. Parallel dazu hatte die republikanische Regierung unter Richard Nixon ebenfalls eine Variante der Negativen Einkommenssteuer ausgearbeitet. Das republikanische Konzept sollte die Sozialhilfe für bedürftige Familien (AFDC) durch ein garantiertes Mindesteinkommen ersetzen. Das Konzept wurde 1970 vom Repräsentantenhaus angenommen, 1972 aber mit knapper Mehrheit vom Senat abgelehnt. Die Wahlniederlage Mc Governs, der Watergate Skandal und der darauf folgende Rücktritt Nixons ließen die Diskussion über die Negativsteuer in den USA wieder abebben (vgl. Vanderborht/van Parijs, 2005, S.29ff). Zwischen 1968 und 1980 wurden in den USA mehrere groß angelegte Experimente bezüglich einer Negativen Einkommenssteuer durchgeführt. Diese wurden in der Öffentlichkeit aber als gescheitert dargestellt, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass Forschungsergebnisse verfrüht und einseitig in die politische Debatte eingebracht wurden (vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn, 2007, S.27).

Ende der 1970er, Anfang der 80er Jahre entstand eine neue Debatte über das allgemeine Grundeinkommen in Europa. Zuerst erschien in Dänemark das Buch *Revolt from the Center*, in dem das Thema unter der Bezeichnung Bürgerlohn erörtert wurde.

In den Niederlanden trat der Professor für Sozialmedizin J.P. Kuiper für die Entkopplung von Arbeit und Einkommen ein. Er begründete dies mit der Forderung nach persönlicher Entfaltung, welche durch entfremdete Erwerbsarbeit nicht erreicht werden könne. Als die kleine Partei „Politieke Partij Radicalen“ die Idee Kuipers in ihr Wahlprogramm aufnahm, entstand zudem eine politische Diskussion. Eine zentrale Rolle spielte zudem die Gewerkschaft „Voedingsbond FNV“, welche die Idee und ihre Akteure unterstützte. 1985 empfahl zudem der „Wissenschaftliche Beirat für Regierungspolitik“ die Einführung eines partiellen Grundeinkommens. In anderen europäischen Ländern begann zeitgleich der Diskurs um das Grundeinkommen. In Großbritannien gründete sich die „Basic Income Research Group“ aus der später der „Citizen`s Income Trust“ wurde. In Deutschland erschienen mehrere Werke zum Thema. Beispiele dafür sind u.a. *Befreiung von falscher Arbeit* (Thomas Schmid) oder *Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung* (Michael Opielka/Georg Vobruba). Joachim Mitschke, der für ein Bürgergeld warb und andere renommierte Wissenschaftler wie Claus Offe oder Fritz Scharpf wiesen ebenfalls auf die Bedeutsamkeit der Idee eines Grundeinkommens hin (vgl. Vanderborht/van Parijs, 2005, S.31f). Noch bevor sich die Wissenschaft in Deutschland dem Thema annahm, stellten die unabhängigen Erwerbsloseninitiativen Forderungen nach einem Existenzgeld. Ihre Ideen umfassten neben dem Vorschlag eines Grundeinkommens weitere emanzipatorische Aspekte, die alle dem Ziel eines selbstbestimmten und selbstorganisierten Lebens dienen sollten (vgl. Blaschke, 2012, S.20). Die Argumente der deutschen Befürworter eines Grundeinkommens waren einerseits auf die Veränderungen der traditionellen Erwerbsarbeit (Vollzeit, dauerhaft, männlich) bezogen. Der Arbeitsbegriff sollte zugunsten nicht bezahlter Tätigkeiten erweitert werden, indem das Grundeinkommen die dafür notwendige finanzielle Basis schafft. Der Diskurs betraf vor allem die Aufwertung von Familienarbeit und das Infragestellen gesellschaftlich schädlicher Arbeit. Andererseits sollte Armut wirksam verhindert und der Wohlfahrtsstaat nachhaltig gestaltet werden. Die Durchsetzung der Menschenrechte war ein weiterer Aspekt der ersten Debatten in Deutschland. Infolgedessen erschienen zahlreiche Publikationen und Berechnungen und das Deutsche Netzwerk Grundeinkommen wurde ins Leben gerufen (vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn, 2007, S.27). In Frankreich traten die Philosophen Andre Gorz und Jean-Marc Ferry als Unterstützer des Grundeinkommens in Erscheinung. Beide gehen von der Überlegung aus, dass Erwerbsarbeit, im Sinne einer Vollbeschäftigung, in Zukunft für große Teile der Bevölkerung nicht mehr vorhanden sein wird.

Gorz und Ferry bewerten das Grundeinkommen als geeignetes Mittel, um die dadurch auftretenden Probleme zu kompensieren. Weitere Akteure, die die Diskussion in Frankreich gestalten, sind die beiden Gruppen AIRE (u.a. Henri Guitton, Yoland Bresson) und MAUSS (u.a. Alain Cailles) (vgl. Vanderborht/van Parijs, 2005, S.32f). Als 1984 eine Gruppe von belgischen Wissenschaftlern und Gewerkschaftlern (Collectif Charles Fourier) mit dem Reformprojekt *allgemeines Grundeinkommen* an einem Wettbewerb zum Thema „Zukunft der Arbeit“ teilnahmen, konnten sie noch nicht ahnen, welchen Zuspruch diese Idee finden würde. Das Projekt erhielt eine Auszeichnung und auf einem Kolloquium im Jahre 1986 nahmen überraschend viele Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Ländern teil. Kurz nach dem Kolloquium wurde die Gründung des Basic Income European Network (BIEN) beschlossen, mit dem verschiedene Strömungen und Akteure der Idee eines Grundeinkommens eine gemeinsame Plattform fanden. Aufgrund der Gründung ähnlicher Netzwerke auf allen anderen Kontinenten und der immer größer werdenden Anzahl nicht-europäischer Kongressteilnehmer, wurde 2004 in Barcelona beschlossen, das BIEN in eine weltweite Organisation (Basic Income Earth Network), unter der Präsidentschaft Guy Standings (IAO) und Eduardo Suplicys (brasilianischer Senator), umzuwandeln (vgl. ebd., 2005, S.34f).

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts erhielt die Debatte um das Grundeinkommen auch in Deutschland eine neue Dynamik. Ein bedeutender Grund war vor allem auch der neu eingeschlagene Weg in der Sozialpolitik. Gemeint sind damit verschiedene sozialpolitische Veränderungen unter dem neoliberalen Ansatz der Aktivierung und der Eigenverantwortung. Um alternative Konzepte innerhalb der Sozialpolitik aufzuzeigen, wurde 2004 das „Netzwerk Grundeinkommen“ von über 50 Wissenschaftlern, Politikern und anderen Aktivisten (z.B. M.Opielka, R.Blaschke, K.Kipping, B.Zenker, W.Otto) gegründet. Mittlerweile hat das Netzwerk über 3500 Mitglieder und ca. 100 Mitgliedsorganisationen. Neben zahlreichen anderen Aktionen war das Netzwerk Mitorganisator der BIEN Kongresse 2005, 2007, 2008 (Berlin), 2012 (München) und der seit 2008 jährlich stattfindenden Internationalen Woche des Grundeinkommens. Außerdem war das Netzwerk an der Vorbereitung einer europäischen Bürgerinitiative, welche 2013 startete und noch bis Januar 2014 läuft, mitbeteiligt. Seit 2003 besteht die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ um den Soziologen Sascha Liebermann und anderen Wissenschaftlern, welche regelmäßig Aktionen zum Thema Grundeinkommen durchführt. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), als Dachverband verschiedener Jugendorganisationen, beschloss 2004 eigene Eckpunkte zum Grundeinkommen. Einige dieser Jugendorganisationen, wie z.B. die Grüne Jugend, die Linksjugend, die Jungsozialisten, das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

und die Naturfreundejugend, diskutieren das Thema Grundeinkommen seitdem eigenständig. Innerhalb von Attac Deutschland existiert seit 2003 die „AG Genug für Alle“, die ebenfalls die Forderung nach einem Grundeinkommen vertritt. Einer der bekanntesten deutschen Befürworter eines Grundeinkommens ist der Gründer der dm Marktkette Götz Werner, der seit 2005 seine Ideen öffentlich in den Medien oder Vorträgen vertritt. Er wirbt zudem für die Abschaffung aller Steuern auf Arbeit und argumentiert für die alleinige Besteuerung des Konsums. Susanne Wiest, eine Tagesmutter aus Mecklenburg Vorpommern, vertritt ähnliche Ansichten und reichte 2009 eine von über 50.000 Personen gezeichnete Petition im Bundestag ein. Der Petitionsausschuss lehnte den Vorschlag 2013 allerdings ab, sodass dieser im Bundestag nicht weiter diskutiert wird. Die katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands setzt sich seit 2007 ebenfalls für ein Grundeinkommen ein. Was die politische Landschaft betrifft, ist auszumachen, dass es in fast jeder Partei Personen oder Initiativen gibt, die sich mit dem Thema Grundeinkommen beschäftigen oder es befürworten. Innerhalb der LINKEN besteht die BAG Grundeinkommen, wobei sich insbesondere die Bundesvorsitzende der LINKEN Katja Kipping, für ein Grundeinkommen ausspricht. In der Partei Bündnis 90/Die Grünen gibt es ebenfalls einige Mitglieder, u.a. Wolfgang Strengmann-Kuhn und Robert Zion, die sich für die Idee des Grundeinkommens einsetzen. Beide Parteien wollen sich innerhalb des deutschen Bundestages für eine Enquete Kommission zum Thema Grundeinkommen stark machen. Die Piratenpartei ist die einzige „größere“ Partei, die das Grundeinkommen seit 2011 in ihr Wahlprogramm aufgenommen hat. Auf Seiten der SPD sind es insbesondere der Kreisverband Rhein-Erft und die SPD nahe Friedrich Ebert Stiftung, die die Debatte auf sozialdemokratischer Ebene voran bringen. In den Reihen der CDU war es der ehemalige Ministerpräsident Thüringens, Dieter Althaus, der das Konzept des Solidarischen Bürgergeldes vorschlug. In Gewerkschaftskreisen wird das Thema kontrovers diskutiert. Es entstand z.B. die „Initiative Gewerkschafterdialog Grundeinkommen“ innerhalb der IG Metall oder eine Basisinitiative von GewerkschafterInnen, welche aus einer ver.di Basisorganisation hervorging. Auch innerhalb der katholischen und evangelischen Kirche ist das Thema Grundeinkommen auf Befürworter gestoßen. Es wurde beispielsweise 2010 auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München und 2011 auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden Gegenstand der Diskussion. Zudem gehörten Organisationen der evangelischen Kirche zu den Unterstützern des Grundeinkommensprojekts im Jahr 2008 im namibischen Dorf Otjivero-Omitara (vgl. Blaschke, 2012, S. 23ff).

### 3.3. Aktuelle Diskussion

#### 3.3.1. Gerechtigkeit

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland heißt es in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ ([http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_1.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_1.html)). Weiter heißt es in Artikel 2: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ...“ ([http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_2.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_2.html)). Zudem wird in Artikel 20 Absatz 1 das Sozialstaatsprinzip bzw. das Sozialstaatspostulat festgehalten (vgl. [http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_20.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_20.html)). Zudem sind u.a. diese genannten Artikel des Grundgesetzes in Artikel 79 Absatz 3 (Ewigkeitsklausel) vor Verfassungsänderungen geschützt (vgl. [http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_79.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_79.html)).

Im Sozialgesetzbuch I, welches die Rahmenbedingung für die deutschen Sozialgesetze festlegt, lautet der erste Paragraph: „Das Recht des Sozialgesetzbuchs soll zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit Sozialleistungen einschließlich sozialer und erzieherischer Hilfen gestalten. Es soll dazu beitragen, ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen, die Familie zu schützen und zu fördern, den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen“ ([http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_1/\\_\\_1.html](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_1/__1.html)). Es werden sowohl im deutschen Sozialgesetzbuch, als auch im übergeordneten Grundgesetz wichtige Werte und Ziele des deutschen Volkes benannt. Da diese Werte als Grundrechte im Grundgesetz verankert sind, müssen diese von der Politik realisiert werden.

Würde, ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit muss in unserer Gesellschaft dadurch gekennzeichnet sein, dass jeder auch eine reale Chance erhält am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und über die dafür nötigen Ressourcen verfügen kann, um dieses zu ermöglichen. Die Sozialpolitik soll dabei der Motor sein, der soziale Gerechtigkeit und dadurch Teilhabegerechtigkeit verwirklicht.

Was bedeutet nun aber Gerechtigkeit? Die Antwort ist nicht so einfach. Gerechtigkeit kann für verschiedene Akteure unterschiedliche Bedeutungen haben. Es kommt dabei immer auf die vorherrschenden Vorstellungen, Welt- und Menschenbilder an.

Die verschiedenen Auffassungen von Gerechtigkeit können den vier Typen des Wohlfahrtregimes zugeordnet werden. Liberale Vorstellungen betonen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Werte wie Unternehmertum, Risiko, Flexibilität oder Eigenverantwortung, also Marktinteressen, werden hervorgehoben. Sozialistisch - Sozialdemokratisch geprägte Anschauungen heben das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit hervor. Ungleichheit und Armut soll verringert und für Chancengleichheit gesorgt werden. Konservative Denkweisen betonen den Wert der Familie oder der Gemeinschaft allgemein. Ihr Leitgedanke ist die Bedarfsgerechtigkeit. In Garantistischen Ideen geht es um die Umsetzung der Menschenrechte, Anerkennung und die Stärkung der individuellen Fähigkeiten. Teilhabegerechtigkeit ist der Leitsatz (vgl. Opielka u.a., 2009, S. 20f). „Teilhabegerechtigkeit ist die geistige Grundlage des Grundeinkommens – auch wenn sich die Idee des Grundeinkommens mit allen vier Gerechtigkeitstypen verträgt“ (ebd., S.25).

Wie schon bei einigen Vordenkern des Grundeinkommens (z.B. Paine, Spence) wird in der aktuellen Diskussion auf eine ungleiche Verteilung von Ressourcen hingewiesen. Diese Ressourcen werden in unserer Gesellschaft hauptsächlich über das ausreichende Vorhandensein von Einkommen oder Vermögen bestimmt.

„Das Einkommen eröffnet den Zugang zu den meisten Bedarfs- und Gebrauchsgütern und stellt damit eine wesentliche Voraussetzung für die Befriedigung individueller Grundbedürfnisse dar. Darüber hinaus ist das Einkommen eine wichtige Grundlage für die Vermögensbildung, den Besitzerwerb und die soziale Absicherung. Einkommensnachteile verringern die Konsummöglichkeiten und gehen oftmals mit einer Unterversorgung in anderen Bereichen, wie z.B. der Wohnsituation, der sozialen Integration und der kulturellen Teilhabe einher“ (Lampert/Ziese, 2005, S.28). Georg Vobruba sieht diesen Zusammenhang ebenso und schreibt: „Geld spielt [...] eine Schlüsselrolle. In der kapitalistischen Marktgesellschaft, in der der Weg zu materieller Teilhabe im Wesentlichen über Märkte führt, muss das so sein. [...] Einkommensarmut bleibt also auch in einer erweiterten Sicht auf die Multidimensionalität von Exklusion und Inklusion ein zentraler Faktor. [...] Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist (fast) alles nichts“ (Vobruba, 2000, S.109f).

Weil die finanziellen Voraussetzungen für die Befriedigung der Grundbedürfnisse und der Teilhabe am kulturellen Leben sehr wichtig sind, sollen zunächst einige aktuelle Zahlen zur Einkommens- und Vermögensentwicklung den momentanen Sachstand darstellen. Das Durchschnittseinkommen stieg von 2003 bis 2008 zwar um rund 3% auf 2.914 € an, rechnet man aber die Steigerung der Verbraucherpreise mit ein, ist von einem realen Einkommensverlust von 6,5% auszugehen (vgl. 4. Armuts- und Reichtumsbericht der

Bundesregierung, 2013, S. 323). Während die unteren sechs Dezile in diesem Zeitraum einen Einkommensverlust hinnehmen mussten, ergab sich für die oberen drei Dezile ein Zuwachs (vgl. ebd., S. 325). Das Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland (2.292 €) und Westdeutschland (3.056 €) weist große Unterschiede auf (vgl. ebd., S.324). Das subjektive Gefühl, mit dem Einkommen nicht auskommen zu können, teilen 15,3% der Bevölkerung. Zudem steigt das Gerechtigkeitsempfinden. So stieg die Zahl derer, die sich für Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden aussprachen, von 53,5% im Jahr 2002 auf 67,3% im Jahr 2010 (vgl. ebd., S.328). In Deutschland besitzt die untere Hälfte der Haushalte lediglich 1% des Gesamtvermögens, während die obersten 10% über 53% des Gesamtvermögens verfügen. Dieses Ungleichgewicht hat seit 2003 zugenommen (Verteilung 2003: 3%- 49%). Auch in punkto Vermögen ist ein großer Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Haushalten zu erkennen. Im Durchschnitt kommt ein Haushalt im Osten auf ein Gesamtvermögen von 55.000 €, während ein Haushalt im Westen durchschnittlich über 132.000 € verfügt (vgl. ebd., S.343f). Dieses gesamte Privatvermögen stieg zwischen 2006 und 2011 um 1,5 Billionen auf 10 Billionen Euro an. Andererseits ist das Staatsvermögen zwischen 1991 und 2007 von 800 Mrd. auf 186,4 Mrd. Euro und bis 2011 auf 11,5 Mrd. Euro zurückgegangen (ebd. S. 47ff). Diese Zahlen belegen einerseits, dass immer mehr Menschen Einkommens- und Vermögensverluste hinnehmen müssen, während ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung Zuwächse erfährt. Auf der anderen Seite ist zu erkennen, dass eine Verschiebung des Vermögens von öffentlicher in private Hand stattfindet. Diese Ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen hat einen direkten Einfluss auf verschiedene Ebenen der Teilhabe. Einige Fakten aus den Bereichen Bildung und Gesundheit sollen dies verdeutlichen.

Verschiedene OECD Studien ergaben, dass schulische Leistungen sehr stark von der sozialen Herkunft abhängen und dieser Zusammenhang in keinem OECD Land so stark ausgeprägt ist wie in Deutschland (vgl. Valtin, 2008, S.12). Neben dem Bildungsstand der Eltern spielt das verfügbare Einkommen eine große Rolle. Die Entscheidung für ein Bildungsziel wird nach einer Kosten-Nutzen-Kalkulation gefällt. Der schnelle Einstieg in den Arbeitsmarkt wird zu Lasten einer längeren und teureren Ausbildung bevorzugt. Armut und Arbeitslosigkeit wirken als Stressfaktor in der Familie und können so schulische Leistungen negativ beeinflussen. Angespannte Eltern-Kind-Beziehungen und sinkende Unterstützungsleistungen ließen sich beobachten. Es wurde festgestellt, dass Eltern aus finanziell benachteiligten Familien pessimistische Zukunftsperspektiven bezüglich ihrer Kinder äußern und dies wiederum die Erwartungen und Ziele der Kinder beeinflusst (vgl. Krug/Popp, 2008, S.6f).

Weiterhin zeigte sich, dass mit einem steigenden äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen das Bildungsziel Hauptschulabschluss abnimmt und sich zugunsten der mittleren Reife oder der (Fach-) Hochschulreife wandelt. Schon 1000 € mehr Haushaltseinkommen im Monat erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche das Abitur anstreben um zwölf Prozent (vgl. ebd., S.15). Den Besuch einer weiterführenden Schule erreichen 28 von 100 Arbeiterkindern, von denen anschließend sechs ein Studium beginnen. Im Vergleich dazu gehen 73% der Kinder von Beamten auf ein Gymnasium und 49 % im Anschluss daran an eine Universität. Die Empfehlung der Lehrer auf ein Gymnasium zu wechseln, hängt ebenfalls stark vom sozialen Status ab. In Leistungstests müssen Schüler eine umso höhere Punktzahl erreichen, je niedriger der Schulabschluss des Vaters ist, um eine Empfehlung zu bekommen (Durchschnitt: 78, Vater Abitur: 65, Vater ohne Abschluss: 90) (vgl. Allmendinger, 2003, S.83f.). Ein letzter Verweis soll auf den Begriff Bildungsarmut hinweisen. „Absolute Bildungsarmut wäre entlang der Kompetenzstufe I zu definieren, die mit dem funktionalen Analphabetismus gleichgesetzt wird. Diese Jugendlichen besitzen elementare Lesefertigkeiten, die jedoch einer praktischen Bewährung in lebensnahen Kontexten nicht standhalten“ (ebd., S.86). Können Schüler diese Stufe I nicht erreichen, wird von Bildungsarmut gesprochen. Nach der PISA - Studie erreichen gut 10% der deutschen Schüler diese Stufe I im Bereich Lesen nicht (OECD Durchschnitt 6%). In den Bereichen Naturwissenschaften und Mathematik konnten ähnliche Ergebnisse festgestellt werden. Der Großteil dieser Schüler besucht die Haupt- (50%) oder die Sonderschule (34%). Kinder, deren Eltern ungelernete Arbeiter sind, weisen mit 18% einen sehr viel höheren Haupt- und Sonderschulanteil auf, als Kinder der oberen und unteren Dienstklasse (3%) (vgl. ebd., S.87).

Als nächstes soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich soziale Benachteiligung auf die Gesundheit auswirken kann. Laut Lampert und Ziese wurde in zahlreichen Studien erwiesen, dass von Armut betroffene Personen häufiger an Krankheiten und Beschwerden leiden und das Risiko frühzeitig zu sterben steigt. Erwähnenswert ist die Tatsache, dass die Lebenserwartung in den Ländern am höchsten ist, in denen die Einkommensunterschiede am geringsten sind (vgl. Lampert/Ziese, 2005, S. 28). Nicht nur der gesamtgesellschaftliche Reichtum ist also entscheidend, sondern die gerechte Verteilung. Verschiedene Krankheiten wie z.B. Diabetes mellitus, Hypertonie, Herzinfarkt, Schlaganfall, chronische Bronchitis oder Gelenk- und Wirbelsäulenerkrankungen kommen im mittleren Alter häufiger bei Personen im Armutsbereich (42,1%) vor, als bei Personen mit höheren Einkommen (36,7%).

Die Ursache von Krankheiten können körperliche und/oder psychosoziale Arbeitsbelastungen sein, welche bei Personen in unteren Lohngruppen stärker sind, als bei Personen mit mittlerem oder hohem Einkommen. Als Ursachen dieser erhöhten Belastung werden u.a. ein Ungleichgewicht zwischen Verausgabung und Belohnung gesehen (vgl. Datenreport 2011, S. 253). Zudem zeigt sich, dass gesundheitsbedingte Einschränkungen bei der Verrichtung alltäglicher Dinge umso gravierender sind und die Wahrnehmung sozialer Kontakte im Krankheitsfall abnehmen, je niedriger das Einkommen ist. Bei steigendem Alter wirken sich die Einkommensunterschiede bezüglich der angesprochenen Probleme noch stärker aus (vgl. Lampert/Ziese, 2005, S.34f). Das Sterberisiko steigt ebenso in niedrigen Einkommensbereichen. Bei Männern die über weniger als 60% des Durchschnittseinkommens verfügen steigt der Faktor des Sterberisikos auf 2,5 (<80%, Faktor 1,8) im Vergleich zur Personengruppe, die mehr als 150% des Durchschnittseinkommens erhalten. Bei Frauen zeigt sich ein ähnliches Bild, wobei Frauen allgemein länger leben (vgl. ebd., S.37f). Untersuchungen, die das subjektive Gesundheitsempfinden erforschten, ergaben, dass die Zufriedenheit mit dem Gesundheitszustand mit der Höhe des Einkommens zunimmt. Vor allem aber Frauen und Männer mittleren Alters und niedrigem Einkommen (<80% des Durchschnitts) bezeichneten ihren Gesundheitszustand häufiger als weniger gut oder schlecht (vgl. ebd., S.39). Auch Unterschiede im Gesundheitsverhalten wurden gemessen. Gerade im jungen und mittleren Alter ist der Anteil der Raucher umso höher, je niedriger das Einkommen ist. Bezüglich sportlicher Aktivität ergibt sich ein gegensätzliches Bild. Je höher das Einkommen, desto öfter wird sportlichen Aktivitäten nachgegangen (vgl. ebd. S. 41).

Das Gefühl dafür, ob die Lebensumstände in der deutschen Gesellschaft gerecht sind, geht zwischen den so genannten Eliten und der breiten Bevölkerungsschicht weit auseinander. Parlamentarier sehen die Lebensumstände überwiegend als gerecht an, während diese der Großteil der Bevölkerung als überwiegend ungerecht wahrnimmt (vgl. Glatzer, 2009, S.15). Befragungen bezüglich der persönlichen Verteilungsgerechtigkeit ergaben für das Jahr der Wirtschaftskrise 2008, dass in Westdeutschland 44% der Befragten angaben, nicht das zu bekommen, was sie verdienen würden. In Ostdeutschland fühlten sich kurz nach der Wende, 1992, 82% und im Jahr 2008 immer noch 57% ungerecht behandelt. Dabei wird deutlich: je schlechter die persönliche wirtschaftliche Lage, desto höher ist der Anteil derer, die sich ungerecht behandelt fühlen und umso niedriger ist die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben (vgl. ebd., S.17). Ein entscheidender Faktor bei der Beurteilung ist die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung.

Seit den 1980er Jahren stieg der Anteil der Menschen, die die wirtschaftlichen Verhältnisse als ungerecht beurteilten über die Anzahl derer, die diese als gerecht ansahen. Im Krisenjahr 2008 vervierfachten sich die Ungerechtigkeitsurteile gegenüber den Gerechtigkeitsurteilen. In Ostdeutschland empfanden 2008 85%, in Westdeutschland 79% der Befragten die Wohlstandsverteilung als ungerecht (vgl. ebd., S.18). Nach der Entwicklung der sozialen Gerechtigkeit gefragt, gaben ca. 75% der Befragten an, dass diese eher abgenommen hätte. Diese gefühlte oder real erlebte Ungerechtigkeit kann den sozialen Zusammenhang brüchig werden lassen. Reaktionen können Rückzug, Resignation oder Verweigerung sein (vgl. ebd., S19f).

Das bedingungslose Grundeinkommen mit seinen oben beschriebenen Kriterien würde Armut und sozialer Ungleichheit entgegen wirken und so Teilhabe ermöglichen. Es wäre einfach und unbürokratisch zu erhalten, was dazu führen würde, dass auch verdeckte Armut wirksamer bekämpft werden könnte (vgl. Opielka/Strengmann-Kuhn, 2007, S. 53). Der stigmatisierende Charakter des Sozialleistungsbezugs wäre aufgehoben, da jeder Bürger ein Anrecht auf ein Grundeinkommen in gleicher Höhe hätte.

Im Kapitel 2.3. wurden die Rahmenbedingungen aufgezeigt, die Unternehmen eine steigende Produktivität ermöglichen. In einer solchen Welt, in der die Produktivitätssteigerungen häufig dadurch erzielt werden, dass menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzt wird, kann es sich nicht verhindern lassen, dass ein großer Teil der Bevölkerung prekär beschäftigt oder arbeitslos ist und daher Einkommens- und Vermögenseinbußen zu verzeichnen hat. Andererseits erzeugt die genannte Produktivitätssteigerung einen nie zuvor dagewesenen Reichtum. Die Wirtschaft ist in der Lage, jederzeit alle erdenklichen Güter und Dienstleistungen bereit zu stellen. Es existiert keine materielle Unterversorgung, wie noch vor einigen Generationen. Im Gegenteil erleben wir in den westlichen Industrienationen einen regelrechten Überfluss an Waren und eine Produktion von Dingen, deren Nutzen für die Gesellschaft in Frage gestellt werden kann. Unsere Gesellschaft hat also nicht ein Problem des Mangels, sondern ein Problem der Umverteilung (vgl. Werner, 2008, S.30f). Auch Vanderborght und Van Parijs argumentieren aus der Gerechtigkeitsperspektive damit, dass die Erde, und damit die zur Verfügung stehenden Ressourcen, allen Menschen zu gleichen Anteilen gehört. Selbst die Produktionsmittel sind nur aus diesen Ressourcen geschaffen und können daher von dieser Überlegung nicht ausgeschlossen werden. Daher wäre eine zu entrichtende Steuer auf Boden und Bodenschätze in Privatbesitz vorstellbar, deren Volumen im Sinne der Gerechtigkeit auf alle Mitglieder der Gemeinschaft gleichmäßig aufgeteilt werden würde (vgl. Vanderborght/Van Parijs, 2005, S.87ff).

Gerechtigkeit wäre der Zustand, wenn der Zugang zu Gütern und Chancen so verteilt wäre, dass jeder Mensch die Möglichkeit hätte seine Talente und Fähigkeiten zu entwickeln und in die Gesellschaft einzubringen. Gerechtigkeit in der Verteilung der Güter würde bedeuten, „dass alles, was wir ohne Gegenleistung erhalten, gleichmäßig [...] verteilt wird“ (ebd. S.95). Demnach müsste der Wert von geschenkten oder ererbten Gütern ermittelt werden und infolgedessen eine Ausgleichszahlung an jeden Bürger erfolgen. Für Vanderborcht und van Parijs sind es aber nicht nur ererbte Güter, die unter den Mitgliedern der Gesellschaft sehr ungleich verteilt sind. Sie ziehen in ihren Überlegungen auch die Einkünfte aus Erwerbsarbeit mit ein, da diese im Laufe des Lebens den größten Anteil der Einkünfte ausmachen. Erwerbsarbeit aber auch die erzielten Arbeitseinkünfte sind unter den Mitgliedern der Gesellschaft sehr ungleichmäßig verteilt. Daher wäre unter diesen Gesichtspunkten die Verteilung der Einkommenssteuer auf alle Gesellschaftsmitglieder (Erwerbstätige und Nicht – Erwerbstätige), in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens, ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit (vgl. ebd., S.95f).

„Das allgemeine Grundeinkommen sorgt nicht für eine solidarische Umverteilung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbsunfähigen, sondern gibt vor allem jedem Einzelnen unabhängig von seinen Lebensentscheidungen das, worauf er einen rechtmäßigen Anspruch hat“ (ebd., S. 97). Zuletzt soll Götz Werner bezüglich der anfangs erwähnten Grundrechte zitiert werden: „Wenn das Recht, in Würde und in Freiheit zu leben, bedingungslos ist, dann muss auch das Recht auf Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung und auf grundlegende gesellschaftliche Teilhabe bedingungslos sein“ (Werner, 2008, S.61).

In diesem wie im folgenden Kapitel wird auf Arbeitslosigkeit und das Beziehen der Mindestsicherung nach SGB II Bezug genommen. Eine weitere, ausführlichere, Darstellung der Problematik erfolgt in Kapitel 4.2.3. (Bedürfnisbefriedigung durch Grundeinkommen).

### 3.3.2. Erweiterter Arbeitsbegriff und individuelle Freiheit

Arbeit ist, wie bereits erläutert, ein wichtiges Gut. Unabhängig von der finanziellen Vergütung, liegt es in der Natur des Menschen tätig zu sein. Erwerbsarbeit ist in Quantität und Qualität nicht mehr für alle Menschen verfügbar und wird damit zum Privileg. Die Erwerbsarbeit stellt dabei aber nur eine mögliche Form dar, die es Menschen ermöglicht, tätig zu sein oder, im besten Falle, sich selbst zu verwirklichen.

Im Jahr 2001 wurden in Deutschland 56 Mrd. Stunden an Erwerbsarbeit und fast doppelt so viele Stunden (96 Mrd.) an unbezahlter Arbeit geleistet (vgl. Statistisches Bundesamt, 2004, S. 965). Beispiele für unbezahlte Arbeiten sind Haushalts- und Familienarbeit (z.B. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen) aber auch alle möglichen Formen ehrenamtlicher Tätigkeiten. Nicht eingerechnet sind persönliche Bildungsaktivitäten, die in der Freizeit durchgeführt werden (vgl., ebd. S.963f). Denkt man dabei an die Fülle von angebotenen Bildungsmöglichkeiten, kann man davon ausgehen, dass die Stundenzahl nicht bezahlter Arbeit noch um ein vielfaches höher wäre. „In all diesen Bereichen werden immense und völlig unverzichtbare Beiträge zum Funktionieren und Gedeihen unserer Gesellschaft geleistet, die ohne diese Arbeit unter unseren Augen zerfallen würde. [...] All das leistet einen wesentlichen Beitrag zur Wertschöpfung“ (Werner, 2008, S. 64). Den Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens geht es darum, den Wert unbezahlter Arbeit und Erwerbsarbeit gleichzusetzen. Jeder soll selbst entscheiden, wie er tätig sein möchte und worauf er seine Prioritäten legt. Das Grundeinkommen soll die finanziellen Ressourcen bereit stellen, um auch unbezahlter Arbeit nachgehen zu können und Abhängigkeiten gegenüber Staat oder anderen abzubauen (vgl. Opielka, 2007, S.55). Diese Abhängigkeit vom Staat ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, dass man ein Einkommen entweder durch Erwerbsarbeit erhält oder, wenn das nicht bzw. nicht ausreichend der Fall ist, Sozialleistungen des Staates erhält. Empfänger von Arbeitslosengeld II müssen dem Arbeitsmarkt permanent zur Verfügung stehen und jede zumutbare Arbeit annehmen. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, drohen Sanktionen in Form von Leistungskürzungen. Es ist demzufolge nur sehr eingeschränkt möglich, eine selbst gewählte Tätigkeit dauerhaft und ganztätig durchzuführen und nicht in Konflikt mit den Vorschriften des Jobcenters zu kommen. Ein Grundeinkommen würde diese Abhängigkeiten vom Staat aufheben: „Kein Gängelband mehr, kein Geschnüffel, ob Ansprüche auch wirklich berechtigt sind, keine inquisitorischen Befragungen, keine sinnlosen Meldetermine mehr. Der Staat in Gestalt seiner unzähligen Ämter würde sich zurückziehen aus dem Leben der Bürger, die ihr Leben als Freelancer selbst in die Hand nehmen könnten, ihren Fähigkeiten und Neigungen folgend“ (Werner, 2008, S. 78). Am Beispiel ehrenamtlichen Engagements kann festgestellt werden, wie wichtig eine materielle Absicherung ist, damit Menschen ihren Fähigkeiten und Neigungen folgen können. Im Jahr 2009 waren 40% aller Erwerbstätigen aber nur 27% aller Arbeitslosen gemeinnützig tätig (vgl. Datenreport 2011, S.361). Arbeitslose sind vorwiegend ehrenamtlich tätig, wenn sie schon während ihrer letzten Anstellung aktiv waren (vgl. Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftliche Engagements“, 2002, S.202).

Andererseits geben Menschen, die arbeitslos werden, ihr Engagement überdurchschnittlich oft auf (vgl. ebd., S.205). Dabei gaben nach Befragungen 46% der ostdeutschen und 50% der westdeutschen Arbeitslosen an, dass durchaus die Bereitschaft vorhanden ist, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu beginnen. Ein wesentlicher Hinderungsgrund besteht jedoch darin, dass ein Ehrenamt zusätzliche Kosten mit sich bringt und sich Erwerbslose nicht genügend abgesichert fühlen. Das Haushaltsnettoeinkommen spielt eine große Rolle bei der Aufnahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit. So sind 50% der Personen, die über 2500 € verdienen, ehrenamtlich engagiert, während nur 21,5% derjenigen aktiv sind, die weniger als 750 € zur Verfügung haben. Als weitere Faktoren haben Bildung und der Umfang des Freundes- und Bekanntenkreises einen wichtigen Einfluss auf die Aufnahme eines Ehrenamtes (vgl. ebd., S.208). Da Arbeitslose sowohl im Bereich des Einkommens sowie auch unter Aspekten der Bildung und des Umfangs sozialer Beziehungen erheblich benachteiligt sind, fällt es dieser Personengruppe besonders schwer ehrenamtlich aktiv zu werden. In unserer Gesellschaft wird der Wert von Erwerbsarbeit von Politikern, Medien, Gewerkschaften und Bürgern überbetont. Die Forderungen nach Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen sind stets zentrale Themen in der öffentlichen Diskussion. Götz Werner nahm in einem Zeitungsinterview in folgender Weise zu diesen Themen Stellung: „Das ist Unsinn. Arbeit muss man erledigen, nicht sichern“ (<http://www.sonntagszeitung.ch/suche/artikel-detailseite/?newsid=148491>).

Was gesichert sein muss, ist ein Einkommen, um die Menschen mit den überlebenswichtigen Gütern zu versorgen. Andre Gorz schrieb dazu: „Das unabdingbare Bedürfnis nach einem ausreichenden Einkommen dient als Vehikel, um „ein unabdingbares Bedürfnis nach Arbeit“ einzuschmuggeln“ (Gorz, 2000, S.102). Da gesellschaftlicher Reichtum trotz oder gerade durch den Rückgang an Erwerbsarbeitsplätzen geschaffen werden kann, ist es nach Gorz nicht wichtig, neue Arbeitsstellen zu kreieren, sondern den gesellschaftlichen Reichtum zu verteilen, um anderen gesellschaftlich wichtigen Aktivitäten den nötigen Freiraum einräumen zu können (vgl. ebd., S.102). Gorz bringt das Schlagwort Multiaktivität in die Diskussion. Mit Multiaktivität meint er die Verschiebung von der Macht und Abhängigkeit von Märkten und Unternehmen hin zur Verwirklichung von Autonomie und Zeitsouveränität (vgl. ebd., S.104). Verschiedene Aktivitäten, die abwechselnd oder gleichzeitig betrieben werden, sind, neben der Erwerbsarbeit, ein gleichwertiger Teil dieser neuen Kulturgesellschaft (vgl. ebd., S109). Um dies zu ermöglichen, bedarf es politischer Maßnahmen.

Solche wären ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine Arbeitsumverteilung und neue Formen gesellschaftlicher Interaktion, wie z.B. Kooperations- oder Tauschverfahren jenseits des Marktes (vgl. ebd., S.112). „Nur ein Grundeinkommen kann [...] den Anreiz bieten, [...] berufliche Aktivitäten zu Gunsten eines multiaktiven Lebens zu reduzieren – ja erlaubt es in den meisten Fällen überhaupt erst. [...] Es stellt also die beste Handhabe dar, um so weitgehend wie möglich sowohl die bezahlte Arbeit als auch die unbezahlten Aktivitäten umzuverteilen“ (ebd. S.120). Götz Werner denkt ähnlich und schreibt: „Sein garantiertes Einkommen würde den Bürger von seinen dringendsten Existenzsorgen befreien – wodurch er erst den nötigen Freiraum bekommt, um etwas für ihn selbst Sinnvolles und für die Gesellschaft Nützliches zu tun“ (Werner, 2008, S.78f).

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde aber nicht nur unbezahlte Tätigkeiten aufwerten und ermöglichen. Auch der Arbeitsmarkt könnte durch ein Grundeinkommen profitieren. Der Unterschied des Grundeinkommens zu der jetzigen Mindestsicherung nach SGB II besteht darin, dass das Grundeinkommen mit anderen Einkommen kombinierbar wäre. Aktuell werden Zuverdienste direkt angerechnet, was eine Kürzung der Mindestsicherung bedeutet. Das Grundeinkommen könnte in voller Höhe behalten werden, sodass sich Arbeit, auch bei niedrigem Verdienst, lohnen würde. Ein Grundeinkommen böte also stärkere Beschäftigungsanreize als die aktuelle Gesetzgebung (vgl. Vanderborght/Van Parijs, 2005, S. 75f). Vor dem Hintergrund von prekärer Erwerbsarbeit kritisiert auch Georg Vobruba den Umstand der eingeschränkten Kombination von Erwerbseinkommen und Sozialleistung und hält die Idee einer Negativen Einkommenssteuer als zeitgemäßer: „Die Alternative, ganz vom Lohn oder ganz von Lohnersatzleistungen zu leben, ergibt sich daraus, dass institutionell immer noch an der Annahme festgehalten wird, dass Arbeitseinkommen stets zur Existenzsicherung reichen“ (Vobruba, 2000, S.124). Aber neben der Tatsache der Erleichterung von Zusatzverdiensten und anderen technischen Details gibt es doch eine andere Ebene von Wirksamkeit.

Das Grundeinkommen als finanzielle Basis, würde ein Gefühl dauerhafter Existenzsicherung entstehen lassen. Ein Arbeitssuchender, der aktuell z.B. ein prekäres Beschäftigungsverhältnis beginnt, wird zum einen keine Sicherheit erlangen können, weil die Struktur dieser Beschäftigungen es nicht zulässt (Vergleich Kapitel 2.4.). Zum anderen kann nach langer Zeit der Arbeitslosigkeit Angst entstehen, den Erwartungen des Arbeitgebers nicht gerecht zu werden. Die Bedrohung der erneuten Arbeitslosigkeit lässt oftmals den dauerhaften Rückzug in den Leistungsbezug als die sicherere Alternative erscheinen (vgl. Vanderborght/Van Parijs, 2005, S.80). Ein Grundeinkommen hingegen wirkte wie der Wind unter den Flügeln.

Die Angst vor dem Versagen am Arbeitsplatz könnte sich durch ein Grundeinkommen sogar in ihr Gegenteil verwandeln. „Das Grundeinkommen ist sozusagen das Basislager, von dem aus der Bürger startet, um in eigener Absicht und Verantwortung tätig werden zu können“ (Werner, 2008, S. 77). Zudem kann ein Grundeinkommen ein Instrument sein, um die Erwerbsarbeit gleichmäßiger zu verteilen. Für Arbeitnehmer wäre es möglich, nur noch Teilzeit zu arbeiten, ohne Einkommenseinbußen hinnehmen zu müssen. Arbeitssuchende könnten im Gegenzug eine Teilzeitbeschäftigung annehmen, die im Moment den Lebensunterhalt nicht sichern kann. Durch die freiwillige Verringerung der Arbeitszeit, bleibt der produktive Nutzen von leistungsbereiten und qualifizierten Angestellten erhalten (vgl. Vanderborght/Van Parijs, 2005, S.79). Ein weiteres zentrales Argument für ein Grundeinkommen ist die Stärkung der Verhandlungsmacht zu Gunsten der Arbeitnehmer. Ein Arbeitssuchender müsste nicht mehr, wie aktuell, jeden zumutbaren Arbeitsplatz annehmen, weil er ansonsten Sanktionen fürchten müsste. Zudem würde ein Grundeinkommen den Arbeitnehmer dahingehend befähigen, selbst Bedingungen an den Arbeitsplatz zu stellen, weil die Existenz abgesichert ist und die Beendigung des Arbeitsverhältnisses keine Existenzsorgen hervorrufen würde. Akzeptable Arbeitsbedingungen, Aufstiegsperspektiven und die Möglichkeit zusätzliche Qualifikationen zu erwerben, könnten solche Voraussetzungen werden, unter denen der Arbeitnehmer ein Arbeitsverhältnis eingeht (vgl. ebd., S.81f). Der Arbeitgeber müsste dafür sorgen, dass Arbeitsstellen, die unsicher, gefährlich, körperlich und psychisch unzumutbar sind, so umgestaltet werden, dass er Angestellte findet, die bereit sind dort ein Arbeitsverhältnis einzugehen. „Ein Unternehmen, das keine interessanten Arbeitsplätze bietet, wird sich gezwungen sehen diesen Mangel durch bessere Bezahlung zu kompensieren. Denn die Freelancer, die wir dann alle sein würden, gehen nur dahin, wo eine interessante Aufgabe oder ein positives Klima locken“ (Werner, 2008, S.79).

## **4. Selbstverwirklichung, Glück und Grundeinkommen**

„Kommt meine Freunde, noch ist es nicht zu spät, eine neue Welt zu suchen, denn ich will weiter segeln, über den Sonnenuntergang hinaus, und obwohl wir nicht mehr die Kraft besitzen, die in alten Tagen Himmel und Erde bewegte, sind wir dennoch, was wir sind; noch immer sind wir Helden, deren Herzen im Gleichklang schlagen, zwar schwächt uns das Schicksal von Zeit zu Zeit, doch stark ist unser Wille zu streben, zu suchen, zu finden, und nicht zu verzagen.“ Diese eindrücklichen Worte von Alfred Tennyson aus dem Gedicht Ulysses sollen dieses Kapitel einleiten. Sie drücken den inneren Antrieb, das Streben des Menschen nach Freiheit und Selbstverwirklichung, die Bemühungen individuelle Talente und Fähigkeiten auszubilden und im Laufe des Lebens weiter zu entwickeln aus. Was es bedeuten kann, seinen eigenen Weg zu erkennen und ihm zu folgen und was der Mensch hierfür benötigt, soll anhand der Motivationstheorie von Abraham Maslow und Erkenntnissen der modernen Glücksforschung erläutert werden. Weiterhin soll der Frage nachgegangen werden, welche Bedeutung ein bedingungsloses Grundeinkommen zur Verwirklichung menschlicher Bedürfnisse und das Erreichen eines subjektiven Wohlbefindens hat.

### **4.1. Wertevorstellungen in der Gesellschaft**

Werte und Vorstellungen ändern sich von Generation zu Generation und unterliegen dabei den vorherrschenden gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. In der Tat hat Ronald Inglehart, der über einen langen Zeitraum daran geforscht hat, herausgefunden, dass sich in den letzten Jahrzehnten ein Wandel von materiellen hin zu postmateriellen Wertvorstellungen vollzogen hat. Vor allem Selbstverwirklichung und Bürgerbeteiligung nehmen dabei eine bedeutende Rolle ein. Diese Verschiebung der Werte wird durch zwei Hypothesen der Sozialforschung gestützt. Zum einen durch die Sozialisationshypothese, die aussagt, dass Generationen die im Wohlstand aufwachsen, weniger nach materiellen Werten streben, als Generationen deren Alltag von Mangel geprägt war.

Der Mangelhypothese zufolge steigt nach der Befriedigung grundlegender materieller Bedürfnisse der Wunsch nach nicht-materiellen, höheren Werten (vgl. Datenreport 2011, S.385). Diese Theorie ist der Motivationstheorie von Abraham Maslow, auf welche später genauer eingegangen wird, ähnlich.

In den Untersuchungen (Inglehart Index) (vgl. ebd., S. 385) wurden Probanden nach der Wichtigkeit von je zwei materiellen und nicht materiellen Werten gefragt. Nach der Beantwortung wurden die Befragten in vier Gruppen unterteilt: Materialisten, Postmaterialisten, materialistische Mischtypen und postmaterialistische Mischtypen. Von 1980 bis 2008 veränderte sich in Westdeutschland der Prozentsatz von Materialisten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 70% Materialisten hin zu einer Rate von 50%. In Ostdeutschland fiel der Anteil von Materialisten von 60% im Jahr 1991 auf 55% im Jahr 2008. Es kann also ein langfristiger Trend zu Gunsten der Entwicklung nicht materieller Werte beobachtet werden. Kurzfristig konnte nach der Jahrtausendwende allerdings in einigen Fragen eine Rückbesinnung auf materielle Werte festgestellt werden. Ein während der Untersuchung abgefragter Wert war der „Kampf gegen die steigenden Preise“. Dieser materielle Wert stieg in Westdeutschland von 7 (Jahr 2000) auf 16 % im Jahr 2006 und kletterte bis zum Jahr 2008 sogar bis auf 24%. In Ostdeutschland verlief die Entwicklung dieses Wertes in diesem Zeitraum von 11 (Jahr 2000) auf 15 (Jahr 2006) bis hin zu 28 % im Jahr 2008. Bezüglich der Mangelhypothese ist diese teilweise Rückbesinnung auf materielle Werte auf schlechtere wirtschaftliche Verhältnisse zurückzuführen, was gerade den steilen Anstieg im Jahr des Beginns der Finanzkrise 2008 erklären könnte (vgl. ebd., S.385f). Auch die im Kapitel 3.3.1. erwähnten Erkenntnisse bezüglich gefühlter Ungerechtigkeit, mit einer Zuspitzung im Jahr 2008 sowie die Neuorientierung der Sozialpolitik im Zeichen der Agenda 2010 und die Einführung von Hartz IV, die in diesen Zeitrahmen fällt, würden die Mangelhypothese bestätigen. Aufgrund dieser Entwicklungen geht die Sozialwissenschaftlerin Angelika Scheuer davon aus, dass sich die Tendenz der letzten drei Jahrzehnte nicht fortsetzen wird: „Die Bedingungen sind für die Ausbildung postmaterialistischer Werte in den letzten beiden Jahrzehnten – und hier besonders nach 2000 – nicht ideal. Wirtschafts- und Finanzkrisen, Sparprogramme und Reformen haben die Lebensbedingungen der Bürger nicht sicherer gemacht, was in einer verstärkten Sorge um Geldwertstabilität zum Ausdruck kommt“ (ebd. S. 388). Sind Menschen also materiell abgesichert und haben keine Existenzangst, entwickeln sich nicht-materielle Werte. Einer dieser Werte ist der Wunsch nach politischer Beteiligung. Andere nicht-materielle Werte sind z.B. das Streben nach persönlicher Weiterentwicklung, der Ausbau sozialer Kontakte oder das Ziel mehr Zeit mit der Familie zu verbringen. Legt man die Annahme, dass nicht-materielle Werte für das persönliche Wohlbefinden und die Weiterentwicklung der Gesellschaft von Bedeutung sind, zu Grunde, so liefert diese Studie ein wichtiges Argument für ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Dieses wäre dann eine sichere materielle Basis, auf der sich politische Teilhabe und gelingende soziale Beziehungen entwickeln könnten.

#### **4.2. Die Motivationstheorie von Abraham Maslow**

Warum streben Menschen nach Selbstverwirklichung und warum ist diese wichtig um ein glückliches Leben zu führen? Der Antwort soll unter der Auseinandersetzung mit der Theorie Maslows nachgespürt werden. Was Selbstverwirklichung ist, ist von Mensch zu Mensch verschieden. Ob Mutter, Künstler oder Handwerker, wichtig ist, dass Fähigkeiten und Talente entdeckt und ausgelebt werden. Anderenfalls „[...] entsteht Unzufriedenheit und Unruhe, wenn der einzelne nicht das tut, wofür er, als Individuum, geeignet ist. Musiker müssen Musik machen, Künstler malen, Dichter schreiben, wenn sie letztlich in Frieden mit sich selbst befinden wollen, Was ein Mensch sein kann, muss er sein. Er muss seiner eigenen Natur treu bleiben“ (Maslow, 2010, S.73f).

Um herauszufinden, was selbstverwirklichende Menschen ausmacht, führten Maslow und seine Mitarbeiter Untersuchungen mit Menschen aus Maslows Freundes- und Bekanntenkreis sowie Personen des öffentlichen Lebens und Studenten durch. Zu den untersuchten Persönlichkeiten zählten u.a. Abraham Lincoln, Thomas Jefferson, Albert Einstein oder George Washington. Von diesen wurden die Biographien von Maslow und seinen Mitarbeitern analysiert. Von den noch lebenden Personen wurden Verhaltensweisen und persönliche Äußerungen in mehreren Schritten untersucht. Ein Ausschlusskriterium war eine offensichtliche oder später diagnostizierte psychische Krankheit. Das positive Kriterium für weitere Untersuchungen war das Vorhandensein von Selbstverwirklichung. Mit selbstverwirklichenden Menschen waren Menschen gemeint, deren Talente und Fähigkeiten sich in vollem Umfang entwickelt haben oder entwickeln und zur Anwendung kommen (vgl. ebd., S.179f). „Das heißt, dass alle Versuchspersonen sich sicher und angstlos, akzeptiert, geliebt und liebevoll, achtungswert und geachtet fühlten und dass sie ihre philosophischen, religiösen oder axiologischen Richtungen klargestellt hatten“(ebd. S.180). Auf dieser Grundlage untersuchte Maslow, inwieweit sich diese Personen in ihren Ansichten, Verhaltensweisen und der Qualität ihrer Beziehungen vom Großteil der Bevölkerung unterschieden.

#### 4.2.1. Selbstverwirklichende Menschen

Zuerst wurde bei den Untersuchten eine bessere Wahrnehmung und Urteilsfähigkeit beobachtet. Sich selbst verwirklichende Menschen haben, laut Untersuchung, in erhöhtem Maße die Fähigkeit Menschen und deren Persönlichkeiten besser als andere einzuschätzen und Angelegenheiten in Politik, Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, rascher und realistischer zu erfassen. Ihre Prognosen traten häufiger ein, weil ihre Annahmen nicht so häufig auf Angst oder irrealen Wünschen beruhten. Laut Maslow sehen diese Menschen die Welt realistischer als andere Menschen und haben vor unbekanntem Situationen weniger Angst, im Gegenteil sehen sie gerade darin eine Herausforderung (vgl. ebd., S.183ff).

Maslow beobachtete weiterhin, dass die Probanden keine Gefühle der Angst, Schuld oder Scham bezüglich ihrer eigenen Natur wahrnahmen. In ihnen ruhte eine Selbstakzeptanz, die sie ihre menschliche Natur mit all ihren Unzulänglichkeiten annehmen ließ. Diese Akzeptanz drückt sich in den untersuchten Personen in einer ganzheitlichen Betrachtungsweise der menschlichen Natur aus. Physiologische Triebe wie z.B. nach Sexualität, gutem Essen oder ausreichend Schlaf wurden ohne Hemmungen ausgelebt. Diese Grundbedürfnisse gehörten für die Untersuchten ebenso zum Menschsein dazu, wie höhere Bedürfnisse nach Sicherheit, Liebe oder Selbstachtung und wurden in ihren eigenen Leben und dem ihrer Mitmenschen fraglos akzeptiert. In engem Zusammenhang dazu steht, dass für diese Menschen Authentizität wichtig war. Sie spielten keine unterschiedlichen Rollen oder trugen Masken und lehnten solches auch bei anderen Menschen ab (vgl. ebd., S.185ff).

Maslow konnte bei den untersuchten Personen ein einfaches, natürliches Verhalten feststellen. Laut Maslow sind selbstverwirklichende Menschen relativ spontan und legen keinen großen Wert auf Konvention. In Interaktionen mit ihren Mitmenschen können sie sich der vorausgesetzten Etikette anpassen, aber nur solange sie dadurch nicht behindert oder eingeschränkt werden. Die Wertvorstellungen der untersuchten Personen waren laut Maslow sehr unkonventionell aber trotzdem stark von menschlicher Ethik geprägt (vgl. ebd., S.187ff).

In den Untersuchungen stellte Maslow weiterhin fest, dass die Versuchspersonen weniger ich-orientiert waren, sondern viel Energie für die Lösung äußerer Probleme verwandten. Maslow beobachtete in seinen Analysen, dass selbstverwirklichende Menschen häufig Aufgaben nachgehen, die sich auf das Wohl der Familie, der Gesellschaft oder der Menschheit im Allgemeinen richten. Weiterhin beschäftigen sich diese Personen oftmals mit philosophischen und ethischen Fragen (vgl. ebd., S.190f).

Die untersuchten Personen fühlten sich laut Maslow nicht unwohl, wenn sie alleine waren. Ganz im Gegenteil mochten sie die Privatsphäre. Sie waren in ihrer Meinungsbildung wenig von anderen Personen abhängig. Verhalten und Handlungen waren sehr stark von Autonomie und Eigenverantwortung geprägt. Maslow konnte feststellen, dass die Untersuchten bei der Überwindung von persönlichen Hindernissen einen lösungsorientierten Ansatz verfolgen. Selbst in schwierigen Situationen konnten sie sich gut auf das Wesentliche konzentrieren und handelten ruhig und bedächtig (vgl. ebd., S.191f).

Trotz ihres Bedürfnisses nach Privatsphäre, existierte laut Maslow bei den untersuchten Personen ein Gefühl der tiefen Verbundenheit mit der gesamten Menschheit, weswegen viele einer uneigennütigen Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit nachgingen. Maslow stellte in den Beobachtungen fest, dass die untersuchten Personen tiefe, vertrauensvolle Beziehungen nur mit einigen wenigen Menschen führten. Dafür waren diese Beziehungen aber besonders liebevoll und zeitintensiv. Negative Verhaltensweisen einzelner Menschen wurden von den Untersuchten zwar verurteilt, aber nicht im Sinne von Feindseligkeit. Ihre Beurteilungen waren vielmehr von Empathie geprägt (vgl. ebd., S197f).

Weiterhin beschreibt Maslow, dass seine Versuchspersonen die grundlegenden Lebensgüter dauerhaft hoch schätzten und sich kaum Gefühle der Abnutzung einstellten, wie es bei den meisten Menschen der Fall ist. Sie konnten Stärke und Energie aus der Schönheit der Natur, guter Musik oder Sexualfreuden ziehen. Diese Dankbarkeit und Genussfähigkeit den einfachen Dingen gegenüber konnte bei einzelnen untersuchten Personen eine Intensität erreichen, die Maslow als mystische bzw. Grenzerfahrung bezeichnet. Maslow beschreibt solche Grenzerfahrungen als einen Moment der vollständigen Konzentration auf den gegenwärtigen Sachverhalt, bei gleichzeitigem Verschwinden des Ich-Konzepts. Selbstverwirklichende Menschen, die eine solche Transzendenz erleben, wenden sich laut Maslow häufig der Kunst, Philosophie oder der Religion zu (vgl. ebd., S.194ff).

In den Beobachtungen konnte bei den Untersuchten eine durchweg demokratische Charakterstruktur festgestellt werden. Diese ist vor allem durch einen respektvollen Umgang mit allen Menschen, egal welcher Herkunft, Religion und welchen Charakters gekennzeichnet. Weiterhin konnte Maslow in den Beobachtungen feststellen, dass die untersuchten Personen anerkannten, dass es Menschen mit Fähigkeiten und Wissen gibt, über welches sie nicht verfügten. Maslow beobachtete das Interesse seiner Testpersonen, sich mit neuen Wissensgebieten auseinanderzusetzen. Die Versuchspersonen zeigten in solchen Situationen großen Respekt und Demut vor dem Menschen von dem sie etwas lernen wollen, auch wenn dieser einen geringeren sozialen Status besaß.

Weiterhin wurde bei den untersuchten Personen ein gut entwickelter Sinn für Recht und Unrecht erkennbar, was sich in einem couragierten Vorgehen gegen Unrechtmäßigkeiten zeigte. In ihren Handlungen wurden Mittel und Zweck deutlich unterschieden und die Mittel dem Zweck untergeordnet. Die Losung „Der Zweck heiligt die Mittel“ passte nicht in die Wertevorstellung der Versuchspersonen. Im Gegenteil wurde oftmals gerade auch das Mittel bzw. der Weg zu ihrem Ziel (vgl. ebd., S.199f). Eine weitere Charaktereigenschaft, die auf Respekt und Wertschätzung anderen Menschen gegenüber hinweist war der Humor der untersuchten Personen. Maslow erkannte, dass die Testpersonen nicht über Witze, in denen andere verletzt oder lächerlich gemacht werden, lachten. Sie verfügten vielmehr über eine Art Selbstironie oder machten sich allgemein nur über unethische Verhaltensweisen von Menschen wie z.B. Prahlerei lustig. Diese Ironie zielte auf eine Verhaltensänderung bei den anderen Personen ab und ähnlich einer Fabel oder Parabel war der erzieherische Inhalt von Bedeutung (vgl. ebd., S.201).

Alle untersuchten Personen waren laut Maslow in irgendeiner Art und Weise außergewöhnlich kreativ, originell oder erfinderisch. Dabei war aber nicht die angeborene Kreativität beispielsweise eines Genies wie Mozart gemeint. Maslow meint eher eine Art Kreativität, die man bei vielen Kindern beobachten kann, die in jedem Menschen angelegt ist und auch wiederentdeckt werden kann. In diesem Sinne wurden alle Handlungen der Testpersonen von einer Geisteshaltung geleitet, die auf die vorher beschriebenen Eigenschaften zurückzuführen sind. Dadurch, dass selbstverwirklichende Menschen spontaner, unvoreingenommener, ungehemmter an ihre Aufgaben herangehen, entsteht ein uneingeschränkter Handlungsspielraum, der kreative Entscheidungen und Verhaltensweisen hervorruft (vgl. ebd., S.202f).

Nach Maslow erreichen nur sehr wenige Menschen, und das auch nur im fortgeschrittenen Alter, den Grad der Selbstverwirklichung, den man bei den oben beschriebenen Personen vorfand. Das ist nicht verwunderlich, denn nach Maslow ist dieser Zustand nur zu erreichen, nachdem die grundlegenden Bedürfnisse ausreichend befriedigt wurden.

#### 4.2.2. Die Hierarchie der Bedürfnisse

Maslows Motivationstheorie wird bildlich in der Bedürfnispyramide (siehe Abbildung 1) ausgedrückt, die in fünf Ebenen hierarchisch unterteilt wird. Diese Bedürfnisebenen müssen in der Regel bis zu einem gewissen Grad befriedigt werden, damit die nächste Stufe wirksam

wird. Die fünf Ebenen der Bedürfnisse lassen sich in zwei Typen einteilen. Ein Grundtypus sind die sogenannten Defizitbedürfnisse. Diese werden durch einen Mangel hervorgerufen und können nur durch ihre Befriedigung an Bedeutung verlieren. Sind diese aber befriedigt, ist der Mensch motiviert, ein neues, höheres Ziel zu erreichen und das befriedigte Bedürfnis stellt keinen Motivator mehr dar. Zu den Defizitbedürfnissen werden die unteren vier Ebenen gezählt. Die Bedürfnisse nach Anerkennung (ICH-Bedürfnisse) werden zum Teil aber auch zum zweiten Grundtypus, den Wachstumsbedürfnissen gezählt. Diese treten in Erscheinung, wenn die Defizitbedürfnisse befriedigt sind. Sie sind für jeden Menschen sehr individuell. Im Unterschied zu den Defizitbedürfnissen verschwindet die Motivation nicht, wenn die Wachstumsbedürfnisse befriedigt werden, sondern steigt im Gegenteil an. Neben Teilen der Bedürfnisse nach Anerkennung, sind es vor allem Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung, die als Wachstumsbedürfnisse bezeichnet werden. Auf dieser Ebene herrscht kein Mangel oder Leidensdruck. Es werden stattdessen ständig neue Ziele gesteckt, neue Erfahrungen gesucht und Fähigkeiten perfektioniert. Während die Erfüllung des ersten Typus das Überleben sicherstellt, erreicht der Mensch laut Maslow durch die Befriedigung der Wachstumsbedürfnisse Gesundheit, Wohlbefinden und persönliches Glück (vgl. Maltby/Day/Macaskill, 2011, S.243).

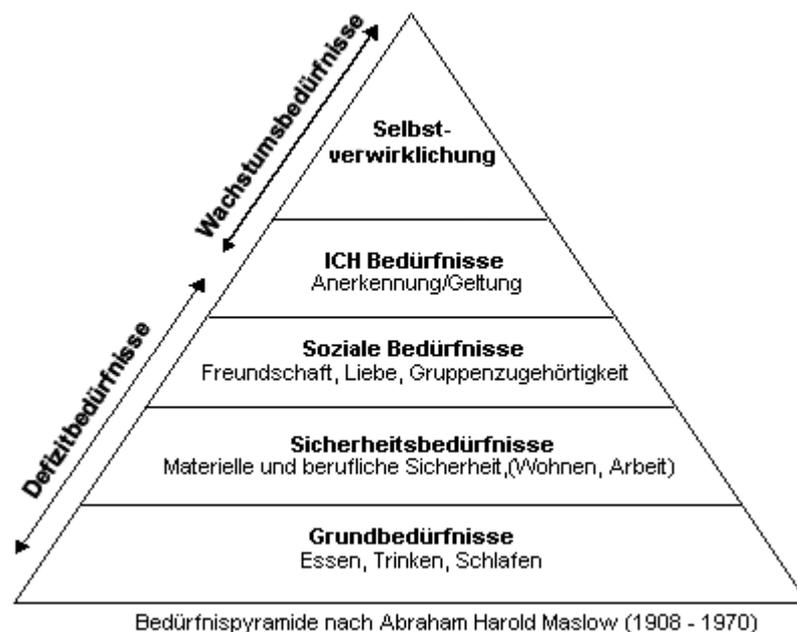


Abbildung 1

Die elementarsten und mächtigsten Bedürfnisse sind die physiologischen Bedürfnisse wie Nahrung, Schlaf, Sexualität oder Wohnraum. Ist ein Mensch hungrig oder durstig, wird er laut Maslow alle anderen (übergeordneten) Bedürfnisse vergessen oder verdrängen. Seine Motivation und Handeln drängt einzig und allein dahin, diesen Mangel zu beseitigen. Die Vorstellung von Glück und Zukunftsperspektiven werden einzig durch die Befriedigung der Grundbedürfnisse definiert und erst nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse werden höhere Bedürfnisse im Menschen geweckt. In den westlichen Industrienationen ist der Mangel an existenziellen Gütern allerdings selten. (vgl. Maslow, 2010, S.62ff).

Maslow nennt die zweite Ebene der Bedürfnisse Sicherheitsbedürfnisse. Gemeint ist u.a. das Verlangen nach Schutz, Stabilität, Angstfreiheit, Geborgenheit oder Gesetzen. Ähnlich wie bei den grundlegenden Bedürfnissen werden alle Fähigkeiten darauf verwendet, Sicherheit zu erlangen. Wertvorstellungen, Perspektiven und Handeln werden von diesen Bedürfnissen dominiert, andere Bedürfnisse, selbst die physiologischen (im Zustand der Befriedigung unterschätzt), werden verdrängt. Maslow nennt negative Auswirkungen bei Kindern, denen die nötige familiäre Sicherheit fehlt. Das Fehlen von Routine, Scheidung, familiäre Gewalt führt bei diesen Kindern zu Angstzuständen. Weiterhin werden solche Angstzustände bei neurotischen Menschen oder ökonomisch und gesellschaftlich benachteiligten Personen festgestellt (vgl. ebd., S.66ff).

Sind auch diese Bedürfnisse grundlegend befriedigt, gewinnt die nächste Ebene an Bedeutung. Die Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Liebe. Der Zyklus zum Erreichen dieses Zustandes beginnt, wie bei den untergeordneten Bedürfnissen, von Neuem. Man sehnt sich nach Beziehungen, nach einer Familie oder den Platz in einer Gruppe. Gefühle wie Einsamkeit, Ächtung oder Isolierung werden besonders stark wahrgenommen, wenn diese Bedürfnisse nicht befriedigt werden. Maslow erwähnt in diesem Zusammenhang negative Auswirkungen zu „großer Mobilität durch die Industrialisierung, der Entwurzelung, des Herausgerissen-Werdens aus der eigenen Familie und dem eigenen Heim und der Umgebung von Freunden und Nachbarn. [...] Wir unterschätzen immer noch die große Bedeutung der Nachbarschaft, des eigenen Territoriums, des eigenen Klans, der eigenen „Art“, Klasse, Bande, der eigenen vertrauten Arbeitskollegen“ (ebd. S.71). Weiterhin spricht Maslow im Zusammenhang mit den Sicherheitsbedürfnissen von einem weitverbreiteten Gefühl der Entfremdung und dem Zusammenbruch traditioneller sozialer Rahmenbedingungen, so dass bei vielen Menschen der Wunsch nach Kontakt, Geborgenheit und Zugehörigkeit sehr dringlich ist. „Jede gute Gesellschaft muss diese Bedürfnisse befriedigen, [...], wenn sie überleben und gesund bleiben will.

In unserer Gesellschaft ist die Frustrierung solcher Bedürfnisse der häufigste Kern der Fälle schlechter Anpassung und auch schwerer Pathologie“ (ebd. S.72). Werden die Bedürfnisse nach Zugehörigkeit ausreichend befriedigt, tritt das Streben nach Anerkennung in den Vordergrund. Diese Bedürfnisse drücken sich in Form von Selbstachtung aber auch in Wünschen nach Wertschätzung, Bedeutung und Anerkennung durch Mitmenschen oder die Gesellschaft aus. Menschen, die sich selbst achten, haben ein stärkeres Selbstvertrauen, entwickeln ein besseres Gefühl der Selbstwirksamkeit und erkennen öfter ihren Platz in und den eigenen Nutzen für die Gesellschaft. Gelingt die Befriedigung dieser Bedürfnisse nicht, werden Gefühle der Hilflosigkeit, Ohnmacht und Minderwertigkeit hervorgerufen. Maslow betont, dass die gesündeste Form der Selbstachtung durch den Respekt anderer bezüglich der Umsetzung der ureigenen Fähigkeiten und Kompetenzen entsteht. Eine instabile Basis für die Selbstachtung entsteht hingegen, wenn Personen Bewunderung durch andere Menschen aufgrund von Status, Reichtum oder ähnlichen erfahren (vgl. ebd., S. 72f). Die letzte Stufe sind die Bedürfnisse der Selbstverwirklichung, welche bereits ausführlich beschrieben wurden.

Im Jahr 1970 fügte Maslow seiner Theorie eine weitere Ebene hinzu, die der Transzendenz. Maslow betont, dass die Hierarchie der Bedürfnisbefriedigung bei den meisten Menschen zutrifft, jedoch nicht statisch gesehen werden sollte, weil es durchaus Ausnahmen gäbe. Er nennt als Beispiel Menschen, die ein höheres Ziel verfolgen, um dadurch unbewusst ein niedrigeres Bedürfnis zu befriedigen. Ein Mensch kann beispielsweise nach Selbstachtung streben um mehr geliebt zu werden. Maslow spricht auch von Menschen, die niedrigere Bedürfnisse, bei plötzlicher Nichtbefriedigung, unterschätzen, weil diese über einen längeren Zeitraum konstant befriedigt wurden. Nach kurzer Zeit wenden sich diese Menschen wieder der Befriedigung der niedrigeren Bedürfnisse zu. Andererseits gäbe es aber auch Menschen, deren Grundbedürfnisse in der Vergangenheit konstant erfüllt wurden und die daher eine gewisse Frustrationstoleranz entwickelt haben. Solche Menschen können widrigen Lebenssituationen für eine längere Zeit trotzen, ohne von ihren höheren Idealen bzw. Zielen abzulassen. Weiterhin beschreibt Maslow psychisch kranke Personen, die in ihrer frühesten Kindheit einen Mangel an ausreichend Liebe erfahren und infolge dessen nie Gefühle der Zuneigung ausgebildet haben. Aber auch Menschen, die für längere Zeit ein Leben auf sehr niedrigem Niveau führten, wie z.B. Langzeitarbeitslose, können nach Maslow das Streben nach höheren Zielen aufgeben und sich damit zufrieden geben, über die physiologischen Grundbedürfnisse, wie ausreichend Nahrung, zu verfügen (vgl. ebd., S.79ff).

Maslow unterstreicht außerdem, dass eine Bedürfnisebene nicht zu 100% befriedigt sein muss, damit die nächste Ebene an Bedeutung gewinnt. Vielmehr würde der Befriedigungsgrad bei den meisten Menschen abnehmen, je höher die Bedürfnisebene liegt. „Der durchschnittliche Bürger wird vielleicht zu 85% in seinen physiologischen Bedürfnissen befriedigt sein, zu 70% in seinen Sicherheitsbedürfnissen, zu 50% in seinen Liebesbedürfnissen, zu 40% in seinen Selbstachtungsbedürfnissen und zu 10% in seinen Selbstverwirklichungsbedürfnissen“ (ebd. S.82).

Nach Maslow ist dieses hierarchische Wachsen der Bedürfnisse sowohl in evolutionären, wie auch in ontogenetischen aber auch gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen zu beobachten. Alle Lebewesen haben ein Bedürfnis nach Nahrung, Selbstverwirklichungsbedürfnisse dagegen nur Menschen. Je höher ein Bedürfnis in der Pyramide steht, desto menschlicher ist das Bedürfnis. Im Laufe des Lebens entstehen immer neue Bedürfnisse. Nach der Geburt ist als erstes das Bedürfnis nach Nahrung und Schutz vorhanden. Etwas später entwickelt sich das Bedürfnis nach Liebe, usw., bis evtl. im fortgeschrittenen Alter das Streben nach Selbstverwirklichung das Leben bestimmt. Je niedriger das Bedürfnis ist, desto mehr hängt das bloße Überleben davon ab. Und je höher das Bedürfnisniveau ist, auf dem ein Mensch lebt, desto besser sind seine Gesundheit und das allgemeine Wohlbefinden. Frustrierung der Bedürfnisse hingegen ruft negative psychische und physische Konsequenzen hervor. Aus dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Nutzens, dient die Befriedigung niedrigerer Bedürfnisse eher der eigenen Person. Je höher allerdings das angestrebte Ziel ist, desto größer ist die Anzahl an Menschen und Beziehungen, die für eine gelingende Bedürfnisbefriedigung nötig sind. Menschen, die nach Liebe und Respekt streben, beeinflussen ihre sozialen Beziehungen positiv. Selbstverwirklichende Menschen gehen darüber hinaus in der Regel einer Tätigkeit nach, die der gesamten Gesellschaft von Nutzen ist. Je höher also das angestrebte Ziel innerhalb der Bedürfnishierarchie ist, desto größer ist der Nutzen für andere und für die Allgemeinheit (vgl. ebd., S.127ff).

#### 4.2.3. Bedürfnisbefriedigung durch Grundeinkommen

Maslows Theorie der Bedürfnisbefriedigung und die Ideen der Grundeinkommensbefürworter passen gut zusammen. Beide vertreten ein positives, humanistisches Menschenbild, das davon ausgeht, dass Menschen sich entwickeln, wenn Grundbedürfnisse befriedigt sind.

„Höhere Bedürfnisse erfordern bessere Bedingungen, damit sie möglich werden. Bessere Umweltbedingungen (in der Familie, wirtschaftliche, politische, pädagogische und so weiter) sind notwendiger für die wechselseitige Nächstenliebe als für die Verhinderung gegenseitigen Tötens. Sehr gute Bedingungen sind für die Selbstverwirklichung erforderlich“ (ebd. S.129).

Die unteren Bedürfnisse können in aller Regel nur durch finanzielle Mittel befriedigt werden. Man könnte meinen, dass jedes Mitglied der Gesellschaft die existenziellen Bedürfnisse (z.B. Lebensmittel) entweder durch ein Erwerbseinkommen oder durch eine Mindestsicherung befriedigen kann. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion, ob und inwieweit die Arbeitslosengeld II Regelsätze existenzsichernd sind, ist dieser Sachverhalt umstritten. Ein Blick darauf, wie die Regelsätze zusammengesetzt sind, ist daher hilfreich. Ein alleinstehender Hilfebedürftiger erhält aktuell einen Regelsatz von 382 €. Davon sind 135,63 € für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke vorgesehen, was einen Tagesbedarf von ca. 4,50 € entspricht (vgl. <http://www.harald-thome.de/media/files/Boeker-Aufteilung-RB-11,12,13.pdf>, S.1). Auch wenn es unter gewissen Umständen möglich ist, sich von diesem Betrag zu ernähren, ist ungewiss, ob eine ausgewogene, gesunde Ernährung ermöglicht werden kann. Es ist jedenfalls eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik der Geldaufwendungen (Preisvergleich, etc.) erforderlich. Wenn man bedenkt, dass Menschen, die Sozialleistungen beziehen, häufig auch anderweitig benachteiligt sind (geringere Bildung, psychische Probleme, Suchtrisiko, etc.), bleibt zu bedenken, dass gerade dieser Personenkreis Probleme haben kann, so zu kalkulieren, dass dieser Betrag tatsächlich ausreicht. Andere Posten des Regelsatzes, die für die Befriedigung existenzieller Bedürfnisse wichtig sind, sind z.B. Anteile für Bekleidung und Schuhe (32,10 €), Gesundheitspflege (16,43 €) oder Strom (29,69 €) (vgl. ebd., S.1). Abgesehen von der Höhe der einzelnen Positionen, ist die Verringerung der Regelsätze für weitere Personen der Bedarfsgemeinschaft höchst fragwürdig. So erhalten der Partner 90%, Kinder von 14-17 Jahren 80%, Kinder von 6-13 Jahren 70% und Kinder bis zu fünf Jahren 60% des Regelsatzes (vgl. ebd., S.1). Das ergibt im Bezug auf Nahrungsmittel pro Tag für Kinder bis fünf Jahre ca. 2,80 €, für Kinder bis 14 Jahre 3,40 € und für Kinder bis 18 Jahre nur noch 4,35 € (vgl. ebd., S.2ff). Diese Berechnung wird von vielen Seiten als willkürlich angesehen, weil die „tatsächlichen Ausgaben von bzw. für Kinder und/oder Jugendliche im Rahmen einer Einkommens- und Verbraucher-Stichprobe (EVS) nicht erhoben [werden]“ (ebd. S.4). Weiterhin wird die Tatsache kritisch gesehen, dass für diese Stichproben, teilweise Personen als Grundlage dienten, die selbst Leistungsbezieher waren.

Zudem zeigten ältere Daten des Statistischen Bundesamtes, dass Ausgaben, die der Regelbedarf abdeckt, im Durchschnitt bei einer zwei-Personen Bedarfsgemeinschaft höher liegen, als bei zwei Einzelhaushalten zusammen (vgl. ebd., S.5). „Die Meinung, dass der Mehrpersonenhaushalt billiger wirtschaftet, treffe zwar für einen Haushalt mit größerem Einkommen, aber nicht für den Haushalt des Sozialhilfeempfängers zu, dessen Einkommen exakt auf den notwendigen Lebensunterhalt abgestimmt sei. Aus dem Topf, aus dem fünf satt werden, könnten nur dann auch sechs satt werden, wenn der Topf für fünf reichlich bemessen sei. Sobald aber der Topf nur mit dem beschickt werde, was fünf wirklich brauchten, werde der Sechste nicht mehr satt oder alle sechs nicht mehr ganz satt“ (Kraut, 1964, zit. nach ebd., S.6).

Die vorhergehende Argumentation sollte verdeutlichen, dass die Berechnungsmethoden und die Höhe der Regelsätze, sehr umstritten sind. Andere Zustände wie z.B. die immer größer werdende Inanspruchnahme von Tafeln oder Suppenküchen, Berichten von Lehrern über Schüler, die kein Pausenbrot mit in die Schule bringen oder schlechte Wohnverhältnisse sozial Benachteiligter sind ebenfalls existent, aber im Rahmen dieser Arbeit nicht darzustellen. Das Beispiel der ALG II Regelsätze sollte verdeutlichen, dass selbst in einer reichen Gesellschaft wie der unseren, Tendenzen bestehen, dass schon elementare Grundbedürfnisse nicht für alle vollständig befriedigt werden. Aber nicht nur arbeitlose Menschen haben Probleme, die Grundbedürfnisse zu befriedigen. Wie bereits in Kapitel 2.4.1. erwähnt wurde, sind ca. 23% aller Beschäftigten im Niedriglohnssektor tätig und leben daher an oder unter der Armutsgrenze. Ein weiteres Problem, das nur am Rande erwähnt werden soll, ist die steigende Altersarmut. Die Armut im Alter betrifft immer mehr Menschen und könnte auch die Menschen betreffen, die aktuell längere Zeit arbeitslos oder zu einem niedrigen Lohn beschäftigt sind. Weil durch Arbeitslosigkeit oder geringen Verdienst nicht genügend Rentenbeiträge eingezahlt werden, kann im Alter nur eine Grundrente auf Sozialhilfeniveau bezogen werden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte hingegen die Grundlage dafür bieten, dass die grundlegenden Bedürfnisse erfüllt werden. Da das Grundeinkommen existenzsichernd ausgestaltet wäre und zudem individuell ausgezahlt würde, wäre für die elementaren Grundlagen des Lebens gesorgt. Da das Grundeinkommen bedingungslos ausgezahlt werden würde, ist dadurch auch im Alter eine existenzsichernde Basis vorhanden. In Gegensatz zur Rente ist die Höhe des Grundeinkommens nicht von zuvor eingezahlten Rentenbeiträgen, also nicht von der Erwerbsarbeit abhängig. So könnte auch das Problem verdeckter Armut effizient gemildert und aufgelöst werden.

Geht man einen Schritt weiter und schaut sich die Ebene der Sicherheitsbedürfnisse an, wird deutlich erkennbar, was ein bedingungsloses Grundeinkommen auch in dieser Hinsicht bewirken könnte. Im ersten Kapitel dieser Arbeit wurde bereits ausführlich erläutert, wie wichtig Arbeit für den Menschen ist. Anhand der Ausführungen über den sich verändernden Arbeitsmarkt, einschließlich der Konsequenzen prekärer Arbeitsverhältnisse und hoher Arbeitslosigkeit, wurde erläutert, dass Arbeit als Privileg gilt und nicht mehr für alle erwerbsfähigen Personen vorhanden ist. Die Auswirkungen von Angst bis hin zu körperlichen und psychischen Krankheiten bei arbeitslosen und unsicher beschäftigten Menschen wurden ebenfalls beschrieben. Diese Angst ist aber nicht nur bei sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen existent. Diese Furcht vor Arbeitslosigkeit betrifft zudem große Teile der Mittelschicht (vgl. Seithe, 2010, S.75). Man kann feststellen, „...dass die Angst um den Arbeitsplatzverlust, ja letztlich Existenzängste und Kontrollverlust zur Normalbiographie gehören“ (Wehner, 2009, S.8). Sicher geglaubte Arbeitsplätze z.B. im Dienstleistungssektor werden u.a. durch Technologisierungsprozesse abgebaut. Der relativ schnelle Absturz auf das finanzielle Niveau der Mindestsicherung, falls keine neue Arbeit gefunden wird, das Anhäufen von Schulden und eine gesellschaftliche Degradierung ist das Horrorszenario der Mittelschicht. „Die Gesellschaft bietet diesen Menschen weder geeignete Arbeitsplätze noch materielle Unterstützung zur Erhaltung des bisherigen Lebensniveaus“ (Seithe, 2010, S.75). Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde diese materielle Unterstützung darstellen. Die Angst vor dem Absturz ins Uferlose und stigmatisierenden Behördengängen, hätte durch ein Grundeinkommen keine Basis mehr, um wirksam zu werden. Erich Fromm geht davon aus, dass diese Angst gesellschaftshistorisch bedingt ist. Diese Angst stammt aus Zeiten des Mangels und der Furcht, verhungern zu müssen (vgl. Fromm, 1966, S. 309). Es ist also genauer gesagt die Angst vor der Einkommenslosigkeit als die vor der Arbeitslosigkeit, die wirksam ist. Der Mensch müsste keine Angst mehr haben, durch den Verlust der Arbeit, die existenziellen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen zu können, da das Grundeinkommen ein stabiles Fundament darstellte. Die Angst vor Arbeitslosigkeit entsteht aber nicht nur wegen den zu erwartenden Geldeinbußen oder des Statusverlustes. Vielmehr ist es auch der Autonomieverlust, der bei Leistungsbezug von Arbeitslosengeld II eintritt. Die sogenannten Kunden des Jobcenters verpflichten sich, bei Beginn des Leistungsbezugs, nach §15 SGB II, eine Eingliederungsvereinbarung (EGV) zu unterschreiben. Hierin wird festgehalten, welche Leistungen der Antragsteller bekommt, aber auch welche Pflichten er zu erfüllen hat.

Kommt keine Einigung über den Inhalt zustande, ist das Jobcenter dazu berechtigt, die EGV durch Zwang, in Form eines Verwaltungsaktes durchzusetzen. Der Inhalt der EGV, hat das Ziel den Leistungsbezieher wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es können also auch Besuche bei der Suchtberatung, therapeutische Behandlungen oder verschiedenartige Ausbildungsmaßnahmen festgelegt werden. Kommt der Leistungsbezieher dieser EGV nicht nach, treten Sanktionen nach §31-32 SGB II in Kraft. Diese Sanktionen werden auch wirksam, wenn der „Kunde“ eine zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit oder Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit nicht antritt oder abbricht. Die Zumutbarkeit ist in §10 SGB II geregelt. Es bestehen Ausnahmen, die die Aufnahme von Arbeit unzumutbar machen. Diese sind z.B. die fehlende körperliche oder geistige Eignung oder wenn die Betreuung oder die Erziehung von Angehörigen bzw. Kindern mit der Arbeit nicht vereinbar wären. Ob die Arbeit der Ausbildung entspricht, sich an einem Ort außerhalb des Wohnsitzes befindet, oder schlechtere Arbeitsbedingungen im Vergleich zur letzten Beschäftigung vorherrschen, ist in diesem Zusammenhang irrelevant. Wird gegen eine dieser festgehaltenen Pflichten verstoßen, wird der Regelsatz um 30% gekürzt. Bei einer zweiten Pflichtverletzung tritt eine Regelsatzkürzung von 60% in Kraft und bei jeder weiteren Pflichtverletzung entfällt das gesamte Arbeitslosengeld II, also auch die Kosten der Unterkunft (KdU) und eventuelle Mehrbedarfe. Noch drastischer fällt die Regelung für unter 25- jährige aus. Hier werden bei der ersten Pflichtverletzung nur noch die KdU gezahlt und nach einer zweiten Pflichtverletzung entfallen auch diese. Unter bestimmten Voraussetzungen können dann Sachleistungen, z.B. in Form von Lebensmittelgutscheinen, erbracht werden. Leben minderjährige Kinder im Haushalt, müssen diese Sachleistungen erbracht werden und die KdU werden direkt an den Vermieter überwiesen (vgl. [http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_2/](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/)). Liegt eine 100%ige Kürzung vor und werden keine Sachleistungen gewährt, entfällt sogar der Beitrag für die Krankenversicherung, weil kein tatsächlicher Bezug von Leistungen nach SGB II vorliegt (vgl. <http://www.harald-thome.de/media/files/Orientierungshilfe-Krankenversicherungspflicht-2012.pdf>, S.16). Diese Gesetzesregelungen greifen extrem in die Privatsphäre der Leistungsbezieher ein. Um eine EGV auszuarbeiten, werden neben sämtlichen personenbezogenen Daten auch alle vermittlungshemmenden Fakten erfasst. Es ist nachzuvollziehen, wie entmündigt sich Personen vorkommen müssen, die zum großen Teil schon in vielen Bereichen benachteiligt sind. In den Beratungsgesprächen werden nicht nur alle vermeintlichen Defizite ermittelt, wie z.B. Suchterkrankungen, Schulden, psychische Erkrankungen usw. Es kann auch zwangsweise festgelegt werden, entsprechende Stellen aufzusuchen, wo dann die Probleme behoben werden sollen.

Diese Forderungen kommen auf Druck von Außen. Menschen, die solcherart Probleme haben, leiden dadurch unter Gefühlen wie Angst, Scham und Minderwertigkeit. Da die oben genannten Pflichten einer Bevormundung gleichen und Veränderungen nicht intrinsisch motiviert sind, werden solche Ziele in den meisten Fällen keine Veränderung bewirken und auf Ablehnung stoßen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass durch diese Regelungen quasi Zwangsarbeit legalisiert wird, die laut Artikel 12 des Grundgesetzes verboten ist. Es ist nicht entscheidend welche Fähigkeiten und Talente vorhanden sind, sondern für die Vermittlung spielt nur die Zumutbarkeit der Arbeit eine Rolle. Menschen können in prekäre Arbeitsverhältnisse gezwungen werden. Ob diese Anstellungen ein existenzsicherndes Einkommen bereithalten oder sinnstiftend sind, ist nicht entscheidend. Ist eine zumutbare Arbeitsstelle außerhalb des Wohnortes verfügbar, muss diese aufgenommen werden. Familiäre Beziehungen oder der Freundeskreis werden dadurch oft beeinträchtigt und instabil. Alle angesprochenen Faktoren sind auch im Bezug zum Grundgesetz kritisch zu beurteilen. Es werden weder die Würde des Menschen (Art.1) geschützt noch die freie Entfaltung der Persönlichkeit und das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art.2) gefördert. Sanktionen, die im extremsten Fall nicht einmal mehr die Befriedigung der Grundbedürfnisse, nach Lebensmittel und Wohnung oder einer Gesundheitsversorgung ermöglichen, können in eine unmenschliche Abwärtsspirale führen. Gerade auch junge Menschen werden durch die verschärften Regelungen daran gehindert, eine eigenständige Persönlichkeit zu entwickeln und im schlechtesten Fall in die Obdachlosigkeit getrieben.

Durch ein bedingungsloses Grundeinkommen wären solche Zustände, die Angst, Zwang und Unsicherheit mit sich bringen, nicht mehr existent. Sowohl Arbeitsuchende, als auch Arbeitnehmer würden befähigt werden, selbst zu entscheiden, welcher Lebensweg der persönlich richtige ist. Jeder Mensch könnte einer Tätigkeit nachgehen, die vielleicht sogar unbezahlt, aber sinnstiftend ist. Zudem würden finanzielle Abhängigkeiten gegenüber dem Staat oder anderen Personen verschwinden. „Begabte oder ehrgeizige Männer und Frauen könnten die Ausbildung wechseln, um sich damit auf einen anderen Beruf vorzubereiten; eine Frau könnte ihren Ehemann, ein Jugendlicher seine Familie verlassen“ (Fromm, 1966, S.310). Das bedingungslose Grundeinkommen wäre ein sicherer Anker. Was auch passieren würde, diese Basis bestünde, von der Geburt bis zum Tod. Die neugewonnene Sicherheit würde die Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben so zu gestalten, wie es ihr individueller Lebensplan vorsieht. Der Mensch würde entsprechend Maslow nach höheren Bedürfnissen streben.

Wie weiter oben beschrieben, würde durch das Streben nach höheren Bedürfnissen nicht nur der Einzelne einen besseren Gesundheitszustand und subjektives Wohlbefinden erlangen. Auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene würde eine neue Dynamik entstehen: „Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus (was man auf der ganzen Welt am intensivsten in Bauernkulturen beobachten kann). Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glauben an das Leben und Solidarität“ (Fromm, 1966, S.310).

Das Zitat von Erich Fromm verweist auf die Potentiale eines bedingungslosen Grundeinkommens. Durch die Befriedigung der physiologischen und der Sicherheitsbedürfnisse wäre die Existenz gesichert und Zukunftssorgen könnten minimiert werden. Es läge in der Hand jeder einzelnen Person, wie die persönliche Lebenszeit auf die verschiedenen Bereiche des Lebens verteilt wird. Für eine Person wäre Erwerbsarbeit weiterhin die wichtigste Tätigkeit, ein anderer Mensch würde sich verstärkt ehrenamtlich engagieren oder viel Zeit mit der Familie verbringen. Durch das Grundeinkommen würde auf jeden Fall ein Freiraum geschaffen werden, in dem soziale Beziehungen gestaltet werden können.

An anderen Stellen dieser Arbeit wurde dargestellt, inwieweit sich Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse negativ auf soziale Beziehungen oder das Familienleben auswirken können. Unter anderem konnten weniger Mitgliedschaften in Vereinen, weniger ehrenamtliches Engagement oder im schlechtesten Fall soziale Isolation als Konsequenzen erkannt werden. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt beeinflusst nicht nur den Arbeitsplatz an sich, sondern wirkt tief ins Privatleben hinein. Neue Arbeitszeitordnungen oder Mobilitätsanforderungen erschweren z.B. das Entstehen und Erhalten tragfähiger Beziehungen (vgl. Seithe, S. 67). Die erweiterten Ladenöffnungszeiten bis 24:00 Uhr oder an Sonn- und Feiertagen oder die in der Zeitarbeitsbranche nicht unübliche Montage, außerhalb des Wohnortes, lassen das Privatleben zu einer logistischen Herausforderung werden. „Hier entstehen Belastungen und Herausforderungen, an denen Familien und Beziehungen scheitern können und deren Bewältigung viel Kraft, Ressourcen und Durchhaltevermögen fordert“ (ebd., S.67). Diese Anforderungen der flexiblen Arbeitsgesellschaft verankern sich in der Vorstellung von Individuen, wie das Leben erfolgreich bewältigt werden kann, was Bourdieu als den flexiblen Habitus bezeichnete.

Die permanenten Unsicherheiten in Bezug auf persönliche Zukunftspläne, die dieses Modell des Lebens in sich trägt, sind auf Dauer aber sowohl für das persönliche psychische Wohlbefinden, als auch für die Gestaltung sozialer Beziehungen negativ zu beurteilen (vgl. ebd., S.68ff). Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde diesem Flexibilisierungsdruck entgegen wirken und Entscheidungsspielräume für den Einzelnen schaffen und legte eine sichere Basis für die Gestaltung gelingender sozialer oder familiärer Beziehungen. Eltern oder Alleinerziehende könnten selbst entscheiden, wie viel Zeit sie in die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder investieren. Angehörige könnten aufgrund dieser entstehenden Freiheit zu Hause gepflegt werden. Es entstünde eine Planungssicherheit, die für viele Menschen die Voraussetzung zur Gründung einer Familie ist. Menschen, die in strukturschwachen Regionen leben, müssten nicht mehr umziehen, um in anderen Regionen ihr Geld zu verdienen und so ihre sozialen Beziehungen aufs Spiel setzen. Auch ein stundenlanger Pendelverkehr, der Zeit in Anspruch nimmt, die für Beziehungspflege genutzt werden könnte, müsste dann nicht mehr um jeden Preis in Kauf genommen werden. Weiterhin bestünde die Möglichkeit, sich in der Nachbarschaft, im Gemeinwesen oder im Ehrenamt zu engagieren, was ebenfalls das soziale Miteinander stärken würde (vgl. Liebermann, 2010, S.30f). Und in der Tat ist bei vielen Menschen der Wunsch vorhanden, mehr Zeit mit der Familie oder dem sozialen Umfeld zu verbringen, was in einer Studie der ETH Zürich herausgefunden wurde. Demnach gaben 60% der Befragten an, dass sie nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens beruflich etwas verändern würden. Auf die Frage, was genau sie verändern würden, gaben die meisten Befragten eine Verringerung der Arbeitszeit an. 62% der Studienteilnehmer gaben an, dass sie nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens im Privaten etwas verändern würden. Die meisten Nennungen entfielen dabei auf dem Wunsch nach mehr Eigenarbeit (soziale, künstlerische oder handwerkliche Tätigkeiten, die abseits des Arbeitsmarktes durchgeführt werden), gefolgt von dem Ziel sich mehr ehrenamtlich engagieren zu wollen und dem Bedürfnis, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen (vgl. Bossard, 2013, S.20). Diese Ergebnisse spiegeln sich beispielsweise darin wider, dass immer mehr junge Väter mehr Zeit mit der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder verbringen würden (ca. 20% laut BMFSJ Umfrage). Der Wunsch nach Teilzeitarbeit scheitert aber oftmals an den Strukturen der Unternehmen. Dieser Wunsch wird durch den Trend einer steigenden Inanspruchnahme von Elternzeit seitens der Männer untermauert. Nach der Einführung des neuen Elterngeldes, ist der Anteil der Männer, die Elternzeit beantragen, in kurzer Zeit von zwei auf über zehn Prozent gestiegen.

Während sich ca. 80% eine Kombination aus Elternzeit und Teilzeit wünschen, werden solche Modelle nur von ca. 30% der Unternehmen angeboten (vgl. Kopatz, 2012, S. 42f).

Während ein bedingungsloses Grundeinkommen einen direkten Einfluss auf die physiologischen und die Sicherheitsbedürfnisse hätte und zu deren Befriedigung beitrüge, wäre sein Einfluss auf die höheren Bedürfnisse indirekt. Man könnte das am Beispiel eines Gartens verdeutlichen. Hat man keinen Garten oder dieser keinen fruchtbaren Boden, besteht keine Möglichkeit, etwas anzubauen. Ist man jedoch im Besitz eines fruchtbaren Gartens, stehen vielfältige Möglichkeiten offen, diesen zu bewirtschaften. Anhand der Motivationstheorie Maslows, nach welcher höhere Bedürfnisse wirksam werden, wenn niedrigere befriedigt sind, ist es wahrscheinlich, dass die meisten Menschen versuchen würden diesen Garten nutzbar zu machen. Ob man diesen nun nutzt um sich darin der Muße hinzugeben, Obst und Gemüse anzubauen oder Rosen zu züchten, ist sehr individuell. Der fruchtbare Boden des Gartens auf dem vielfältiges gedeihen kann, steht metaphorisch für das Grundeinkommen. Höhere Bedürfnisse z.B. nach Zuneigung oder sozialen Kontakten könnten befriedigt werden, weil die existenzielle Basis dafür vorhanden wäre.

Im folgenden Abschnitt soll ein kurzer Exkurs einen Einblick geben, was Menschen unternehmen, wenn ihre Grundbedürfnisse bedingungslos befriedigt werden. Das erste Beispiel ist das Mincome Experiment, welches zwischen 1974-1977 in Dauphin (Manitoba), einer kanadischen Stadt, durchgeführt wurde. Nach Beendigung des Experiments gab es keine Auswertung. Erst im Jahr 2009 gelang es Evelin Forget, Professorin für Gesundheitswissenschaften an der Universität Manitoba, die Forschungsunterlagen zu erhalten und zu analysieren. Die Fakten: In den angegebenen vier Jahren wurde den ärmsten Familien in Dauphin ein bedingungsloses Mindesteinkommen ausgezahlt. Es stand jedem zu, wurde aber als Negative Einkommenssteuer ausgezahlt, wodurch nur diejenigen die unter der Armutsgrenze lagen, auch tatsächlich dieses Einkommen erhielten. Dies betraf somit ungefähr 1000 Familien. Das Ziel der Regierung war, herauszubekommen, wie sich die Arbeitsmotivation verändert, wenn jeder Person ein garantiertes Mindesteinkommen zusteht. Das Ergebnis war, dass nur Mütter mit Neugeborenen und Teenager weniger bzw. gar nicht mehr arbeiteten. Der Grund: Die Mütter wollten länger Zeit mit ihren Babys verbringen und Jugendliche mussten nicht mehr arbeiten, um ihre Familien zu unterstützen und konnten sich so besser auf die Schule konzentrieren. Die Folge war, dass mehr Jugendliche einen Schulabschluss erwarben. Weiterhin konnten alle Versuchspersonen in ihrer Heimat bleiben und mussten nicht wegziehen, um eine Arbeit zu finden. Außerdem mussten die betroffenen Personen nicht jede erstbeste Arbeit annehmen, die sich bot.

Forget brachte viele Fakten, die die Gesundheit betreffen ans Licht. So gingen in diesem Zeitraum die Krankenhausaufenthalte um 8,5% zurück, es gab weniger arbeitsunfallbedingte Krankenhausbesuche, weniger Notfallaufnahmen wegen häuslicher Gewalt oder Autounfällen. Außerdem waren weniger Menschen wegen psychischer Erkrankungen in Behandlung. Forget meint, dass viele Krankheiten Folge von Armut sind und dass bei einem Rückgang dieser Erkrankungen von 8,5% landesweit, Kanada 4 Mio. \$ sparen könnte (vgl. <http://www.bge-portal.de/>).

Ein zweites Beispiel ist neueren Datums. Im Jahr 2008 wurde im namibischen Dorf Otjivero-Omitara ein Projekt zum bedingungslosen Grundeinkommen durchgeführt. Es wurde von der namibischen BIG Koalition geplant und durchgeführt und hauptsächlich über Spenden finanziert. Jeder Bewohner des Dorfes unter 60 Jahren (ab dann Rente) erhielt ein bedingungsloses Grundeinkommen von 100 N\$. Die Auswirkungen waren zuallererst die Verminderung von extremer Armut. So sank der Anteil aller Bewohner, die aufgrund ihrer Armut von Mangelernährung betroffen waren, von 76% auf 37%. Das Untergewicht bei Kindern ging innerhalb von sechs Monaten von 42% auf 10% zurück. Zudem verbesserte sich die Situation von HIV Erkrankten, weil die Menschen Zugang zu Nahrung und Medikamenten bekamen. Auch alle anderen Bewohner konnten sich nun die Klinikgebühren leisten und besuchten daher regelmäßiger einen Arzt. Der Anteil derer, die einer Einkommen schaffenden Tätigkeit nachgingen stieg von 44% auf 55%. Das Grundeinkommen machte es möglich, dass kleinere Gewerbe, wie z.B. Schneider, Bäcker oder Ziegler, entstanden. Der lokale Markt erfuhr einen Aufschwung, kleine Investitionen, wie der Kauf von Nutztieren oder Geflügel, konnten getätigt werden. Zudem sank die Durchschnittverschuldung von 1215 N\$ auf 772 N\$. Bevor die Bewohner über dieses Grundeinkommen verfügten, konnten nur etwa 40% der Kinder die Schule erfolgreich absolvieren, weil sich viele Eltern das Schulgeld nicht leisten konnten. Die Abbruchquoten sind von 40% auf fast 0% gefallen. Allgemein konnte ein Rückgang von Straftaten um 42% festgestellt werden. Dabei ging Viehdiebstahl um 43% und anderer Diebstahl um 20% zurück. Ein weiterer positiver Aspekt war die Minderung der Abhängigkeit der Frauen von Männern und der Zwang, aus ökonomischen Gründen eine sexuelle Beziehung eingehen zu müssen, löste sich auf (vgl. Basic Income Grant Pilot Projekt Forschungsbericht, 2009, S.17ff). Das Projekt konnte trotz der guten Ergebnisse nicht längerfristig durchgeführt werden und ist auch nicht als flächendeckende Maßnahme alternativer Entwicklungshilfe auf der Agenda der jeweiligen Entscheidungsträger festgehalten worden.

Auch wenn vor allem das BIG Projekt in Namibia nicht mit deutschen Verhältnissen vergleichbar ist, zeigen doch beide Beispiele, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse einen starken Einfluss auf individuelle Entscheidungen und persönliches und somit auch gesellschaftliches Wachstum hat. Die Beispiele verdeutlichen, dass ein Grundeinkommen ein sehr gutes Instrument ist, um existenzielle und Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen und darüber hinaus individuelles Wachstum zu ermöglichen. Das scheinbare Argument vieler Grundeinkommenskritiker, der Mensch benötige externen Druck, um aktiv am Arbeitsleben teilzunehmen, verliert durch solche Beispiele an Glaubwürdigkeit.

Externe, finanzielle Anreize sind nicht die einzigen Faktoren, die wichtig sind, damit Menschen tätig werden. Maslow wie auch Fromm gehen davon aus, dass Selbstachtung, Anerkennung und die Freude (Selbstverwirklichung) an der Arbeit ebenfalls wichtige Motive sind. Die Motivation, tätig sein zu wollen drückt sich nicht nur in Erwerbsarbeit aus. Auch anhand bemerkenswerter sportlicher Aktivitäten oder leidenschaftlich betriebener Hobbies wird deutlich, dass intrinsische Motivation ausschlaggebend für die Perfektionierung von Fähigkeiten ist. Ist der Mensch im Gegenteil über eine längere Zeit nicht tätig, leidet er unter dem, was Fromm „Trägheit als Krankheit“ nennt (vgl. Fromm, 1966, S.311f).

Im letzten Abschnitt dieses Kapitels sollen die beiden Wachstumsbedürfnisse nach Maslow, bezogen auf die Auswirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens, beleuchtet werden. Das Selbstwertgefühl, die Anerkennung durch andere und das sich Selbstverwirklichen wird sehr oft von der durchgeführten Tätigkeit einer Person bestimmt. Stimmt die Tätigkeit mit den Fähigkeiten der Person überein, kann die Tätigkeit erfolgreich durchgeführt werden und entsteht eine Identifikation mit der Tätigkeit. Unter anderem sind diese Faktoren, bezogen auf Arbeit, für die Befriedigung der Wachstumsbedürfnisse bedeutsam. Deswegen soll der Frage nachgegangen werden, wie Arbeit, oder allgemeiner ausgedrückt, Tätigkeiten gestaltet sein sollten, damit diese Bedürfnisbefriedigung gelingt. Welche Bedeutung könnte dabei ein bedingungsloses Grundeinkommen einnehmen?

Um die Wachstumsbedürfnisse zu befriedigen, muss der Mensch nach Maslow seine Fähigkeiten und Talente erkennen und umsetzen können. Er muss seiner inneren Natur gerecht werden. „Das Grundeinkommen ermutigt Jugendliche dazu, ihren Neigungen zu folgen und herauszufinden, wofür sie sich interessieren. Herauszufinden, was der Einzelne will, wird zur Maxime“ (Liebermann, 2010, S.30). Diese Fähigkeiten können in einer Erwerbsarbeit aber auch in vielen anderen Lebensbezügen, wie in der Familie, dem sozialen Umfeld und im Ehrenamt ihren Ausdruck finden.

Ein Grundeinkommen würde Erwerbsarbeit und andere Tätigkeiten von ihrer Bewertung her gleichsetzen (vgl. ebd., S.30). Tätigkeiten, die freiwillig durchgeführt werden, also intrinsisch motiviert sind, tragen sehr stark zur Lebenszufriedenheit bei. Studien des Sozio-ökonomischen Panels zeigten die Korrelation zwischen ehrenamtlichen Tätigsein und der Lebenszufriedenheit. Demnach sind die Personen am unzufriedensten, die noch nie Freiwilligenarbeit leisteten. Umso regelmäßiger jedoch die Untersuchten ehrenamtlich tätig waren, desto höher war ihre subjektive Zufriedenheit mit dem Leben (vgl. Kopartz, 2012, S. 37). Für die meisten Menschen sind folgende Motive wichtig, damit sie ehrenamtlich arbeiten: die Tätigkeit soll sinnstiftend sein, eine ernst gemeinte Wertschätzung wird erwartet, der Wunsch der Gesellschaft etwas zurückzugeben (vgl. Wehner, 2009, S.9). Wehner nennt den letzten angesprochenen Punkt Generativität und bezieht sich dabei auf Erik H. Erikson. Gemeint ist dabei das häufig bei älteren Menschen zu beobachtende Bedürfnis, der Gesellschaft etwas zurückzugeben, weil man selbst ein gesättigtes Leben führt. Dieses Bedürfnis drückt sich häufig dadurch aus, zukünftigen Generationen einen Dienst zu erweisen. So würde ein Grundeinkommen nicht nur die Möglichkeit bieten, ein Ehrenamt zu bekleiden sondern diesen Wunsch hervorrufen. Psychologisch betrachtet hätten die meisten Menschen durch den Bezug eines Grundeinkommens geradezu den Wunsch z.B. durch ehrenamtliche Tätigkeiten ihren Anteil an der Gesellschaft zu leisten (vgl. ebd., S.10). Ruft man sich Maslows Theorie in Erinnerung, kann festgestellt werden, dass alle Motive, die für ein ehrenamtliches Engagement wichtig sind, auf der Ebene der Wachstumsbedürfnisse angesiedelt sind.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen schafft die Möglichkeit für Muße und Freiraum. Gerade dieses Nichtstun ist nach Forschungen von Psychologen und Neurologen wichtig, um Erlebtes zu verarbeiten, zu rekapitulieren und Wissensschätze miteinander zu verbinden (vgl. Kopartz, 2012, S.36). Andere Gehirnareale sind in Entspannungszuständen aktiver, was u.a. die Kreativität, die Gedächtnisleistung, die Wahrnehmungsfähigkeit und die motorische Koordination verbessert (vgl. ebd.). Eine gesteigerte Wahrnehmungsfähigkeit und Kreativität waren Aspekte, die Maslow unter anderen bei selbstverwirklichenden Menschen beobachten konnte.

Auch Bildung könnte im Zuge eines bedingungslosen Grundeinkommens wieder in einem anderen Licht erscheinen. Bildung wäre nicht mehr nur noch darauf ausgerichtet, gute Noten zu bekommen oder für den Arbeitsmarkt gewappnet zu sein. Vielmehr wäre Bildung „Persönlichkeitsbildung durch Hingabe an eine Sache, Bildung einer Haltung zur Welt, Bildung als Ausdruck einer Weltaneignung im Allgemeinen“ (Liebermann, 2010, S. 30).

Die Qualität dieser Art von Bildung würde wesentlich dazu beitragen, die Persönlichkeit zu entwickeln und zu erkennen, was für den persönlichen Lebensweg wirklich wichtig ist. Zudem ist Bildung ein wichtiger Faktor, um glücklich zu werden: „Wer in Bildung investiert, neugierig und lernbereit ist, wird immer wieder Zufriedenheit über neue Erkenntnisse verspüren“ (Kopatz, 2012, S. 39). Dieser Bildungsbegriff ist nicht dadurch definiert, dass eine Tätigkeit durchgeführt wird, um später daraus einen Vorteil zu ziehen. Tätigkeiten werden vielmehr um ihrer selbst Willen durchgeführt, weil die ganze Persönlichkeit und die innewohnenden Fähigkeiten zur Geltung kommen. Maslow beschreibt diese innere Haltung mit dem Begriff der Selbstverwirklichung, welche zu psychischer Gesundheit und allgemeinem Wohlbefinden führt. In einem Interview mit der Schweizer Zeitung „Der Bund“ kritisiert auch der Neurobiologe Gerald Hüther den einseitig am Arbeitsmarkt orientierten Bildungsbegriff. Er plädiert dafür, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, an denen Mitarbeiter ihre Talente entfalten und über sich hinauswachsen können. Auch die Erziehung der Kinder sollte sich daran orientieren eine eigenständige Persönlichkeit zu entwickeln, die sich die Fragen stellt, „Was will ich?“ und „Was kann ich in dieser Gesellschaft bewegen?“. „Eltern [sollten] ihren Kindern erlauben, eigene Wege zu gehen, statt vor lauter Ängstlichkeit darauf zu beharren, dass sie etwas Rechtes lernen, sprich: sich frühzeitig in ein Berufsschema zwingen lassen“ (<http://blog.derbund.ch/berufung/index.php/1892/die-zeit-der-einzelkämpfer-ist-vorbei/>). Bildungstätigkeiten, wie auch andere Tätigkeiten, sollen aus eigener Überzeugung heraus erfolgen und damit zur Steigerung des Wohlbefindens und der Zufriedenheit beitragen.

Tätigkeiten, die zum subjektiven Wohlbefinden von Menschen beitragen hat Mihaly Csikszentmihaly als Flow-Aktivitäten bezeichnet. Diese sind „im Wesentlichen dadurch gekennzeichnet, (1) dass es sich um herausfordernde Tätigkeiten handelt, für die man besondere Geschicklichkeit braucht, (2) die Aufmerksamkeit vollständig von dieser Tätigkeit gefesselt wird, (3) die Ziele deutlich umrissen sind und eine unmittelbare Rückmeldung erfolgt, (4) man alle unangenehmen Aspekte des Lebens vergessen kann, (5) man voll in dieser Tätigkeit aufgeht und (6) die Zeit dabei vergisst“ (vgl. Csikszentmihaly, 2005, S.73-101, zit. nach Ruckriegel, 2008, S.11). Weiter geht Csikszentmihaly davon aus, dass diese Flow Erfahrungen in verschiedenen Bereichen (Arbeit, Familie, Umfeld) gemacht werden müssen, um wirklich glücklich zu werden (vgl. ebd., S.11). Auch dieser Ansatz spricht für ein Grundeinkommen, da jeder Mensch selbst ergründen könnte, welche Tätigkeiten diese Flow-Erlebnisse bei ihm auslösen. Außerdem würde das Grundeinkommen die Voraussetzung dafür schaffen, dass der Mensch die Möglichkeit hat, den geeigneten Mix für sich herauszufinden.

Das Menschen gerade diesen Mix aus verschiedenen Tätigkeiten in Anspruch nehmen würden, lässt sich wiederum an den Ergebnissen der Studie der ETH Zürich ablesen. Gegenwärtig, so scheint es, ist dies aber nicht möglich. Statistiken belegen, dass jeder zehnte Erwerbstätige mehr als 48h/Woche arbeitet und sich insgesamt 2,5 Mrd. Überstunden im Jahr anhäufen (vgl. Kopatz, 2012, S.5). Das Verhältnis von Arbeit und "Leben", die sogenannte Work-Life-Balance scheint für viele Erwerbstätige nicht befriedigend. Eine OECD Studie ergab, dass 75% aller Erwerbstätigen in den OECD Ländern unzufrieden mit dem Verhältnis Arbeit-"Leben" sind, in Deutschland waren es 66% (vgl. ebd., S. 33). Nach Erkenntnissen der Arbeits- und Organisationspsychologie müsste „Arbeit so kurz und bequem wie möglich und [...] so menschenwürdig und reichhaltig wie möglich [gestaltet sein]“ (Wehner, 2009, S.8). Da Gesundheit einen wesentlichen Anteil am subjektiven Wohlbefinden hält, ist die Verringerung der Arbeitszeit ein wichtiger Aspekt der berücksichtigt werden sollte. Eine Studie des Kölner ISO-Instituts verdeutlichte, dass Arbeitnehmer, die über 40 Stunden/Woche arbeiten, wesentlich öfter über Kopf-, Magen-, Rückenschmerzen, Schlafstörungen, Erschöpfungszuständen oder Herz- Kreislaufproblemen klagen, als Personen die weniger arbeiten. Alle diese Beschwerden nehmen in ihrer Häufigkeit bereits ab der 15. Wochenstunde zu (vgl. Kopatz, 2012, S. 40). Ein Grundeinkommen könnte, im Falle, dass Arbeitnehmer ihr Arbeitspensum, zugunsten anderer Tätigkeiten, verringern, die finanziellen Einbußen ausgleichen. Durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden, könnte Arbeitslosigkeit theoretisch aufgehoben werden (vgl. ebd., S.9). Zusätzlich würden alle Arbeitnehmer davon profitieren, da sie durch die verkürzte Arbeitszeit zufriedener und durch die Verringerung von Stress gesünder wären. Durch entspannteres Arbeiten ist die Wahrscheinlichkeit, dass Fehler vermieden werden höher und der Umgang mit Kunden verbessert sich mit Sicherheit ebenfalls durch einen zufriedeneren Arbeitnehmer. Schätzungen zufolge würde allein diese Maßnahme das BIP um 250 Mrd. und die Produktivität pro Arbeitsstunde um 1,6% steigen (vgl. ebd., S.35).

Das Grundeinkommen stärkt die Verhandlungsmacht des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber. Ist die Arbeitsstelle nicht mit den weiteren Bereichen des Lebens zu vereinbaren, muss entweder der Arbeitgeber für bessere Arbeitsbedingungen sorgen oder der Arbeitnehmer sucht sich einen Arbeitsplatz, der sich mit seinen Lebensbedingungen vereinbaren lässt. Das Grundeinkommen schafft auch hier nur die Grundlage, sich zugunsten anderer Tätigkeiten zu entscheiden. Ob man sich nun für ein hohes Einkommen und Statussicherheit oder Freiheit entscheidet, bliebe jedem selbst überlassen (vgl. Liebermann, 2010, S. 31).

Kann man die eigene Tätigkeit frei wählen und so gestalten wie man möchte, erscheint Arbeit nicht mehr als Zwang, sondern wird zur Tätigkeit. „Es scheint weniger Widerspruch zwischen der ernstesten Stimme der Pflicht und dem fröhlichen Aufruf zur Freude zu bestehen, als wir dachten. Auf dem höchsten Niveau des Lebens, das heißt des Seins, ist Pflicht Freude, man liebt die eigene „Arbeit“, und es gibt keinen Unterschied zwischen Arbeit und Urlaub“ (Maslow, 2010, S.132).

### **4.3. Erkenntnisse der Glücksforschung und Grundeinkommen**

Im letzten Abschnitt wurde die Relevanz eines bedingungslosen Grundeinkommens bezüglich der Theorie der Bedürfnisbefriedigung nach Maslow dargestellt. In diesem Kapitel sollen, ergänzend dazu, einige Erkenntnisse der modernen Glücksforschung das Blickfeld erweitern. Die interdisziplinäre Glücksforschung beschäftigt sich mit dem subjektiven Wohlbefinden von Menschen. Dieses subjektive Wohlbefinden wird in zwei Kategorien eingeteilt. Zum einen in das emotionale Wohlbefinden, was sich auf momentane Gefühle des Glücklichseins bezieht. Zum anderen wird das kognitive Wohlbefinden, welches sich auf eine kontinuierliche Lebenszufriedenheit bezieht, benannt. Generell weisen die Ergebnisse der Glücksforschung darauf hin, dass das subjektive Wohlbefinden relativ wenig von materiellen Rahmenbedingungen, also z.B. vom Einkommen abhängt, sobald die Existenz gesichert ist (vgl. Ruckriegel, 2012, S. 68ff). Die Faktoren, die zu einem erfüllten Leben beitragen, sind eher nicht- materieller Natur. Diese sogenannten „Glücksfaktoren“ sind: (1) gelingende soziale Beziehungen, (2) körperliche, geistige und seelische Gesundheit, (3) befriedigende Tätigkeiten (Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit), (4) persönliche Freiheit, (5) die Suche nach einem persönlichen Lebenssinn und (6) die Mittel zur Befriedigung existenzieller Grundbedürfnisse (vgl. ebd., S. 73f). Hier können Gemeinsamkeiten mit der Theorie Maslows festgestellt werden. Die Befriedigung der Grundbedürfnisse ist elementar, um subjektive Lebenszufriedenheit zu erfahren und höhere Bedürfnisse anzustreben. Die Bedeutung eines Grundeinkommens in diesem Zusammenhang wurde bereits herausgestellt (s. Kap. 4.2.3.). Persönliche Freiheit bedeutet Entscheidungsfreiheit. Jean Jacques Rousseau beschrieb dies treffend, als er sagte: „Die Freiheit des Menschen liegt nicht darin, dass er tun kann, was er will, sondern dass er nicht tun muss, was er nicht will“ (vgl. <http://www.aphorismen.de/zitat/15170>).

Die emanzipatorische Wirkung eines Grundeinkommens bezüglich der Wahl der Tätigkeit und die damit gewonnene Sicherheit, wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls erörtert (s. Kap. 3.3.2. und 4.2.3.). Auch die weiteren „Glücksfaktoren“, die zu subjektiven Wohlbefinden beitragen und die Relevanz eines Grundeinkommens in diesem Zusammenhang, wurden in Kapitel 4.2.3. erwähnt. Vor allem das Streben nach persönlicher Sinnsuche, was Maslow als Selbstverwirklichung bezeichnet, und die positive Wirkung auf das psychische Wohlbefinden, wurden in Kapitel 4.2.3. erörtert.

Die „Kommission zur Messung wirtschaftlicher Leistung und sozialen Fortschritts“, auch als Stiglitz-Kommission bekannt, unter der Leitung von Jean Paul Fitoussie und den beiden früheren Nobelpreisträgern Amartya Sen und Joseph Stiglitz wurde 2008 gegründet. Das Ziel war es, neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), welches die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft beschreibt, alternative Kennzahlen zu benennen, die für die soziale Entwicklung von Bedeutung sind (vgl. [http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/kommissionsmaterialien/M\\_02\\_-\\_neu-Stiglitz-Bericht-Zusammenfassung.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/kommissionsmaterialien/M_02_-_neu-Stiglitz-Bericht-Zusammenfassung.pdf), S.1). Das BIP lasse keine genaue Beurteilung für die Entwicklung des gesellschaftlichen Wohlergehens zu, da wichtige Kriterien nicht in die Berechnung einfließen. Ungleiche Verteilung von Einkommen stellen in einer Pro-Kopf-Darstellung z.B. nicht die tatsächlichen Verhältnisse der Mehrheit dar. Auch finden Faktoren, die zwar für das Wirtschaftswachstum relevant sind, aber für die Lebensqualität der Menschen nicht zuträglich sind, keine Beachtung. Durch Autounfälle steigt das BIP beispielsweise durch Reparaturen, Neuanschaffungen und medizinische Versorgung. Die Einschränkungen und die verlorene Lebensqualität der Unfallopfer haben hingegen keinen Einfluss auf das BIP. Wirtschaftliche Aktivitäten, die zur Umweltverschmutzung und zum Klimawandel beitragen, erhöhen das BIP, nicht aber die Lebensqualität der Menschen. Aspekte also, die unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit bedeutend sind, werden im BIP nicht berücksichtigt (vgl., ebd., S.2f). Die Stiglitz-Kommission hat auf Basis vielfältiger Forschungen mehrere Faktoren benannt, die auf das Wohlergehen der Menschen Einfluss haben: „(1) materieller Lebensstandard (Einkommen, Konsum, Vermögen), (2) Gesundheit, (3) Bildung, (4) persönliche Aktivitäten einschließlich Arbeit, (5) politische Mitsprache, Führungs- und Kontrollstrukturen, (6) Soziale Bindungen und Beziehungen, (7) Umwelt (aktuelle und künftige Bedingungen), (8) Unsicherheit, sowohl wirtschaftlicher als auch physischer Art“ (ebd. S.10). Bei der Betrachtung der Faktoren fällt auf, dass einige der Glücksfaktoren wie ein gesicherter materieller Lebensstandard, Sicherheit, soziale Beziehungen, erfüllende Tätigkeiten oder Gesundheit, ebenfalls wichtige Aspekte in

Maslows Theorie sind. „Was wirklich zählt, sind die Lebenschancen der Menschen, also der Umfang der ihnen offenstehenden Möglichkeiten und Chancen und ihre Freiheit, daraus die geeigneten Möglichkeiten zu wählen, um das Leben zu führen, das sie anstreben“ (ebd. S.10). Die Stiglitz-Kommission schlug abschließend vor, politische Entscheidungen nicht mehr vom wirtschaftlichen Wachstum abhängig zu machen. Stattdessen sollen Faktoren wie ökologische Nachhaltigkeit, objektive Lebensqualität, subjektives Wohlbefinden und die gerechten Verteilung von Einkommen, Vermögen und Konsum berücksichtigt werden (vgl. Ruckriegel, 2012, S. 90). Der Ökonom und Fortschrittsforscher Stefan Bergheim gibt ebenfalls die Erkenntnisse seiner Glücksforschung an die Politik weiter. Bergheim empfiehlt, die „Glücksbringende Nutzung der Zeit zu fördern, [weil] die Menschen dazu tendieren, zuviel zu arbeiten, da sie den Einfluss des Einkommens auf ihre Zufriedenheit überschätzen“ (Bergheim, 2006, S. 9, zit. nach Ruckriegel, 2007, S.15). Weiterhin betont Bergheim die „Stärkung der Zivilgesellschaft und [die] Förderung der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, [sowie] das Zusammensein mit Freunden und der Familie“ als Bedingungen für ein zufriedenes Leben (ebd. S. 15). Das bedingungslose Grundeinkommen schafft die nötige finanzielle Basis um die Existenz zu sichern und am kulturellen Leben teilzuhaben. Aufgrund dieser Basis und der Sicherheit, fortwährend ein Anrecht darauf zu besitzen, entstehen Entscheidungsspielräume, das zu tun, was sinnstiftend ist und Lebenszufriedenheit hervorruft.

In Kapitel 3.3.1. wurde bereits das Thema soziale Gerechtigkeit behandelt. Es wurden verschiedene Aspekte einer gerechten Verteilung des Einkommens und des Vermögens betrachtet. Auch die Bedeutung eines Grundeinkommens bezüglich dieser gerechten Verteilung wurde diskutiert. Im Folgenden soll die Thematik der Verteilungsgerechtigkeit noch einmal aus einer anderen Perspektive beleuchtet werden. Die Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett haben in ihrem Buch „Gleichheit ist Glück“ den Nachweis erbracht, dass Gesellschaften umso glücklicher, friedvoller und gesünder sind, je gleicher die wirtschaftlichen Ressourcen verteilt sind. Nicht der gesamtgesellschaftliche Reichtum bzw. das durchschnittliche Wohlstandsniveau, sondern der Abstand im Reichtum zwischen den oberen und unteren 20 Prozent einer Bevölkerung ist für eine Vielzahl gesellschaftlicher Phänomene entscheidend. Um die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, ist es von entscheidender Bedeutung, vom Zwang des Wirtschaftswachstums abzurücken und mehr Wert auf das psychische und soziale Wohlbefinden der Bürger zu legen (vgl. Wilkinson/Pickett, 2010, S. 18).

Obwohl der Wohlstand in den westlichen Industrienationen im Laufe ihrer Entwicklung ständig zugenommen hat, kann ab einem gewissen Entwicklungsgrad kein Zugewinn an Lebensqualität festgestellt werden. Im Gegenteil nahmen psychische Krankheiten wie Ängste und Depression trotz Wirtschaftswachstums zu (vgl. ebd., S.20). Während bei steigendem Wohlstand Armutskrankheiten wie Tuberkulose, Cholera oder Masern verschwinden, nehmen mit der Zeit Wohlstandskrankheiten wie Krebs, Herz- Kreislauferkrankungen oder Diabetes zu (vgl. ebd., S. 24). Die Zunahme an Wohlstand ist in armen Ländern sehr bedeutend, was an der Lebenserwartung und am subjektiven Wohlbefinden zu erkennen ist. Ab einem Durchschnittseinkommen von ca. 25.000 \$ pro Jahr steigt jedoch weder die durchschnittliche Lebenserwartung bzw. die Gesundheit, noch die Anzahl der Menschen die ihr Leben als glücklich bezeichnen. Vergleicht man beispielsweise Länder wie Neuseeland oder Griechenland (ca. 25.000 \$ Durchschnittseinkommen) mit den USA oder Norwegen (ca. 40.000 \$), können keine signifikanten Unterschiede bezüglich der Lebenserwartung beobachtet werden. Sogar in Ländern wie Costa Rica oder Cuba (ca. 10.000 \$) hat die Bevölkerung eine ähnlich hohe Lebenserwartung wie in den vorher genannten Nationen (vgl. ebd., S. 20ff). Die Unterschiede des Durchschnittseinkommens zwischen den Industrienationen ist nicht entscheidend, wohl aber die Unterschiede in der jeweiligen Gesellschaft. Hier kann ein klarer Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens und beispielsweise der Sterbeziffer erkannt werden (vgl. ebd., S. 26f). Dass das subjektive Wohlbefinden mit dem Anstieg des materiellen Wohlstands nicht zunimmt, hat Richard Easterline bereits 1974 erforscht (vgl. Ruckriegel, 2012, S. 83f). In der interdisziplinären Glücksforschung wird diese Erkenntnis daher „Easterline – Paradoxon“ genannt. Nach Easterline ist ein wichtiger Grund für diese Zusammenhänge die Anpassung der Ansprüche bei steigendem Einkommen. Das gestiegene Einkommen wird schnell als normal angesehen, sodass sich auch die Kriterien für ein Glücksempfinden verändern. Zuvor empfundene Momente, die Zufriedenheit hervorriefen, werden durch neue Ansprüche nicht mehr im gleichen Maße wertgeschätzt. Dan Ariely beschrieb diesen Zustand mit dem Gleichnis der „hedonistischen Treitmühle“. Als weiteren wichtigen Faktor nennt Easterline, vorausgesetzt die Existenz ist gesichert, das relative Einkommen im Vergleich zu anderen. Steigt das Einkommen insgesamt, steigt nur die soziale Norm, Unterschiede sind weiterhin vorhanden und die Zufriedenheit erhöht sich nicht (vgl. ebd., S. 83f).

Wilkinson und Pickett untersuchten diese Einkommensunterschiede in 23 Industrienationen. Dabei wurden jeweils die Einkommensunterschiede der untersten und obersten 20 Prozent der Bevölkerung gemessen.

Die geringsten Unterschiede existieren in Japan und den skandinavischen Ländern, in welchen die oberen 20% ca. vier Mal soviel besitzen wie die unteren 20%. Die größten Unterschiede wurden in Ländern wie England, Portugal, vor allem aber in den USA und Singapur gemessen. In diesen Ländern ist das Einkommen der oberen 20% 8-9 Mal so hoch, wie das der unteren 20%. Deutschland befindet sich bei diesem Vergleich im oberen Mittelfeld (vgl. Wilkinson/Pickett, 2010, S. 29ff). In einem weiteren Schritt wurden international vergleichbare Daten zu gesundheitlichen und anderen gesellschaftlichen Problemen in einem Index zusammengeführt. Jeder der nachfolgend aufgeführten Punkte wurde in diesem Index gleich gewichtet: „Niveau des Vertrauens, psychische Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit, Fettleibigkeit, schulische Leistungen der Kinder, Teenager- Schwangerschaften, Selbstmorde, Zahl der Gefängnisstrafen, soziale Mobilität“ (ebd. S. 33). Die Ergebnisse der Untersuchungen ergaben, dass im internationalen Vergleich die Länder am wenigsten von den angesprochenen Problemen betroffen sind, in denen die Ungleichverteilung des Einkommens weniger stark ist (Japan, Skandinavien). In Ländern, in denen eine große Ungleichverteilung des Einkommens existiert, treten die Probleme signifikant öfter auf (Großbritannien, Portugal, USA). Untersuchungen, in denen die einzelnen Bundesstaaten der USA verglichen wurden, ergaben ähnliche Ergebnisse. Die gesundheitlichen und sozialen Probleme wurden am häufigsten in den benachteiligten Bevölkerungsschichten beobachtet, aber auch gesamtgesellschaftlich sind Länder mit großer Einkommensungleichheit von diesen Problemen stärker betroffen (vgl. ebd., S. 34ff). Ein Erklärungsansatz für diese Befunde ist der soziale Vergleich. Im sozialen Vergleich stellt jedes Individuum eine Beziehung bezüglich des sozialen Status her. Aufgrund eines oft empfundenen Zwanges mit dem gewünschten sozialen Umfeld auf materieller Ebene mithalten zu müssen, können Folgen des sozialen Vergleichs im Falle des Scheiterns Gefühle wie Neid, Scham und Minderwertigkeit nach sich ziehen. All diese Phänomene nahmen in den letzten Jahrzehnten zu. Als Ursache wird von Wilkinson/Pickett der steigende Bewertungsdruck gesehen. Die meisten Menschen neigen in den verschiedensten Situationen dazu, sich mit anderen zu vergleichen und haben Angst vor negativen Bewertungen (vgl. ebd. S. 28, 40, 48ff). Der steigende Konkurrenzdruck innerhalb einer Gesellschaft verstärkt zudem Narzissmus und Egoismus. Das Vertrauen unter den Menschen geht verloren und sozialen Beziehungen wird ein Kosten – Nutzen - Prinzip zugrunde gelegt (vgl. ebd., S. 59). Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Solidarität schwinden in ungleichen Gesellschaften und Diskriminierungen z.B. in Form von Rassismus oder Sexismus nehmen zu (vgl. ebd., S. 68ff).

Weiterhin konnten Wilkinson und Pickett feststellen, dass bei zunehmender Gleichverteilung der Einkommen die soziale Stellung der Frau steigt. Dieser Zusammenhang wurde anhand von Faktoren wie dem politischen Engagement, dem Beschäftigungs- und Einkommensniveau und der wirtschaftlichen Selbständigkeit belegt. In Ländern, in denen das Einkommen gleicher verteilt ist, haben Frauen öfter einen Universitätsabschluss und sind häufiger in Parlamenten vertreten (vgl. ebd., S.76).

Wilkinson und Pickett untersuchten jedes einzelne der angesprochen gesundheitlichen oder sozialen Probleme und beobachteten bei jedem einzelnen Problem die starke Korrelation zwischen der Ungleichverteilung des Einkommens und dem Auftreten dieser Probleme. Nachfolgend sollen die Aspekte Gesundheit und Chancengleichheit genauer beleuchtet werden.

Das Entstehen von psychischen Erkrankungen, wie Depressionen, Angstzuständen, Persönlichkeitsstörungen oder Suchterkrankungen führen Wilkinson und Pickett auf das bereits angesprochene Phänomen der Statusangst zurück. Menschen, die über wenig materiellen Besitz verfügen, vergleichen sich mit Personen, die finanziell bessergestellt sind. Wie oben beschrieben können aus diesen Vergleichen Gefühle wie Neid oder Minderwertigkeit entstehen. Viele Menschen versuchen mitzuhalten um nicht den Anschluss zu verlieren. Aus diesem Grund versuchen viele Menschen so viel wie möglich zu arbeiten, um mehr Einkommen zu erzielen. Dadurch wird viel Zeit in die Erwerbsarbeit investiert, die zu Lasten der Zeit geht, die die Menschen mit der Familie, Freunden oder Bekannten verbringen können (vgl. ebd., S. 88f). Die Bedeutung gelingender sozialer Beziehungen für das subjektive Wohlbefinden und die psychische Gesundheit wurde vielfach in Kapitel 4 thematisiert. Das psychische Wohlbefinden und ein geringer sozialer Status haben ebenfalls Auswirkungen auf die körperliche Gesundheit, wie Wilkinson und Pickett in ihrer Forschung hervorheben. Dieser Zusammenhang wurde aber nicht nur in Bezug auf die untersten Bevölkerungsgruppen deutlich: „In Gesundheitsfragen besteht ein soziales Gefälle, das auf jeder Stufe deutlich wird, von ganz unten bis ganz oben. Wo immer wir in der Hierarchie stehen: Die über uns sind gesünder, die unter uns sind kränker“ (ebd., S.95). Die gerechtere Verteilung der Einkommen käme „[...] der gesamten Gesellschaft zugute: Alle wären gesünder, nicht nur die am untersten Ende der Stufenleiter“ (ebd. S. 104). Auch der Zusammenhang zwischen sozialer Integration bzw. der Qualität sozialer Beziehungen und der Gesundheit wird von Wilkinson und Pickett beschrieben. Faktoren wie gute familiäre Beziehungen, Freunde oder die Einbindung in Vereinen oder religiösen Gemeinden, sind bedeutend für die Lebenserwartung oder den Verlauf der Rekonvaleszenz

bei Erkrankungen oder Unfällen. Auch die Selbstmordraten sind von der Qualität der sozialen Beziehungen in einer Gesellschaft abhängig (vgl. ebd., S. 95f). Im Verlauf dieser Arbeit wurde bereits deutlich, dass die soziale Integration und die Qualität der Beziehungen sehr stark vom sozialen Status und von finanziellen Voraussetzungen abhängig sind. Abschließend sollen einige eindrucksvolle Beispiele den Zusammenhang zwischen der Einkommensverteilung und der Gesundheit der Menschen innerhalb einer Gesellschaft verdeutlichen. „Die Säuglingssterblichkeit im ersten Lebensjahr ist in den USA doppelt so hoch wie in Japan, die durchschnittliche Lebenserwartung in den USA liegt drei Jahre niedriger als in Schweden“ (ebd. S. 100). Noch drastischer ist, dass die Wahrscheinlichkeit das 65. Lebensjahr zu erreichen für männliche Schwarze in Harlem niedriger ist, als für Männer in Bangladesh (vgl. ebd., S. 100).

Ein weiteres Beispiel für das Entstehen sozialer Problemlagen bei ungleicher Einkommensverteilung ist die Chancenungleichheit. Wilkinson und Pickett werteten Langzeitstudien aus, die über einen Zeitraum von 30 Jahren durchgeführt wurden (vgl. ebd., S. 185). Sie kamen zu dem Ergebnis, dass in Ländern, in denen die größten Einkommensunterschiede existieren, wie z.B. in Großbritannien oder den USA, die geringsten Chancen bestehen, aus sozial schwachen Milieus gesellschaftlich aufzusteigen. In diesen Ländern ist das Einkommen der Eltern ein wesentlicher Faktor, der über das spätere Einkommen der Kinder entscheidet. In Ländern wie z.B. Norwegen, in denen das Einkommen weniger ungleich verteilt ist, ist dieser Zusammenhang kaum zu beobachten (vgl. ebd., S. 186f). Ein weiterer Aspekt, der auf geringere Chancengleichheit in Ländern mit großen Einkommensunterschieden hinweist, sind die Bildungsausgaben. Wilkinson und Pickett verglichen in diesem Zusammenhang die USA und Norwegen. Während die USA, als Land mit der größten Einkommensungleichheit, nur 68,2% aller Mittel für Schulbildung aus der öffentlichen Hand aufbringt, sind es in Norwegen, dem Land der geringsten Einkommensungleichheit, 97,8% (vgl. ebd., S. 188). Ein weiteres Problem, das von Wilkinson und Pickett erforscht wurde, ist die sozialräumliche Segregation. Je höher die Einkommensungleichheit, desto stärker ist die sozialräumliche Trennung armer und reicher Bevölkerungsschichten zu erkennen und umso öfter entstehen Wohngebiete, in denen mehrheitlich sozial benachteiligte Menschen leben. Die Vernachlässigung der Infrastruktur, die schlechte Ausgestaltung der Schulen und das Entstehen von Bandenkriminalität potenzieren die soziale Segregation zusätzlich (vgl. ebd., S. 188f).

In Ländern, in denen die Einkommensverteilung besonders groß ist, ist zudem die soziale Abgrenzung zu anderen Gesellschaftsschichten (Distinktion) stärker ausgeprägt, als in Nationen, in denen das Einkommen gleicher verteilt ist. Finanziell besser gestellte Schichten versuchen sich anhand ihres Konversationsstils, ihrer Kleidung oder ihrer kulturellen Vorlieben von finanziell schwächeren Schichten abzugrenzen. Bourdieu nannte dieses Phänomen „symbolische Gewalt“, was aber auch in Form von Vorurteilen und Diskriminierungen gegenüber sozial benachteiligten Personen zum Ausdruck kommen kann (vgl. ebd., S. 190). Diese Diskriminierungen gegenüber sozial Schwächeren, sind in jeder sozialen Schicht zu beobachten, was durch das Sprichwort „Nach oben buckeln und nach unten treten“ treffend beschrieben werden kann (vgl. ebd., S. 193).

Die angesprochenen gesellschaftlichen Probleme treten umso stärker in Erscheinung, je ungleicher die Einkommen in einem Land verteilt sind. Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde durch die gesamtgesellschaftlichen finanziellen Ressourcen finanziert werden. Diese Ressourcen in Form von Vermögen und Einkommen sind, wie in Kapitel 3.3.1. dargestellt, sehr ungleich verteilt. Es wäre sinnvoll, wenn sich die Personengruppen, die über den Großteil der finanziellen Ressourcen verfügen, in einem größeren Umfang an der Finanzierung eines Grundeinkommens beteiligten, als finanziell benachteiligte Personengruppen. Das Grundeinkommen wäre somit ein Instrument der Ressourcenverteilung von „Oben“ nach „Unten“. Durch ein Grundeinkommen würden also die Ressourcen gleicher verteilt werden, was nach Wilkinson und Pickett die angesprochenen Problemlagen verringern oder verschwinden lassen würde.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen böte das Potenzial, die existierenden Arbeitsplätze gleichmäßiger auf alle erwerbsfähigen Personen aufzuteilen. Arbeitnehmer, die momentan zu viel arbeiten, könnten Teilzeit arbeiten. Die positiven Auswirkungen von Arbeitszeitreduzierung auf Gesundheit und soziale Beziehungen wurden bereits erwähnt. Die frei gewordenen Arbeitsplätze könnten von arbeitslosen oder unterbeschäftigten Personen besetzt werden und diese könnten ein Einkommen generieren. Ein Grundeinkommen könnte also auch auf dieser Ebene indirekt Einfluss auf die Einkommensumverteilung haben. Ein weiterer indirekter Effekt eines Grundeinkommens auf die Einkommensumverteilung könnte dadurch entstehen, dass der Arbeitnehmer eine stärkere Verhandlungsmacht hätte, als das momentan der Fall ist. Gerade im Niedriglohnsektor würden vermutlich die Löhne steigen, da sich ansonsten kaum Arbeitnehmer für diese Arbeiten finden würden.

## 5. Zusammenfassung

Die westlichen Industrienationen sind materiell reiche Gesellschaften. Verschiedene technologische Entwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen verhelfen der Wirtschaft dazu, dass so viele Waren und Dienstleistungen wie niemals zuvor bereit gestellt werden können. In verschiedenen Bereichen existiert sogar eine Überproduktion, führt man sich die Bilder von Millionen von Tonnen weggeworfener Lebensmittel vor Augen (vgl. <http://www.vz-nrw.de/lebensmittelverschwendung>). Obwohl also theoretisch der Alltag aller Menschen nicht mehr von materiellen Mängeln bestimmt sein müsste, ist Armut, und diese nicht nur in den sogenannten Entwicklungsländern, immer noch existent. Wenn es genügend materielle Ressourcen auf der Erde gibt, dass alle Menschen davon in Fülle leben könnten, es aber trotzdem vielfach Armut gibt, so kann als Ursache nur die ungerechte Verteilung der Ressourcen verantwortlich gemacht werden.. In den westlichen Gesellschaften, also auch in Deutschland, benötigen die Menschen ein Einkommen, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Dieses Einkommen ist in einer Arbeitsgesellschaft an abhängiger oder selbständiger Erwerbsarbeit geknüpft. In dieser Diplomarbeit wurde aufgezeigt, dass Erwerbsarbeit für einen bedeutenden Teil der deutschen Bevölkerung nicht vorhanden ist. Für einen weiteren Teil der Bevölkerung ist die Erwerbsarbeit nur in prekärer Form verfügbar. Sowohl Arbeitslosigkeit, als auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben finanzielle Einbußen zur Folge. Diese finanziellen Mängel beeinträchtigen die Befriedigung existenzieller Grundbedürfnisse und die Teilhabe am kulturellen Leben. Nachteile im Bereich der Gesundheit oder der Bildung wurden in dieser Arbeit erörtert. In Deutschland wird versucht, dem Problem der Existenzsicherung durch verschiedene Sozialleistungen entgegenzuwirken. Ob die Höhe von beispielsweise Arbeitslosengeld II existenzsichernd ist, ist umstritten und wird aktuell diskutiert. Ein weiteres Problem erwerbsloser oder prekär beschäftigter Menschen ist das Auftreten von Existenzangst und Unsicherheit. Längere Perioden von Arbeitslosigkeit erschüttern das Selbstvertrauen der Betroffenen immens. Soziale Beziehungen werden negativ beeinflusst, der gesellschaftliche Status schwindet und Zukunftsperspektiven gehen verloren. Die Struktur prekärer Beschäftigungsverhältnisse (befristet, keine Kontinuität, niedrig entlohnt) schafft für Arbeitnehmer in diesen Branchen kein Gefühl dauerhafter Sicherheit. Auch große Teile der Mittelschicht sind von einer permanenten Angst des Verlustes des Arbeitsplatzes betroffen. Die Angst der Erwerbstätigen ist vor allem auch die Abhängigkeit von Arbeitslosengeld II.

Auf der einen Seite erzeugen die finanziellen Einbußen und der Einsatz von abgesparten Vermögen Existenz- und Zukunftssorgen. Andererseits wirkt der Verlust der Autonomie bedrohlich. Sämtliche persönliche Daten, die für die Aufnahme einer Beschäftigung relevant sind, müssen offengelegt werden. Dazu zählen unter anderem Suchterkrankungen oder Schulden. Zumutbare Arbeitsangebote oder Arbeits- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen angenommen werden, auch wenn die Arbeitsbedingungen, wie das Einkommen, der Arbeitsort oder die Art der Beschäftigung, ungünstiger sind als in der letzten Beschäftigung. Eigene Vorstellungen finden nur Berücksichtigung, wenn sie für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit erfolgversprechend sind. Werden die Forderungen des Jobcenters nicht erfüllt, droht die Sanktion der Geldkürzung. Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens und seinen wesentlichen Grundelementen (existenzsichernd, teilhabesichernd, individueller Rechtsanspruch, keine Bedürftigkeitsprüfung, keine verlangten Gegenleistungen), würde die angesprochenen Probleme beheben. Es würde zum einen die Existenz der Bürger in vollem Umfang absichern. Zudem ist das Grundeinkommen ein geeignetes Instrument, um die vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen gerechter zu verteilen. Dies würde nicht nur finanziell benachteiligte Menschen besser stellen. Nachweislich würden alle Mitglieder von einer gerechteren Verteilung profitieren. Zum anderen würde das bedingungslose Grundeinkommen eine Basis schaffen, von der aus der Mensch selbst entscheiden kann, welches Leben er leben möchte. Angst vor der Zukunft oder vor einem Verlust des Arbeitsplatzes, würden, zumindest wenn diesen materielle Existenzängste zugrunde liegen, die Menschen nicht mehr belasten.

Aus der Perspektive der Theorie der Bedürfnisbefriedigung von Abraham Maslow wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen ein geeignetes Instrument, um die grundlegenden physiologischen Bedarfe und die Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen. Da die meisten Menschen, die erwerbslos oder prekär beschäftigt sind, schon die untersten Ebenen der Bedürfnisse nicht ausreichend befriedigen können, böte ein Grundeinkommen gerade für diese Personen eine gesellschaftliche Besserstellung. Aber auch Personen, die einem Normalarbeitsverhältnis nachgehen, können auf der Basis des Grundeinkommens entscheiden, wie sie ihre Prioritäten im Leben setzen. Diese Menschen könnten aus dem gedanklichen Gefängnis, das eventuell die Erwerbsarbeit erschaffen hat, ausbrechen und sich neu orientieren. Mögliche neue Betätigungsfelder, die nach Erkenntnissen der Glücksforschung aber auch nach Maslow ein Zugewinn an Lebensqualität brächten, wären z.B. ehrenamtliche Tätigkeiten. Aber auch mehr Zeit mit der Familie, dem Freundeskreis oder der Nachbarschaft zu verbringen, hebt das subjektive Wohlbefinden.

Nach Maslow ist es aber vor allem die Selbstverwirklichung, die Menschen gesund und glücklich werden lässt. Für die Zufriedenheit ist es also entscheidend seine wahren Talente und Fähigkeiten zu erkennen, auszuleben und zu vervollkommen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist das Fundament, auf dem der Architekt frei entscheiden kann wie das Haus gebaut werden soll.

Nach den Erkenntnissen Maslows aber auch vielen Wissenschaftlern der interdisziplinären Glücksforschung erlebt der Mensch vor allem dann Zufriedenheit und Glück, wenn er gelingende Beziehungen führen kann, gesund ist und einer oder mehreren sinnstiftenden Tätigkeiten nachgehen kann. Maslow bezeichnete die höchste Ebene innerhalb seiner Theorie als Selbstverwirklichung. Ab einem gewissen Niveau spielen materielle Bedürfnisse für das persönliche Wohlbefinden nur noch eine untergeordnete Rolle. Für was sich ein Mensch persönlich entscheidet, liegt nicht in der Hand des Grundeinkommens. Wichtig ist, dass er sich überhaupt entscheiden kann und das wiederum ermöglicht ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist kein Allheilmittel für alle Probleme der Gesellschaft. Soziale Dienstleistungen und Bildungskonzepte müssen weiterhin hinterfragt und weiterentwickelt werden. Globale Verhältnisse und ökologische Fragen sollten bei der Entwicklung eines Modells des Grundeinkommens ebenfalls Beachtung finden. Das bedingungslose Grundeinkommen ist vor allem aber auch ein Paradigmenwechsel und braucht somit Zeit, um im Bewusstsein der Menschen Platz zu finden. Dass die Bedeutung der Erwerbsarbeit nicht für alle Ewigkeit zementiert ist und ein Umdenken durchaus möglich ist, wird an der Veränderung der Bewertung von Arbeit über die verschiedenen Epochen hinweg deutlich. Ein Grundeinkommen kann die Basis schaffen, um politische Teilhabe zu fördern, weil die Bürger über die Muße bzw. Zeit verfügen, um sich über gesellschaftliche Herausforderungen Gedanken zu machen. Gerade aber die politische Teilhabe, z.B. in Form der direkten Demokratie, könnte auch die Voraussetzung sein, damit ein Grundeinkommen vom Volke mit entwickelt und angenommen werden würde. Auf politischer Ebene ist es vor allem die Piratenpartei, die das bedingungslose Grundeinkommen in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 verankert hat. Aber auch viele Mitglieder der Parteien DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen sind Befürworter eines Grundeinkommens. Beide Parteien setzten sich für die Bildung einer Enquete Kommission zum Grundeinkommen ein. Auf internationaler Ebene richtet sich der Fokus auf die Schweiz, welche eine Vorreiterrolle einnehmen könnte. Durch das Instrument der direkten Demokratie wurde 2013 eine Volksinitiative zum bedingungslosen Grundeinkommen mit der nötigen Stimmzahl

zugelassen. In den nächsten Jahren wird es also zu einer diesbezüglichen Volksentscheidung in der Schweiz kommen. Wie sich die Schweizer Bevölkerung entscheidet, wird die Zukunft zeigen. Die Diskussion um ein Grundeinkommen wird aber aufgrund der Schweizer Initiative weiterhin an Fahrt gewinnen. Das abschließende Zitat von Arthur Schopenhauer (vgl. <http://www.forum-grundeinkommen.de/grundeinkommen/neue-idee-ersten-phase-belaechelt>) unterstreicht das Vertrauen darauf, dass das bedingungslose Grundeinkommen irgendwann zu einem Meilenstein der menschlichen Entwicklung werden kann:

*Eine neue Idee wird in der ersten Phase belächelt, in der zweiten Phase bekämpft, in der dritten Phase waren alle immer schon begeistert von ihr.*

*(Arthur Schopenhauer)*

## 6. Bibliographie

Abraham, Martin/Hinz, Thomas, 2005, Arbeitsmarktsoziologie, Probleme, Theorien, empirische Befunde, Wiesbaden, VS Verlag/GWV Fachverlage

Allmendinger, Jutta, 2003, Soziale Herkunft, Schule und Kompetenzen, in: Hans Seidel Stiftung (Hrsg.), Politische Studien, Bildung: Standards, Tests, Reformen, Sonderheft 3/2003, 54. Jahrgang, Juli 2003, München, Atwerb Verlag, S. 79-90

Bäcker, Gerhard u.a., 2008, Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Band 1, 4. Auflage, Wiesbaden, VS Verlag

Basic Income Grant Pilot Projekt Forschungsbericht, 2009, Der entscheidende Unterschied. Das Grundeinkommen in Namibia, Rosa Luxemburg Stiftung

Blaschke, Ronald, 2012, Von der Idee des Grundeinkommens zur politischen Bewegung in Europa – Entwicklung und Fragen. in: Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hrsg.), Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung, Hamburg, VSA Verlag

Bohulskyy, Yan/Erlinghagen, Marcel/Scheller, Friedrich, 2011, Arbeitszufriedenheit in Deutschland sinkt langfristig, IAQ Report 2011-03, Universität Duisburg Essen

Bögenhold, Dieter/Fachinger, Uwe, 2012, Neue Selbstständigkeit. Wandel und Differenzierung der Erwerbstätigkeit. in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), WISO Diskurs, Oktober 2012, S. 6-35

Bossard, Evi, 2013, Diversität der Gerechtigkeit. Eine Studie zum Gerechtigkeitsempfinden der Schweizer Bevölkerung in Bezug auf ein bedingungsloses Grundeinkommen., in: Wehner, Theo (Hrsg.), Zürcher Beiträge zur Psychologie der Arbeit, Gerechtigkeitseinstellungen und Positionen zum bedingungslosen Grundeinkommen, Heft 2/2013, Zürich, ETH Zürich, S.5-37

Brautzsch, Hans-Ulrich/Dreschel, Katja/Schultz, Birgit, 2012, Unbezahlte Überstunden in Deutschland, in: Wirtschaft im Wandel, 18. Jg. 10/2012, Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Breig, Ingrid/Leuther Verena, 2007, 50plus und arbeitslos – ohne Arbeit leben lernen?!, Berlin, Frank & Timme

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2013, Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Zeitarbeit in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen, Juli 2013, Nürnberg,

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2013, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht der Bundesagentur für Arbeit, September 2013, Nürnberg

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), 2013, Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn

Butschek, Felix, 2006, Industrialisierung: Ursachen, Verlauf, Konsequenzen, Wien, UTB Verlag

Der Brockhaus in fünfzehn Bänden, 1997, Leipzig – Mannheim, Bertelsmann Verlag

Eberling, Matthias/Henckel Dietrich, 2000, Städtische Zeitstrukturen im Wandel. in: Hildebrandt, Eckart/Linne, Gudrun (Hrsg.), Reflexive Lebensführung: zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit, Berlin, Edition Sigma, S. 231-247

Engels, Friedrich, 1962, Karl Marx Friedrich Engels:Werke Band 20, Dialektik der Natur, Berlin, Dietz Verlag

Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftliche Engagements“, 2002, Bürgerschaftliches Engagement: Auf den Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft, Drucksache 14/8900, Bonn, Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft

Fromm, Erich, 1999, Erich Fromm Gesamtausgabe in Zwölf Bänden, Band V, München, Deutsche Verlagsanstalt und Deutscher Taschenbuch Verlag

Fuchs, Johann/Weber Brigitte, 2008, Stille Reserve und verdeckte Arbeitslosigkeit: Auf der Zuschauertribüne, in IAB Forum, Sprunghöhe: Das Beschäftigungsziel immer fest im Blick, Nr.2 S.14-21

Galuske, Michael, 2002, Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim/München, Juventa Verlag

Glatzer, Wolfgang, 2009, Gefühlte (Un) Gerechtigkeit, Aus Politik und Zeitgeschichte, Soziale Gerechtigkeit, 47/2009, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S.15-20

Gorz, Andre, 2000, Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag

Grau, Andreas, 2010, Befristete Beschäftigung: Jeder elfte Vertrag hat ein Verfallsdatum, STATmagazin Arbeitsmarkt, 03b/2010, S.1-4

Hann, Christopher, 2000, Echte Bauern, Stachanowiten und die Lilien auf dem Felde. Arbeit und Zeit aus sozialanthropologischer Sicht. in: Kocka, Jürgen/Offe, Klaus/Redslob, Beate (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag, S. 23-53

Herbig, Britta/Dragano, Nico/Angerer, Peter, 2013, Gesundheitliche Situation von langzeitarbeitslosen Menschen, Deutsches Ärzteblatt Jg.110 Heft 23-24, S.413-419

Hirt, Rainer, 2008, Neuer Kapitalismus, Subjektivität und Solidarität. in: Bütow, Birgit/Chasse, Karl August/Hirt, Rainer (Hrsg.), Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert: Positionsbestimmungen sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Verlag Barbara Budrich, S.29-42

Jahoda, Marie/Lazarsfeld, Paul F./Zeisel, Hans, 1975, Die Arbeitslosen von Marienthal – Ein soziographischer Versuch, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag

Kirchler, Erich, 1993, Arbeitslosigkeit. Psychologische Skizzen über ein anhaltendes Problem, Göttingen, Hogrefe Verlag für Psychologie

Kocka, Jürgen, 2001, Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit, Aus Politik und Zeitgeschichte, Neue Arbeitswelt, Bandnummer 21, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, S.8-13

Kopatz, Michael, 2012, Arbeit, Glück und Nachhaltigkeit. Warum kürzere Arbeitszeiten Wohlbefinden, Gesundheit, Klimaschutz und Ressourcengerechtigkeit fördern, Wuppertal, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Körner, Thomas/Meinken Holger/Puch Katharina, 2013, Wer sind die ausschließlich geringfügig Beschäftigten? Eine Analyse nach sozialer Lebenslage. in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, Wista Januar 2013, S.42-60

Kurz, Constanze/Rieger Frank, 2013, Arbeitsfrei. Eine Entdeckungsreise zu den Maschinen, die uns ersetzen, München, Riemann Verlag

Krug, Gerhard/Popp, Sandra, 2008, Soziale Herkunft und Bildungsziele von Jugendlichen im Armutsbereich, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), IAB Discussion Paper 42/2008, Nürnberg

Lampert, Thomas/Ziese Thomas, 2005, Armut, soziale Ungleichheit, Gesundheit. Expertise des Robert Koch Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, Robert Koch Institut

Liebermann, Sascha, 2010, Autonomie, Gemeinschaft, Initiative. Zur Bedingtheit eines bedingungslosen Grundeinkommens. Eine soziologische Rekonstruktion, Karlsruhe, KIT Scientific Publishing

Lutz, Ronald/Simon, Titus, 2007, Lehrbuch der Wohnungslosenhilfe. Eine Einführung in Praxis, Positionen und Perspektiven, Weinheim/München, Juventa Verlag

Maltby, John/Day, Liz/Macaskill, Ann, 2011, Differentielle Psychologie, Persönlichkeit und Intelligenz, München, 2. Auflage, Pearson Studium

Maslow, Abraham, 2010, Motivation und Persönlichkeit, Reinbek bei Hamburg, 12. Auflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag

Mehlich, Michael, 2005, Langzeitarbeitslosigkeit – Individuelle Bewältigung im gesellschaftlichen Kontext, Baden-Baden, Nomos Verlag

Netzwerk Grundeinkommen (Hrsg.), 2009, Kleines ABC des bedingungslosen Grundeinkommens, Neu-Ulm, AG SPAK Bücher

Nippel, Wilfried, 2000, Erwerbsarbeit in der Antike. in: Kocka, Jürgen/Offe, Klaus/Redslob, Beate (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag, S. 54-66

Oexle, Otto Gerhard, 2000, Arbeit, Armut, Stand im Mittelalter. in: Kocka, Jürgen/Offe, Klaus/Redslob, Beate (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag, S.67-79

Opielka, Michael/Strengmann-Kuhn, Wolfgang, 2007, Das Solidarische Bürgergeld – Finanz- und sozialpolitische Analyse eines Reformkonzepts. in: Borchard, Michael (Hrsg.), Das Solidarische Bürgergeld. Analysen einer Reformidee, Stuttgart, Lucius & Lucius, S. 13-141

Opielka, Michael u.a., 2009, Grundeinkommen und Werteorientierung. Eine empirische Analyse, Wiesbaden, VS Verlag und GWV Fachverlag

Rätz, Werner/Krampertz, Hardy, 2011, Bedingungsloses Grundeinkommen- woher, wozu und wohin?, Neu-Ulm, AG SPAK Bücher

Rifkin, Jeremy, 1995, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, 3. Auflage, Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag

Ruckriegel, Karlheinz, 2008, Happiness Research (Glücksforschung) – Eine Abkehr vom Materialismus, in: Braun, Michael, Schriftenreihe der Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg, Heft 16/2008, Nürnberg

Ruckriegel, Karlheinz, 2012, Glücksforschung. Erkenntnisse und Konsequenzen für die Zielsetzung der (Wirtschafts-) Politik, in: Sauer, Thomas (Hrsg.), Ökonomie der Nachhaltigkeit. Grundlagen, Indikatoren, Strategien, Marburg, Metropolis Verlag, S. 67-98

Seithe, Mechthild, 2010, Schwarzbuch Soziale Arbeit, Wiesbaden, VS Verlag/GWV Fachverlag

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2004, Wirtschaft und Statistik 09/2004, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), 2011, Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn; Bundeszentrale für politische Bildung

Valtin, Renate, 2008, Soziale Ungleichheit in Deutschland – Zentrale Ergebnisse aus IGLU 2006 und PISA 2006, in: Wernstedt, Rolf/John-Ohnesorg, Marei (Hrsg.), Netzwerk Bildung, Soziale Herkunft entscheidet über Bildungserfolg, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung, S. 12-14

Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe, 2005, Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags., Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag

van Dülmen, Richard, 2000, Arbeit in der frühneuzeitlichen Gesellschaft. Vorläufige Bemerkungen. in: Kocka, Jürgen/Offe, Klaus/Redslob, Beate (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag, S. 80-87

Vobruba, Georg, 2000, Alternativen zur Vollbeschäftigung, Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag

Wehner, Theo, 2009, Die Re-Humanisierung der Gesellschaft, in: Psychoscope Konjunktur und Psyche. Die Krise als Chance?, Reihe 12/2009, Bern, S.8-11

Werner, Götz, 2008, Einkommen für alle, Bergisch Gladbach, Verlagsgruppe Lübbe

Werner, Götz/Eichhorn, Wolfgang/u.a., 2012, Das Grundeinkommen: Geschichtliche Hinweise und Definitionen. in: Werner, Götz/Eichhorn, Wolfgang/Friedrich, Lothar (Hrsg.), Das Grundeinkommen: Würdigung, Wertungen, Wege, Karlsruhe, KIT Scientific Publishing, S. 9-10

Wilkinson, Richard/ Pickett, Kate, 2010, Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für Alle besser sind, 2. Auflage, Berlin, Tolkemitt Verlag

Willke, Gerhard, 1999, Die Zukunft unserer Arbeit, Frankfurt am Main/New York, Campus Verlag

### **Internetquellen**

<http://www.aphorismen.de/zitat/15170> (10. 12. 2013)

<http://www.bge-portal.de/> (20.11.2013)

[http://www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/20130408\\_Ab\\_1\\_Juli\\_2013\\_hoe\\_here\\_Pfaendungsfreigrenzen\\_fuer\\_Arbeitseinkommen.html?nn=3433226](http://www.bmj.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/20130408_Ab_1_Juli_2013_hoe_here_Pfaendungsfreigrenzen_fuer_Arbeitseinkommen.html?nn=3433226) (15.10.2013)

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61705/teilzeitbeschaeftigte> (28.09.2013)

<http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55341/deregulierung?p=all> (05.10.2013)

[http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/kommissionsmaterialien/M\\_02\\_-\\_neu-Stiglitz-Bericht-Zusammenfassung.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/enquete/wachstum/kommissionsmaterialien/M_02_-_neu-Stiglitz-Bericht-Zusammenfassung.pdf) (02. 12. 2013)

[http://www.bundestag.de/presse/hib/2012\\_11/2012\\_517/05.html](http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_11/2012_517/05.html) (15.10.2013)

[http://business.chip.de/news/Mechanical-Turk-Amazon-Jobs-fuer-Hungerloehne\\_53643285.html](http://business.chip.de/news/Mechanical-Turk-Amazon-Jobs-fuer-Hungerloehne_53643285.html) (30. 09. 2013)

<http://blog.derbund.ch/berufung/index.php/1892/die-zeit-der-einzelkampfer-ist-vorbei/>  
(12. 12. 2013)

[https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/08/PD13\\_285\\_132.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/08/PD13_285_132.html) (25. 10. 2013)

[https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13\\_121\\_634.html;jsessionid=4FFF9B6AD5DBA0E030026CB86CD98037.cae2](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/03/PD13_121_634.html;jsessionid=4FFF9B6AD5DBA0E030026CB86CD98037.cae2) (15.10.2013)

[http://www.focus.de/digital/gastkolumnen/asfour/crowdsourcing-im-internet-wie-firmen-von-der-macht-der-masse-profitieren\\_aid\\_984396.html](http://www.focus.de/digital/gastkolumnen/asfour/crowdsourcing-im-internet-wie-firmen-von-der-macht-der-masse-profitieren_aid_984396.html) (30. 09. 2013)

<http://www.forum-grundeinkommen.de/grundeinkommen/neue-idee-ersten-phase-belaechelt>  
(07. 12. 2013)

<http://www.forum-grundeinkommen.de/zitat/friedrich-schiller/individuelle-mensch>  
(07. 12. 2013)

[http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_1.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_1.html) (23.10.2013)

[http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_2.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_2.html) (23.10.2013)

[http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_20.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_20.html) (23.10.2013)

[http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_79.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_79.html) (23.10.2013)

[http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_1/1.html](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_1/1.html) (23.10.2013)

[http://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_2/](http://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/) (21.11. 2013)

<http://www.harald-thome.de/media/files/Boeker-Aufteilung-RB-11,12,13.pdf> (18. 11. 2013)

<http://www.harald-thome.de/media/files/Orientierungshilfe-Krankenversicherungspflicht-2012.pdf> (21. 11. 2013)

<http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/boersen-im-geschwindigkeitsrausch-1.14503581>  
(01. 10. 2013)

<http://www.sonntagszeitung.ch/suche/artikel-detailseite/?newsid=148491> (24.10.2013)

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/238830/umfrage/anzahl-der-selbststaendigen-in-deutschland/> (20. 10. 2013)

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/220398/umfrage/anteil-der-beschaefigten-mit-niedriglohn-in-deutschland/> (22.10.2013)

<http://www.vz-nrw.de/lebensmittelverschwendung> (07.12.2013)

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/54787/arbeit-v6.html> (22.09.2013)

## **7. Abbildungsverzeichnis**

1. Titelbild <http://www.archiv-grundeinkommen.de/newsarchiv/201310-news.html>  
(20.09.2013)

2. Abb. 1 <http://dialogmarketing.anarcho-versand.de/wp-content/uploads/2011/03/maslow.gif> (13.11.2013)

## **Selbständigkeitserklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen wörtlich oder sinngemäß übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Ich erkläre ferner, dass ich die vorliegende Arbeit an keiner anderen Stelle als Prüfungsarbeit eingereicht habe oder einreichen werde.

Schalkau, den 19.12.2013

Unterschrift

# Beurteilung Diplomarbeit

## Thema der Diplomarbeit:

Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Meilenstein in der menschlichen Entwicklung

.....

.....

.....

## Vorgelegt von:

Name: Kranich Vorname: Kevin

Matrikelnummer: 851939

1. Prüfer/in: Prof. Dr. Michael Opielka 2. Prüfer/in: Prof. Dr. Georg Neubauer

Bei Gruppenarbeit weitere Bearbeiter/innen:

.....

Beginn der Bearbeitungszeit: 20.09.2013 Ende der Bearbeitungszeit (Abgabetermin): 19.12.2013

1. Prüfer/in: Note: sehr gut (1,0) 2. Prüfer/in: Note:

Unterschrift: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Beurteilung der Arbeit:

Die Arbeit, eingereicht im 13. Fachsemester des Autors, damit weit jenseits der Regelstudienzeit, scheint die lange Reifezeit gebraucht zu haben. Sie ist außerordentlich gelungen, äußerst fleißig, mit breiter Literaturgrundlage, die überwiegend souverän analysiert und reflektiert wurde, zudem mit eigenständigen kompositorischen und analytischen Gedanken.

Der Autor untersucht die Idee des Grundeinkommens mit dem Ziel zu einer normativen, telischen, gerechtigkeitstheoretisch fundierten Sozialen Arbeit der Zukunft beizutragen. Im ausführlichen Kapitel 2 erfolgt eine differenzierte und nüchterne Analyse des historischen und aktuellen Arbeitsbegriffs. Vor diesem Hintergrund wird in Kapitel 3 die Idee des Grundeinkommens kaum weniger ausführlich (nun 23 Seiten) rekonstruiert und präsentiert, im Wesentlichen als ein Projekt institutionell-kultureller Reform. Der Verzicht auf juristische und ökonomische Detaillierung wird begründet und ist konsistent. Schließlich wird in Kapitel 4 unter dem Fokus „Selbstverwirklichung, Glück und Grundeinkommen“ ein emphatisches, freilich stets sachlich fundiertes Plädoyer für die Idee des Grundeinkommens gehalten. Klug argumentiert wird die Motivationstheorie von Abraham Maslow eingeführt, ergänzt im Fortgang durch Befunde der modernen Glücksforschung.

Insgesamt handelt es sich um eine eindrucksvolle Leistung. Über 90 reine Textseiten, ausführliche Bibliographie und eine – bis auf wenige, wohlwollend übersehbare Flüchtigkeitsfehler – auch in den Details sorgfältige Ausarbeitung zeugen vom Engagement des Autors. Beeindruckend auch die Selbstständigkeit der Gedankenführung. Hier hat ein Studierender eine Summe seines Diplomstudiums vorgelegt, klare Anerkennung: „sehr gut (1,0)“.

Jena, den 17.2.2014 .....

.....  
(Unterschrift)

## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich bei einigen Menschen bedanken, die einen wesentlichen Anteil am Gelingen dieser Diplomarbeit hatten. Alleine hätte ich es nicht geschafft:

Bei Holger Simon, der mir am Ende des Schreibprozesses wichtige Ratschläge bezüglich der Rechtschreibung, der Grammatik und des Ausdrucks gab; bei Constanze Scheit und Andre Rossum, die mich für die Zeit der Bearbeitung bei sich aufnahmen und mir einen Platz zur Verfügung stellten, an dem ich die Muße fand, die Arbeit fertig zu stellen, außerdem halfen sie mir ganz am Anfang bei der Ideenfindung und in zwischenzeitlichen Diskussionen um auf Kurs zu bleiben; bei meiner Oma Ruth, die mich in der Endphase der Arbeit finanziell unterstützte; bei meinen Eltern Kerstin und Wolfgang und meinem Bruder Sven, weil sie immer an meinen Erfolg glaubten und mich motivierten; Regine Grabolle, die mich einmal in der Woche in ihrem Unterricht wieder mit neuer Energie versorgte; all die Freunde die immer ein freundliches Wort für mich fanden und natürlich Gott oder wie man es nennen möchte, der alles so zusammenfügte, wie es am Ende wurde!